



Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung e.V. (Hg.)

"Rassismus ist schon total normal geworden"

**Wahrnehmungen von Rassismus und weiteren
Diskriminierungen im Bremer Norden - Eine Situations- und
Ressourcenanalyse aus verschiedenen Perspektiven**

Erstellt im Auftrag von:
„Partnerschaft für Demokratie Bremen Nord“

Autor_innen: Kiana Ghaffarizad, Tobias Linnemann, Friederike Lorenz,
Bettina Schmidt, Maren Schreier und Sabine Zetsche

Bremen, im Winter 2015

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Inhaltsverzeichnis

Lesen, Verstehen, Verarbeiten ...? – Unterstützende Lesehinweise.....	5
Einleitung.....	6
1) Das Programm 'Demokratie leben!' in Bremen-Nord.....	6
2) Ziel und Fokussierung des Berichtes.....	6
3) Einführung in den Rassismusbegriff - Von der Schwierigkeit, über Rassismus zu sprechen.....	7
4) Wie haben wir geforscht?.....	15
Grafik Forschungsdesign.....	19
5) Mehrstimmigkeit, Leerstellen und Widersprüche abbilden – Gedanken zur Konzeption unserer Forschung und zur Gliederung des Berichtes.....	20
Teil I Der strukturelle und politische Rahmen in Bremen-Nord.....	24
6) Politische Entwicklungen – die Bürgerschafts- und Beiratswahl 2015.....	24
7) „Es wird leiser in Bremen-Nord“ - Stadtteilentwicklungen.....	25
8) Parallelangebote anstelle von offenen Angeboten für Alle.....	27
9) „Seit 2014 Chaos“ - Auswirkungen sozialpolitischer Kürzungen.....	27
Teil II Struktureller Rassismus als alltägliche Erfahrung.....	29
10) „Die dachten, wir machen Stress“ - Rassistische Ausschlüsse im Sport.....	29
11) „Einen schwarzen Hausbewohner kann man den anderen im Haus nicht zumuten“ - Rassismus auf dem Wohnungsmarkt.....	30
12) „Mit dem Nachnamen und der Adresse brauch ich mich eh nicht bewerben“ - Zugang zum Arbeitsmarkt.....	31
13) „Ich arbeite lieber für 4 Euro als gar nicht“ - Auswirkungen von Rassismus auf den Arbeitsmarkt.....	31
14) „Es ist heute das dritte Mal, ich habe die Schnauze voll“ - Racial Profiling.....	33
15) „They just came, bumm“ - Isolierung von Geflüchteten.....	33
Teil III Verschiedene Rassismen & Verwobenheiten unterschiedlicher Diskriminierungsformen. .35	
16) „Menschenfeindliche Einstellungen beziehen sich hier auf Deutsche“ – Dethematisierung von Rassismus	35
17) Rassismus gegen Roma.....	36

18) Verschiedene Formen des Antisemitismus.....	36
19) Sexismus: Diskriminierung von Mädchen „ist richtig schlimm“.....	38
20) Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Trans*.....	38
21) „Alle, die hierher kommen haben kein Geld“ - Armut als Thema in der Kinder- und Jugendarbeit	39
22) Diskriminierung entlang von Religion.....	40
Teil IV Analytische Kategorien und Perspektiven auf Rassismus.....	41
23) Leugnung von Rassismus.....	41
24) Umgang mit Diskriminierung als gesamtgesellschaftliche Realität (individuelle Bewältigungsstrategien und Vernetzung).....	43
25) Rassistische Zuschreibungen von rassistisch marginalisierten Menschen.....	45
26) Kriminalisierung.....	48
27) Strukturelle Ignoranz in Institutionen.....	49
28) „Das muss doch mal gesagt werden können“ - Normalität rassistischen Sprechens.....	50
29) „Niemand hat daraufhin etwas gesagt“ - Zur Wirkung von Schweigen.....	51
Teil V Exemplarische Handlungsfelder.....	53
30) Sozialpädagogische Möglichkeitsräume (Auswirkungen und Umgang).....	53
30) „Wir kümmern uns um Menschen, die aus Krieg und Verzweiflung sich auf den Weg machen“ - Dekontextualisierung von Flucht im Feld freiwilliger und ehrenamtlicher Hilfe.....	56
Teil VI Handlungsperspektiven: Ressourcen und Bedarfe.....	60
31) Bereits bestehende Ressourcen in Bremen-Nord.....	60
32) Übersicht über die Bedarfe.....	61
Teil VII Handlungsperspektiven für das Programm.....	69
33) „Nicht so ein Tropfen auf den heißen Stein“ Widersprüche des Programms „Demokratie leben!“..	69
34) „Sie wollen Musik anmachen und tanzen, sich nicht wieder engagieren müssen“ oder: „Freizeit ist was anderes“.....	70
35) Reflexionsfragen und mögliche Kriterien für die Konzeption von Projekten bzw. die Bewertung von Anträgen.....	70
Glossar.....	75
Literatur.....	79

Wir danken allen Menschen, die sich in den letzten Wochen und Monaten die Zeit genommen haben, mit uns Gespräche zu führen; die uns von ihren Erfahrungen und Erlebnissen, von ihren Gedanken, Ängsten, Wünschen, Forderungen und Kritikpunkten erzählt haben; die unsere Fragen beantwortet haben und uns ihrerseits mit ihren Fragen und Gedanken, auch mit ihrer Kritik immer wieder aufs Neue zum Nachdenken, Diskutieren und Reflektieren angeregt haben.

Der Bericht wurde geschrieben mit dem Anliegen, nicht in der sprichwörtlichen Schublade zu verschwinden. Wir hoffen, dass er breite Verwendung findet und so möglichst viele Menschen auf dem Weg dahin unterstützt, Rassismus gemeinsam entgegen zu treten.

Wir danken ebenfalls sehr herzlich unseren Kolleginnen Amanda Bunadi und Rayma Cadeau, die uns im Verlauf des Forschungsprozesses unterstützt haben.

Bremen, im Winter 2015

Kiana Ghaffarizad, Tobias Linnemann, Friederike Lorenz, Bettina Schmidt,
Maren Schreier und Sabine Zetsche

Lesen, Verstehen, Verarbeiten ...? – Unterstützende Lesehinweise

1) Über Rassismus zu sprechen und zu schreiben, fällt nicht leicht. In die rassistischen Strukturen, die unsere Gesellschaft prägen und durchziehen, sind wir alle verstrickt. So komplex Rassismus ist, so wenig lassen sich seine Effekte und Erscheinungsformen 'der Reihe nach' und 'vollständig' niederschreiben. Deshalb haben wir uns gegen eine lineare Gliederung des Berichtes entschieden. Die Kapitel dieses Berichtes bieten Einblicke, Ausschnitte und Momentaufnahmen. Wir verstehen sie als Textfragmente, die in ihrer Komposition eine Art Collage ergeben. Jeder Text steht für sich und ist zugleich nur ein Bestandteil, der auf weitere Texte, Diskussionen, Forschungen angewiesen bleibt, um zur Annäherung an ein Verstehen der Komplexität von Rassismus beizutragen.

2) Wörtliche Zitate, die aus den von uns geführten Gesprächen stammen, wurden von uns als solche gekennzeichnet (*kursiv* und in doppelte Anführungszeichen gesetzt). Das Handlungsfeld, in dem uns diese Aussagen begegneten, wird benannt. Die jeweiligen Sprecher_innen sind von uns in Absprache mit unseren Gesprächspartner_innen anonymisiert worden.

3) Wir verwenden den Gender_Gap (Schüler_innen, Lehrer_innen) als Schreibweise, mit der wir der Vielfalt möglicher Geschlechterentwürfe Rechnung tragen (vgl. Herrmann 2007; vgl. Antisexismus Bündnis Berlin 2007, S.10). Das bedeutet, dass wir Menschen, die sich in der binären Geschlechterlogik ('Mann' – 'Frau') nicht eindeutig einordnen können und/oder wollen, nicht nur 'mitmeinen', sondern sie mit (an) sprechen; damit geht ein aktives Hinterfragen eigener Geschlechterbilder und Assoziationen (z.B. bei dem Begriff 'Handwerker') einher.

Auch zweigeschlechtliche Denk- und Sprachhandlungsmuster (z.B. 'Jungen' und 'Mädchen') werden hierdurch in Frage gestellt und der Reflexion zugänglich. An einigen Stellen werden binäre Unterscheidungen (wie z.B. 'Jungen und Mädchen') von uns gezielt aufgegriffen, um Ungleichheitsverhältnisse und spezifische Diskriminierungen zu verdeutlichen.

4) Fachsprachliche Begriffe, die im Bericht mehrfach vorkommen sowie 'Schlüsselbegriffe', die wir in einer nicht-alltagssprachlichen Weise verwenden, haben wir mit in Klammern gesetzten Zahlen - (1), (2) usw. - gekennzeichnet und in einer Art '**Mini-Glossar**' am Ende dieses Berichtes erklärt.

Einleitung

1) Das Programm 'Demokratie leben!' in Bremen-Nord

Das Bundesprogramm '*Demokratie leben! Aktiv Gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit*' richtet sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und weitere „demokratiefeindliche Phänomene“, Bewegungen und Diskriminierungen. Das Programm setzt auf Demokratieförderung und Extremismusprävention durch die Zusammenarbeit mit sogenannten '*Demokratiepartnerschaften*', über die kommunale, regionale und überregionale Projekte ermöglicht werden (vgl. www.demokratie-leben.de).

Seit dem 1.1.2015 gibt es in Bremen-Mitte¹ und Bremen-Nord solche Partnerschaften für Demokratie. In diesen Stadtgebieten haben sich Begleitausschüsse formiert, die sich aus kommunalpolitischen, zivilgesellschaftlichen und weiteren thematisch und lokal relevanten Akteur_innen zusammensetzen. Diese Begleitausschüsse regeln die Projektförderung – von der Ausschreibung über die Auswahl der geförderten Projekte. Zur Partizipation von jungen Menschen sind sogenannte Jugendforen eingerichtet worden (vgl. www.partnerschaft fuerdemokratie.bremen.de).

Die Partnerschaft für Demokratie Bremen-Nord entschied sich im Oktober 2015 für die Förderung einer Erhebungsstudie durch das Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung (BISA+E), in der Problemfelder in Bremen-Nord bezogen auf Rassismus herausgestellt und vorhandene Ressourcen verdeutlicht werden. Die Studie soll als Grundlage dienen, um Bedarfe und Handlungsperspektiven im Stadtbezirk Bremen-Nord zu konkretisieren.

2) Ziel und Fokussierung des Berichtes

Ziel des vorliegenden Berichtes ist es, empirisch fundierte und theoretisch reflektierte Einblicke zu Rassismus, rassistischer Diskriminierung und weiteren Diskriminierungsformen in Bremen-Nord zu geben – mit Blick auf Problemfelder, Ressourcen und Bedarfe. Dieser Bericht soll allen Interessierten in Bremen-Nord zur Verfügung gestellt werden, nicht zuletzt damit Projektplanungen an den bestehenden Problemen, Bedarfen und Ressourcen orientiert werden können. Für den Begleitausschuss soll es auf der Grundlage des Berichtes möglich sein, die eigenen Kriterien zu konkretisieren, die eine begründete Vergabe von Geldern für Projekte gegen rassistische Diskriminierung ermöglichen.

¹ Mit dem neuen Bundesprogramm wird im Gebiet Bremen-Mitte die Arbeit der Vorgänger-Programme „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007-2010) sowie „Toleranz fördern – Kompetenzen stärken“ (2011-2014) fortgeführt.

Da Rassismus eine umfassende, schwer zu erfassende gesellschaftliche Struktur darstellt, die sich über sehr verschiedene Erscheinungsformen und Wirkungsweisen ausdrückt, ist eine Fokussierung unserer Perspektive notwendig gewesen. Dabei haben wir unseren Blick weniger auf einen Rassismus gerichtet, der rechtsextremen Akteur_innen an einem sogenannten gesellschaftlichen Rand zugewiesen wird, sondern Alltagsrassismus sowie strukturellen und institutionellen Rassismus in ihrem Zusammenwirken und ihren Auswirkungen fokussiert.

Um die von uns erhobenen und formulierten Einblicke verständlich zu machen, geben wir hier einleitend eine kurze Einführung in das Verständnis von Rassismus, welches unserer Erhebung zu Grunde liegt. Es diene uns sowohl bei unserem Zugang zum Thema als bei auch der Auswertung und Verschriftlichung der Erhebung als Orientierung.

3) Einführung in den Rassismusbegriff - Von der Schwierigkeit, über Rassismus zu sprechen²

„Racism is everywhere“

„Es gibt hier keinen Rassismus.“

Diese zwei Aussagen sind uns im Laufe unserer Erhebungen in Bremen-Nord begegnet. Zwei Aussagen, die auf den ersten Blick absolut gegensätzlich klingen - und die doch gar nicht so gegensätzlich sind. Denn Rassismus - verstanden als eine hegemoniale (1)³ Praxis, die soziale Hierarchisierung reproduziert und legitimiert - durchzieht die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Strukturen, Praktiken, Institutionen; Rassismus äußert sich auch im alltäglichen Handeln - in Bremen, in Bremen-Nord, in Deutschland, in Europa und darüber hinaus: *„Racism is everywhere“*.

Zugleich wird bis heute Rassismus in vielen Bereichen der Gesellschaft dethematisiert (2). Mit Ausnahme einiger Wissenschaftler_innen und (politischer, künstlerischer) Aktivist_innen wird von Rassismus meist nur dann gesprochen, wenn es um die rechtsextreme Szene geht. Oder Rassismus wird in die Vergangenheit geschoben und in einem Atemzug mit dem Faschismus zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus genannt. Weder alltägliche Abwertungserfahrungen noch die westeuropäische Grenzpolitik werden als rassistisch verstanden. Die Aussage *„Es gibt hier keinen Rassismus“* scheint oftmals Konsens in der gegenwärtigen Gesellschaft zu sein. Es scheint, als fehle uns bis heute

² Diese Einführung in den Rassismusbegriff basiert auf einem Impulsvortrag im Rahmen eines öffentlichen Fachforums zur Diskussion von Ergebnissen unserer Studie im Frühjahr 2016 in Bremen-Nord.

³ Die Zahlen in Klammern verweisen auf das Glossar am Ende des Berichtes; dort erläutern wir die Fachbegriffe.

eine gemeinsame Sprache, was unter Rassismus zu verstehen sei. Rassismus berührt jedoch die meisten, wenn nicht alle Zusammenhänge unserer gesellschaftlichen Realität.

Rassismus ist nicht etwas, was der Vergangenheit angehört, beispielsweise dem deutschen Nationalsozialismus. Rassismus ist auch nicht nur eine Ideologie des rechtsradikalen Randes der Gesellschaft. Rassismus kann sich in körperlichen Übergriffen ausdrücken. Viel häufiger zeigt sich Rassismus hingegen in subtilen Alltagshandlungen und im Alltagssprechen, die uns allen so vertraut und normal vorkommen. Doch wenn wir von Rassismus sprechen, dann sprechen wir von einem grundlegenden gesellschaftlichen Thema; von einer Realität, in der wir alle uns jeden Tag bewegen. Zum Beispiel in Bremen-Nord, aber nicht nur in Bremen-Nord. Wir haben Bremen-Nord untersucht, und hier finden sich Beispiele, die sich vermutlich auch an jedem anderen Ort in der Bundesrepublik - und nicht nur in der BRD - finden ließen.

Es ist nicht einfach, über Rassismus zu sprechen und zu schreiben. Dies nicht etwa, weil Rassismus scheinbar so selten vorkommt; sondern deshalb, weil seine Erscheinungsformen so vielfältig und komplex sind. Weil die Erscheinungsformen des Rassismus permanenten historischen Veränderungen und gesellschaftlichem Wandel unterworfen sind und weil sie gesellschaftliche Strukturen so tief durchdrungen haben, dass wir sie kaum mehr als solche wahrnehmen. Wir versuchen hier dennoch **eine Definition von Rassismus** zu formulieren.

Rassismus ist dort, wo bestimmten Menschen bestimmte Eigenschaften, Charaktermerkmale, Fähigkeiten zugeschrieben werden, die sie scheinbar aufgrund ihrer Gene oder ihren körperlichen Merkmalen, aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Abstammung oder ihrer geografische Herkunft besitzen. Diese Eigenschaften werden festgeschrieben, und damit erscheinen sie als nicht veränderbar: „Ah, du kommst aus dem Land X, da seid ihr doch alle immer so temperamentvoll.“ Diese Eigenschaften erhalten eine Abwertung: „Eine temperamentvolle Person wird nicht so gern gesehen wie eine ruhige, bedachte Person.“ Und schließlich ermöglichen es Zuschreibungen dieser Art, jene Menschen schlechter zu behandeln, sie auszugrenzen, ihnen gesellschaftliche Zugänge zu erschweren oder sogar zu verweigern („Diese temperamentvollen Menschen aus dem Land X stören bestimmt bei der Arbeit. Wir stellen lieber eine Person aus dem Land Y ein, da sind die Menschen besonnener“).

Dies soll hier mit den Worten von Noah Sow verdeutlicht werden:

„Rassismus ist nicht erst die negative Reaktion auf einen angeblichen Unterschied, sondern er ist bereits die Behauptung des Unterschieds“ (2011, S. 78).

Es sind zugleich diese Behauptungen eines Unterschiedes, die zum Beispiel als Grundlage dafür dienen, soziale, ökonomische und politische Ungleichbehandlungen zu rechtfertigen – lokal wie global. Auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt ebenso wie bei der Ärztin oder in der Schule. In Bremen-Nord

wie überall auf der Welt. Über Rassismus wird soziale Ungleichheit gerechtfertigt, ja sogar für selbstverständlich, um nicht zu sagen natürlich, erklärt. Denn, dass Menschen und Gruppen eine marginalisierte gesellschaftliche Position zukommt liegt scheinbar in ihren kulturellen, ethnischen oder religiösen Eigenschaften begründet: „Die sind halt so!“ Die machtpolitischen und machtökonomischen Interessen, die der Grund dafür sind, dass Menschen halt zu „solchen gemacht werden“, werden schlicht ausgeblendet.

Welchen Effekt kann es haben, diesen Unterschied zu behaupten? Wir greifen das Beispiel Wohnungsmarkt auf: „*They don't give me an apartment because I'm black.*“ Das erzählte uns ein junger Mensch aus Bremen-Nord, der seit über einem Jahr eine Wohnung sucht. Wir fragen: Welche Eigenschaften, Charakterzüge, Fähigkeiten werden einem Menschen zugeschrieben, der als schwarze Person gesehen wird und die ihm die Wohnungssuche erschweren. Und: Wer kann eigentlich wem hier die Wohnungssuche erschweren?

Rassismus geht mit ungleichen Machtverhältnissen einher. Rassismus bringt ungleiche Machtverhältnisse hervor. Rassismus schafft also nicht nur eine *Unterscheidung* zwischen 'Wir und Ihr' - sondern zugleich eine *Hierarchisierung* dieser Unterscheidung in Gestalt einer Aufwertung der Einen bei gleichzeitiger Abwertung der 'Anderen'.

Rassismus hat zu unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlichen Gesellschaften jeweils andere Wirkungen. Das bedeutet auch: Wenn wir Rassismus in Deutschland in den Blick nehmen wollen - in einer der reichsten Industrienationen der Welt - dann können wir das nicht tun, ohne darauf zu schauen, wie die Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland strukturiert sind und 'funktionieren'. Und wir müssen mit in den Blick nehmen, wie Geschlechterverhältnisse funktionieren, also welche Vorstellungen von Mann und Frau herrschen und welche Machtverhältnisse sich hierin ausprägen (vgl. z.B. Kerner 2009; bell hooks 1990; Crenshaw 1989).

Eine Handlung, eine Institution, eine Einrichtung als rassistisch zu benennen, führt regelmäßig dazu, dass Menschen meinen, ihre Handlung oder die Handlung der Anderen, die angesprochene Praxis oder die Institution rechtfertigen zu müssen. Dies wird häufig so oder ähnlich ausgedrückt: „Das muss man doch nicht gleich als rassistisch bezeichnen! Mensch, sei mal nicht gleich so vorwurfsvoll.“

Wieso ist es so schwer, über Rassismus zu sprechen? Die Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt (2010) schreibt, dass dem Aussprechen von Rassismus der Charakter einer Anklage anhaftet. Das Benennen von Rassismus wird skandalisiert, wird abgewehrt und die Wahrnehmung derjenigen, die Rassismus angesprochen haben, wird grundsätzlich in Frage gestellt. Es findet eine Verschiebung statt. Wir diskutieren dann darüber, ob es angemessen und legitim ist, bestimmte Praktiken als rassistisch bezeichnen zu dürfen oder nicht. Wir reden darüber, dass sich die andere Person verletzt

fühlt, weil sie, ihre Institution oder die Gesellschaftsstruktur, zu der sie sich zugehörig fühlt, als rassistisch bezeichnet wurde. Wir reden jedoch nicht mehr über die Praktiken und Effekte rassistischer Diskriminierung. Somit bleiben sie bestehen und wirken weiterhin (vgl. ebd.). Wir reden also nicht mehr über gesellschaftliche Verhältnisse, die durch die binäre Trennung von 'Wir' und 'Nicht-Wir' strukturiert werden und die wiederum bestimmen, wem welche Teilhabe an gesellschaftlichen Privilegien (3) zukommt.

Niemand mag ein_e Rassist_in sein, niemand mag sich eingestehen, dass sie sich in rassistischen Verhältnissen bewegt; dies vielleicht, um nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, man habe diese Verhältnisse selbst mit reproduziert.

Wir möchten daher an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen: Rassismus ist kein Vorwurf. Es ist kein Schimpfwort. Wenn wir von Rassismus sprechen, dann sprechen wir vielmehr von einer Realität. Eine Realität, von der wir alle ein Teil sind. Eine Realität, in der manchen Menschen mehr Rechte und mehr Privilegien zukommen als vielen Anderen.

Mittels Rassismus werden seit Jahrhunderten Menschen auf- und abgewertet, zu einer Mehrheitsgesellschaft (9) hinzu gezählt oder ausgegrenzt, mit Rechten versehen oder rechtlos ausgebeutet. Wie beispielsweise im Jahr 1492, als Kolumbus im heutigen Mittelamerika eintraf. Wie heute, wenn Menschen aufgrund von fehlender deutscher Staatszugehörigkeit keine Möglichkeit haben, ein Studium zu beginnen, eine eigene Wohnung zu suchen, eine gut bezahlte Arbeit aufzunehmen. Wie heute, wenn darüber diskutiert wird, welche Menschen es wert sind in Deutschland zu bleiben und welche Menschen nicht.

Der heutige Rassismus bestimmt, wer zur deutschen Mehrheitsgesellschaft (9) zählt und wer nicht. Jemand, der muslimisch ist oder bei dem_der auch nur vermutet wird, dass er_sie die muslimische Religion praktizieren könnte, könne – so eine weit verbreitete Annahme – schlicht nicht 'deutsch' sein. Hierbei spielt es keine Rolle, ob er_sie in Bremen-Nord geboren ist und das gesamte Leben in Deutschland verbracht hat. Wer 'dunkle Haare' hat, hat sicher Wurzeln, die 'woanders liegen'. Wir fragen: Wer hat eigentlich je entschieden, was 'Deutschsein' ausmacht - und was nicht? Wer maßt sich an, das zu entscheiden? Wer hat die Macht festzulegen, wer zu Deutschland gehört und wer nicht – und auf Grundlage welcher Kriterien?

Hier lohnt es sich, einige Worte über Deutschland als Nationalstaat zu verlieren. Um es gleich vorweg zu nehmen: Nationalstaaten sind nichts natürlich Gegebenes. In der Tat ist die Geschichte des modernen Nationalismus vergleichsweise jung. Seine Geschichte begann im Jahr 1789, in der sich eine bürgerliche Mittelklasse die politische Hegemonie (1) erkämpfte. Die Geschichte des modernen Nationalismus setzte also ein, als eine westeuropäische ständische Adelsgesellschaft in die Krise geriet. Das

deutsche Kaiserreich, das als erster Nationalstaat der Deutschen gilt, wurde erst 1871 gegründet – vor nicht einmal 150 Jahren. Und die Bezeichnung 'Bundesrepublik Deutschland' gibt es erst seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes im Mai 1949.

Nationalstaaten sind also ideologische Konstrukte, die auf willkürlichen, jederzeit verschiebbaren und zugleich politisch, sozial und (weiterhin) ökonomisch machtvollen Grenzziehungen beruhen. Nationalstaaten dienen der Herstellung und Aufrechterhaltung von Herrschaft.⁴ Die „deutsche Nation“ ist damit nichts natürlich Gegebenes – ebenso wenig die „deutsche Identität“ - und dadurch jederzeit verschiebbar. Wer maßt sich also an zu entscheiden, wer zu Deutschland gehört und wer nicht?⁵

Rassismus ist keine individuelle Tat. Rassismus ist eine strukturelle Logik, derer sich Politik, Recht, pädagogische Institutionen oder einzelne Menschen bedienen. Rassistische Praktiken durchziehen unsere gesamte Gesellschaft. Sie bestimmen, welchen Platz in der Gesellschaft welchem Menschen zukommt. Sie strukturieren, wer in der Gesellschaft Zugang zu welchen Ressourcen erhält - und wer nicht. Über Rassismus werden also ungleiche Machtverhältnisse gerechtfertigt. Alle Menschen sind gleich - scheinbar. Aber einige Menschen sind – dieser Logik folgend - 'gleicher'.

Rassismus ist, wie eingangs erwähnt, nicht erst dann Rassismus, wenn Menschen explizit von 'Rassismus' sprechen. Während unserer Forschung in Bremen-Nord erzählte uns ein_e Gesprächspartner_in: *„Es sind zu viele Ausländer hier.“* Als wir danach fragten, wie er_sie Rassismus in Bremen-Nord erlebt, war die Antwort: *„Hier gibt es keinen Rassismus.“*

Rassismus kommt auch nicht erst dann vor, wenn jemand sich dafür entscheidet, rassistisch zu handeln - beispielsweise indem Unterkünfte für Geflüchtete oder einzelne Menschen, die nicht als 'deutsch' wahrgenommen werden, tätlich bzw. körperlich angegriffen werden.

Rassismus ist mehr als eine Ideologie rechtspopulistischer oder rechtsradikaler Zusammenhänge. Wenn wir von der Erstarkung rechtsradikaler Zusammenhänge sprechen, so müssen wir uns vergegenwärtigen, dass sie nur deshalb erstarken können, weil sie in der Mehrheitsgesellschaft (9) einen Resonanzboden für ihre rechtsextremen Einstellungen finden.

Was ist nun Rassismus? Wir möchten an dieser Stelle ein paar Beispiele anführen, die wir oder einzelne von uns in Bremen-Nord erfahren haben:

⁴ zum Weiterlesen siehe u.a. Peter Nick (2003): Ohne Angst verschieden sein, S. 46.

⁵ Vielfach wird zwar von einer Unterscheidung von 'deutsch' und 'nicht-deutsch' gesprochen; dabei geht es aber nicht um die Frage, ob eine Person einen deutschen Pass besitzt oder nicht. Vielmehr wird die Person nach äußerlichen Kriterien beurteilt und als zugehörig oder nicht-zugehörig zum 'Deutschsein' eingeordnet. Wenn wir im Folgenden von deutsch / nicht-deutsch sprechen, geht es uns darum, die Wirkungsweisen und Effekte dieser Zugehörigkeitsordnung, die auf Konstruktionen beruht, sichtbar zu machen und zu problematisieren.

Erstes Beispiel: „Bei uns spielen ganz viele unterschiedliche Menschen im Verein, auch Flüchtlinge.“ Wir fragen: Sind „Flüchtlinge“ keine Menschen? Wieso bedarf es dieser Abgrenzung sogar im Kontext Freizeit? Wieso werden Menschen, die aufgrund gesellschaftspolitischer Begrenzungen und rechtlichen Bestimmungen der Aufenthalt erschwert bis verhindert wird, bis in die Ebene der Freizeit in besonderer Weise benannt und dadurch ‚geandert‘(7)?

Zweites Beispiel: Wer, denken Sie als Leser_in dieses Berichtes, wird auf der Straße am helllichten Tag mit höherer Wahrscheinlichkeit von der Polizei kontrolliert: Ein *weißer* (6) Mann, Mitte 30, mit französischer Staatsbürgerschaft oder ein nicht-*weißer* Mann, Mitte 30, mit deutscher Staatsbürgerschaft? Wäre Rassismus gleichzusetzen 'Fremdenfeindlichkeit', müsste doch eigentlich die Person mit französischer Staatsbürgerschaft kontrolliert werden - und nicht die zweite Person? Wieso ist das so?

Drittes Beispiel: Ein_e Jugendliche_r in Bremen-Nord erzählte uns: „Mit meinem Namen brauche ich mich erst gar nicht zu bewerben.“ Wieso sagt er_sie das? Ist es Zufall, dass er_sie laufend Jobabsagen erhält? Liegt es an mangelnden Qualifikationen?

Als eine Mitarbeiterin dieses Berichtes vor einigen Jahren einen Job als Babysitterin annehmen wollte, hat sie wochenlang Bewerbungen geschrieben, ohne eine Antwort zu erhalten. Aus 'Spaß' hat sie schließlich eine Bewerbung mit dem fiktiven Namen „Sarah Zimmermann“ verschickt – und ihren eigentlichen Namen verschwiegen. Am nächsten Tag erhielt Sie eine freundliche Mail zurück, mit der Einladung zu einem Bewerbungsgespräch. Zufall?

Viertes Beispiel, eines, das fast schon banal anmutet: Die Frage: „Woher kommst du?“ ist eine Frage, die einigen von uns Forschenden - und nur einigen - im Laufe der Datenerhebung regelmäßig gestellt wurde. Eine Frage, die sicher viele Menschen tagtäglich gestellt bekommen. Viele, die wahrscheinlich nicht „Annegret Müller“ (oder vergleichbar) heißen. Sie werden mit dieser Frage konfrontiert, wenn sie beim Arzt ihren Namen nennen. Von der Frau hinter ihnen, wenn die Supermarktschlange zu lang ist und man die Zeit mit small talk überbrücken möchte. Auf einer Party. Und auch in Bremen-Nord ist dies möglich und wirklich:

„Woher kommst du?“

„Aus der Neustadt.“

„Nein, ich mein wo du eigentlich herkommst.“

„Aus Hessen.“

„Aber nein, ich mein so ursprünglicher. Also wo deine Wurzeln liegen“

„Na in Hessen. In Gießen.“

„Aber du kannst doch unmöglich aus Hessen kommen, das sieht man dir doch an. Wo sind denn deine Eltern geboren.“

Eine erste Begegnung - und schon will die Person die Eltern der Gefragten kennenlernen? Die Personen, die das fragen, haben Interesse an der Gefragten. Sie sind neugierig, wollen sie näher kennenlernen. Wieso gehen wir dennoch davon aus, dass diese Frage sich einer rassistischen Logik bedient? Wieso meint die hier zitierte Person, eine Andere bezüglich ihrer Herkunft befragen zu müssen? Und wieso gibt sie sich dann nicht zufrieden mit der Antwort „Aus der Neustadt“? Hier beginnt eine rassistische Denklogik zu greifen. Denn was steckt hinter der Frage, wenn die erste Antwort nicht befriedigt? „Wo kommen sie her?“ Hinter dieser Frage steckt eine Feststellung: „Eigentlich gehören sie hier nicht hin“. Die vielleicht dunklen Haare der gefragten Person irritieren offenbar so sehr, dass der Small Talk nicht weitergeführt werden kann, bevor diese nicht all ihre biographischen Daten offen gelegt hat.

Würden Sie eine Person, die vielleicht Uta heißt und hellere Haare hat, gleich beim ersten Gespräch nach ihren Eltern fragen? Ist nun also bereits die Frage: „Wo kommen Sie her“ rassistisch? Dies ist nicht eindeutig zu beantworten: Es kann sein – es kann aber auch nicht sein. Eine rassistische Denklogik setzt jedoch zweifellos dann ein, wenn die Antworten: „Aus der Neustadt“, „Aus Hessen“ nicht akzeptiert werden. Dabei liegt es uns fern, der fragenden Person zu unterstellen, sie habe bewusst rassistisch gehandelt. Wahrscheinlich ganz im Gegenteil. Es könnte sogar sein, dass sich die fragende Person – direkt darauf angesprochen - klar gegen Rassismus positionieren würde (vgl. auch Broden/Mecheril 2010, S. 13).

Fünftes Beispiel: Im Verlauf einer Veranstaltung zum Kontext Flucht und Asyl im Januar 2016 in Bremen, auf der sich freiwillig Engagierte austauschen konnten, erzählte eine Person, dass sie „als Frau nach Köln gerne wissen“ würde, „wie man Flüchtlingen berechnete Vorwürfe machen kann, ohne als rechtsradikal gesehen zu werden?“ Wir fragen: Gibt es sexuelle Übergriffe gegenüber Frauen erst „nach Köln“ und vor allem nur von nicht *weißen* deutschen Männern? Wieso sprechen wir erst dann über Sexismus, über sexuelle Gewalt, wenn sie von nicht *weißen* deutschen Männern ausgeht? Und wieso drückt die fragende Person den Wunsch aus, 60 Millionen Menschen, die derzeit nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1967 als „Flüchtlinge“ bezeichnet werden können, für die sexuellen Übergriffe in der Kölner Silvesternacht „berechnete Vorwürfe“ zu machen? Warum sagt niemand nach den sexuellen Übergriffen zum Beispiel auf dem Bremer Freimarkt: Ich möchte als Frau wissen, wie ich allen Bremern Vorwürfe machen kann, ohne als rechtsradikal zu gelten?

Rassismus ist kein Sonderfall. Er ist ein Strukturierungsmerkmal unserer Gesellschaft, also etwas grundlegendes, das alle Bereiche unserer Gesellschaft durchzieht und prägt.

Rassismus zeigt sich unter anderem dann, wenn nach einer Rechtfertigung gesucht wird, die es 'erlaubt', bestimmte Menschen und Gruppen anders zu behandeln und ihnen weniger Teilhabe und Zugänge zu Ressourcen zu ermöglichen, als sie anderen Menschen offen stehen.

Rassismus als etwas anzuerkennen, das tief in die Gesellschaftsstrukturen hineinwirkt und die Gesellschaft als solche mitstrukturiert, bedeutet auch anzuerkennen, dass wir alle in der einen oder anderen Weise in rassistische Strukturen verstrickt sind und damit in bestimmter Weise umgehen bzw. umgehen müssen. Dies anzuerkennen, soll jedoch nicht den Effekt hervorrufen, dass wir uns jeden Morgen gleichsam aus dem Bett quälen müssen, weil wir nun denken: ‚Mist, sind wir rassistisch, dabei dachten wir immer, wir seien so weltoffen.‘

Die Tatsache anzuerkennen, dass Rassismus tief in unserer Gesellschaftsstruktur verankert ist, soll dazu anregen, Sätze wie diese nicht mehr zu sagen: „Aber ich habe es doch nicht rassistisch gemeint!“ Es soll dazu anregen, Rassismus als Wirklichkeit zu akzeptieren im Sinne folgender Aussage: „Ah, okay, dies hatte auf die Person mir gegenüber eine rassistische Wirkung. Wie kann ich mein Handeln so verändern, dass es weniger rassistisch ist?“

Rassismus als gesellschaftliche Normalität zu akzeptieren, in der wir alle verstrickt sind, jeweils mit unterschiedlichen sozialen Rollen und Positionen, beinhaltet die Chance, diese Normalität zu verändern. Eine kritische Selbstreflexion, mit der die eigenen Privilegien hinterfragt werden und mit der wir alle uns unserer eigenen Positionierungen in der Gesellschaft gewahr werden können, wäre ein erster Schritt dahin.

Rassismus entgegen treten – mit Programmen und Projekten?

Rassismus überwinden wir nicht, indem wir schlicht immer weitere interkulturelle Projekte, oder einen weiteren Aktionsplan zur besseren Integration von den Menschen mit dem vermeintlichen „Migrationssymptom“ ins Leben rufen. Rassismus zu überwinden setzt voraus, zu begreifen, dass Gesellschaften nie kulturell homogen waren; dass die deutsche Gesellschaft nie kulturell homogen war und es auch im 21. Jahrhundert nicht sein wird. Es geht darum, kulturelle Zuschreibungen aufzubrechen.

Wenn wir uns über Projekte unterhalten möchten, die im Rahmen der *Partnerschaft für Demokratie* in Bremen-Nord gefördert werden sollen, so sollten wir uns auch darüber unterhalten, wie wir Strategien gegen Rassismus entwickeln können. Und dabei muss es um mehr gehen, als – um ein Beispiel herauszugreifen - um die einmalige Organisation eines 'interkulturellen' Festes. So wichtig und schön diese Feste auch sein mögen, so greifen sie doch zu kurz, wenn es um Überwindung von Rassismus gehen soll. Sie konstruieren und reproduzieren scheinbar feststehende, unveränderliche kulturelle Unterschiede zwischen Menschen; sie ziehen eine Grenze zwischen dem scheinbar 'Eigenen' und dem 'Anderen' und reduzieren gesellschaftliche Probleme oftmals auf das Konzept 'Kultur'. Kultur wird zu etwas konsumierbaren. Kultur schmeckt gut, riecht gut und klingt vielleicht auch gut. Wie stark dieser Kulturbegriff allerdings mit Rassismus zusammenhängt, wird hier verdrängt. Wir reden über Kultur und

schweigen über Struktur, so formulierte die Erziehungswissenschaftlerin Annita Kalpaka treffend (vgl. 2006, S. 396).

Im Rahmen der *Partnerschaft für Demokratie* in Bremen-Nord sollten wir die Möglichkeit ergreifen uns der Herausforderung zu stellen, über Rassismus als strukturelles Problem zu sprechen. Wir sollten Anlässe schaffen, um gemeinsam darüber nachzudenken, welche Projekte vor diesem Hintergrund sinnvoll und wirkmächtig sein können.

Wir sollten darüber diskutieren, wie wir längerfristig Räume ermöglichen können, in denen eine reflexive und selbstreflexive Auseinandersetzung mit Rassismus stattfinden kann. Wir sollten über Struktur sprechen, anstatt über Kultur. Und nicht Migration problematisieren, sondern verstehen, dass Menschen wandern. Denn nicht Migration ist das Problem. Menschen wandern und verändern ihre Wohnorte, seitdem es Menschen gibt. Das Problem heißt: Rassismus.

4) Wie haben wir geforscht?

Wenn wir forschend herausfinden wollen, wie das Engagement gegen Rassismus, rechte Strukturen und Diskriminierung in Bremen-Nord unterstützt werden kann, dann bringt dieses Anliegen einige Voraussetzungen mit sich. So gilt es beispielsweise zu verstehen, in welcher Form Rassismus und rechte Zusammenhänge in Bremen-Nord erlebt werden; und es gilt, den Blick darauf zu richten, in welcher Form eine Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtspopulistischen bzw. -extremistischen Verhältnissen in Bremen-Nord bereits stattfindet.

Um uns dem oben beschriebenen Verständnis von Rassismus als komplexer und wirkmächtiger Struktur im Untersuchungsgebiet Bremen-Nord anzunähern, bemühten wir uns darum, möglichst unterschiedliche Perspektiven, d.h. Sichtweisen, mit einzubeziehen: Wir wendeten uns *erstens* an Menschen, die in verschiedenen professionellen Settings tätig sind, *zweitens* an Akteur_innen, die sich in sozialen oder gesellschaftspolitischen Initiativen, Vereinen und Organisationen engagieren und *drittens* an Menschen, die Bremen-Nord als ihren Wohn- und Lebensmittelpunkt verstehen.

In Hinblick auf das oben genannte Forschungsziel orientierten wir uns während des Forschungsprozesses an folgenden **Leitfragen**:

- *Welche Probleme mit Rassismus, rechten Strukturen und weiteren Diskriminierungsformen werden in Bremen-Nord thematisiert bzw. dethematisiert (2)?*
- *Welche Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich aus dieser Ausgangsproblematik?*

Um der Komplexität des Forschungsgegenstandes (im vorliegenden Fall: gesellschaftliche Diskriminierungsverhältnisse) gerecht zu werden, haben wir uns an qualitative Ansätzen der Sozialforschung angelehnt und unterschiedliche Methoden der Sozialforschung miteinander kombiniert (Methodentriangulation). Wir wählten insbesondere solche Ansätze, die einen multiperspektivischen und rekonstruktiven Zugang (d.h. Ereignisse aus der Vergangenheit erzählen lassen und nachvollziehbar machen) zu solchen Gegenstandsbereichen ermöglichen, die ambivalente oder gar widersprüchliche Aussagen beinhalten können (vgl. Flick 2015; Lueger 2000). So haben wir versucht, unserem Forschungsgegenstand – gesellschaftlichen Diskriminierungsverhältnissen – so weit wie möglich gerecht zu werden (zu den Ambivalenzen und Grenzen des Forschens 'über' Rassismus und Diskriminierungen s. Kap. 5).

Unser Vorgehen gründete in der Annahme, dass Daten, die im Rahmen einer Forschung hervorgebracht und ausgewertet werden, stets partielles und situiertes Wissen darstellen: Sie bilden immer nur einzelne Ausschnitte aus einer bestimmten Perspektive ab und niemals etwas vermeintlich 'Ganzes' oder Vollständiges (vgl. Clifford 1986, S.6).

Die Rekonstruktion, d.h. das Nachvollziehen von bedeutungsvollem Wissen in einem Interviewsetting bzw. Gespräch kommt einer *Wissenskonstruktion* gleich: Hervorgebracht wird eine neue, jeweils von Forschenden und Erzählenden gemeinsam im Gesprächsverlauf hergestellte Erzählung. Diese gestaltet sich, abhängig von der jeweiligen Positioniertheit und Positionierung der Gesprächspartner_innen, d.h. abhängig von ihrer individuellen Perspektive und Rolle in der Gesellschaft, unterschiedlich (vgl. z. B. Krueger 2013; Abu-Lughod 1991; Clifford 1986).

In diesem Sinne legten wir während der gesamten Forschungszeit Wert darauf, zu reflektieren, wie, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen die Datenerhebung und -auswertung stattfand. Wir legten Wert darauf, mitzudenken, welche Rolle dabei *unseren* Positionierungen zukam - nicht nur als Forschende, sondern auch zugleich als Personen, die selbst in unterschiedlicher Weise verstrickt sind in gesellschaftliche Macht- und Diskriminierungsverhältnisse (vgl. Abu-Lughod 1991).

Die unterschiedlichen Phasen der Datenerhebung und -auswertung werden im Folgenden jeweils kurz vorgestellt.

Generierung des Datenmaterials und Auswahl der Gesprächspartner_innen

Das Hervorbringen (Generierung) des Forschungsmaterials, das die Grundlage für den vorliegenden Bericht bildet, erfolgte in verschiedenen Phasen und mit unterschiedlichen methodischen Zugängen. Um einen Zugang zum Forschungsfeld „Bremen-Nord“ herzustellen, führten wir zunächst explorative (erkundende) Gespräche mit Akteur_innen, auf die wir in einer ersten Recherche stießen. Sie sind in unterschiedlichen Institutionen in Bremen und Bremen-Nord tätig. Ausgehend von diesen Gesprächen

fragten wir nach weiteren Akteur_innen, die uns ihre Erfahrungen und Einschätzungen zum Themenfeld „Rassismus und weitere Diskriminierungsformen in Bremen-Nord“ schildern könnten. Hier nutzten wir das 'Expert_innenwissen' unserer jeweiligen Gesprächspartner_innen. Aus den Akteur_innen, die uns im Verlauf der Gespräche benannt wurden bzw. die wir aufgrund von eigener Recherche identifiziert hatten, haben wir weitere Gesprächspartner_innen ausgewählt. Ausschlaggebend für diese Auswahl, die sich an das in der qualitativen Forschung verbreitete Prinzip des Theoretical Sampling anlehnt, war die Frage: Welche Akteur_innen können uns weitere relevante Einblicke bzw. vertiefende, ergänzende oder auch kontrastierende Informationen geben?

Die Kontaktaufnahme erfolgte überwiegend telefonisch. Die Gespräche fanden an Orten statt, die von den Gesprächspartner_innen vorgeschlagen wurden; wir führten sie einzeln durch bzw. in Zweiter-Teams. Die Gespräche dauerten zwischen 30 Minuten und 2 Stunden.

Methodisch führten wir problemzentrierte Gespräche durch, orientiert an narrativen Interviews und vorstrukturiert durch einen gemeinsam erstellten Leitfaden (vgl. Witzel 2000). Die Gesprächspartner_innen wurden dabei als Personen adressiert (angesprochen), die aufgrund ihrer Erfahrungen und Einschätzungen *Expert_innen ihrer Arbeits- und Lebenswelt und ihres Stadtteils* in Bremen-Nord darstellen (vgl. Gläser/Laudel 2004).

Der Fokus der Gespräche richtete sich *erstens* auf mögliche, selbst erlebte oder wahrgenommene Problemfelder im Zusammenhang mit Rassismus und Diskriminierung, *zweitens* auf bestehende Handlungsfelder und *drittens* auf die Bedarfe und Wünsche zur Stärkung und Erweiterung der Handlungsfelder gegen Diskriminierung und Rassismus. Die Gespräche wurden von der jeweiligen Forscher_in möglichst wortgetreu mitdokumentiert (in Form von Notizen), um auch in den späteren Auswertungsphasen nah an den Aussagen der Gesprächspartner_innen zu bleiben.

Die Dokumentation der Gespräche wurde ergänzt mit verschiedenen Formen einer sogenannten dichten Teilhabe der Forscher_innen (vgl. Häberlein 2014) an mehreren Veranstaltungen wie z.B. öffentlichen Foren oder Sitzungen der Ortsbeiräte, die im Untersuchungszeitraum in Bremen stattfanden. Sowohl von den Gesprächen als auch von den dichten Teilhaben wurden zeitnah (Gesprächs-)protokolle verfasst, die sich an einer einheitlichen, von uns im Forschungsverlauf entwickelten Systematik orientierten (vgl. Breidenstein et al. 2013).

Insgesamt führten wir 18 Einzel- und Gruppeninterviews (mit insgesamt 46 Personen⁶) sowie 9 dichte Teilhaben durch.

⁶ 21 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (Angebotsnutzer_innen) und 27 Erwachsene (Fachkräfte, gesellschaftspolitische Akteur_innen).

Auswertung des Datenmaterials:

Die Auswertung des Forschungsmaterials erfolgte angelehnt an die Kernsatzmethode von Thomas Leithäuser und Birgit Vollmerg (1988). Die Kernsatzmethode erwies sich im Rahmen unserer Studie als geeignet, weil sie sowohl eine Detailanalyse der jeweiligen Gespräche ermöglicht als auch eine horizontale Analyse aller Gespräche, ohne den jeweiligen Kontextbezug oder die Komplexität der Äußerungen außer Acht zu lassen. Zugleich sind es die Erfahrungsanalysen der interviewten Personen selbst, die den weiteren Analyserahmen vorgeben. Als Kernsätze definieren Leithäuser und Vollmerg verdichtete Aussagen und Einschätzungen der Gesprächspartner_innen, welche als „natürliche“ Verallgemeinerungen bzw. als eigene Theoretisierungen geäußert wurden.

Jedes Gesprächsprotokoll wurde zunächst auf diese Theoretisierungen und Verallgemeinerungen hin gelesen. Wir achteten auch auf überraschende Aussagen, dichte Beschreibungen oder ähnliches mit thematischer Relevanz. Diese von uns als Kernsätze erachteten Abschnitte wurden zusammen mit ihrem Kontext auf separate Karten notiert. Dabei spielten nicht nur die Aussagen unserer Gesprächspartner_innen eine Rolle, sondern ebenfalls eigene dichte Aussagen und gehaltvolle Verallgemeinerungen, die wir als Forscher_innen während der Gespräche oder direkt im Anschluss notiert hatten. Die Kernsätze wurden in einem nächsten Schritt auf inhaltliche und strukturelle Ähnlichkeiten hin untersucht und zu einzelnen Kernsatzbündeln zusammengefasst, denen wir jeweils eine eigene Kategorie zugeordnet haben. Die Kategorien wurden anschließend in eine thematische Beziehung zueinander gesetzt. So stellten verschiedene Kategorien ein Erfahrungsfeld dar, die wiederum in einer bestimmten inhaltlichen oder strukturellen Beziehung zueinander stehen.

So haben wir anhand von mehreren hundert Kernsätzen 25 Erfahrungsfelder herausgearbeitet. Diese Erfahrungsfelder wurden im Rahmen eigener Kapitel oder Unterkapitel im vorliegenden Bericht interpretierend ausdifferenziert und je nach Bedarf mit theoretischen Begriffen und Inhalten sowie durch unser themenfeldspezifisches Kontextwissen ergänzt bzw. abgerundet.

Grafik Forschungsdesign

"Rassismus ist schon total normal geworden"

Wahrnehmungen von Rassismus und weiteren Diskriminierungen im Bremer Norden Eine Situations- und Ressourcenanalyse aus verschiedenen Perspektiven.

Kiana Ghaffarizad, Tobias Linnemann, Friederike Lorenz, Bettina Schmidt, Maren Schreier, Sabine Zetsche

Ausgangsauftrag

Von der lokalen Koordinierungsstelle der „Partnerschaft für Demokratie Bremen Nord“ des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ wurde an das Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung e.V. (BISA + E) der Auftrag herangetragen, eine Studie zu Rassismus in Bremen Nord durchzuführen. Ziel der Studie ist es, bestehende Problemfelder und die daraus resultierenden Handlungsfelder in Erfahrung zu bringen.

Die Studie soll unter anderem dem Begleitausschuss des Programms „Partnerschaft für Demokratie Nord“ als Grundlage dienen, um Bedarfe und Ressourcen im Stadtbezirk Bremen Nord zu konkretisieren und bestehende und zukünftige Projekte dementsprechend zu fördern.

Der Fokus der Erhebung im Winter 2015 liegt auf den Wahrnehmungen von strukturellem und institutionellem Rassismus sowie weiteren, mit Rassismus zusammenhängenden Diskriminierungsformen, aus den verschiedensten Perspektiven.

Wie forschen?

- Qualitativ-rekonstruktive Sozialforschung, die prozessorientiert und (selbst-)reflexiv ist (Flick; Lueger 2000; Abu-Lughod 1991; Clifford 1986).
- Verbindung von Einzel-/ Gruppen-Interviews mit einer Dichten Teilhabe in Bremen Nord (Breidenstein 2013; Häberlein 2014).
- Einheitliche Gesprächsdokumentation direkt im Anschluss an das Interview.
- Relevante Begriffe, Aussagen und Generalisierungen während des Gesprächs abklären.

Wie Interviews führen?

Problemzentrierte Einzel- und Gruppeninterviews (Witzel 2009): Leitfaden gestützt mit konkretisierendem Nachfrageteil.

Zentrale Forschungsfragen

- A)** Welche Probleme mit Rassismus und weiteren Diskriminierungsformen werden in Bremen-Nord thematisiert bzw. dethematisiert?
- B)** Welche Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich aus dieser Ausgangsproblematik?

Was in der Forschung/im Interview fokussieren?

1. Mögliche Problemfelder (z.B.: „Welche Probleme und Schief lagen erfährst du in Bremen Nord, entweder selbst oder durch die Erzählung weiterer Personen?“)
2. Mögliche (zu stärkende) Handlungsfelder (z.B.: „Welche rassismus-/diskriminierungssensiblen Projekte oder Aktivist*innen findest du unterstützenswert?“)
3. Bedarfe und Wünsche für die Stärkung eigener Handlungsfelder (z.B.: „Was bräuchtest du, um dich in Bremen Nord (noch) wohler zu fühlen?“)

Wie auswerten?

- Angelehnt an die Kernsatzmethode von Leithäuser/Vollmerg 1988.
- Polyvokalität des Forschungsfeldes transparent machen.
- Collage statt linearer Bericht, um die Komplexität des Themenfeldes abzubilden.

Wo und mit wem forschen?

- A)** Mit Nutzer_innen von Einrichtungen, Vereinen und weiteren Institutionen.
- B)** Mit lokalen (gesellschafts-)politischen Akteur*innen und Aktivist_innen.
- C)** Mit Personen, die in professioneller Funktion in Einrichtungen, Vereinen und weiteren Institutionen tätig sind.
- D)** In Form von Teilnahmen an öffentlichen Foren, Beiratssitzungen und anderen Veranstaltungen in Bremen Nord.

Wie adressieren?

Die interviewten Personen sind mit ihren Erfahrungen und Einschätzungen die Expert_innen ihrer Lebenswelt und ihres Stadtteils (angelehnt am Expert_innenbegriff von Gläser/Laudel 2004).

5) Mehrstimmigkeit, Leerstellen und Widersprüche abbilden – Gedanken zur Konzeption unserer Forschung und zur Gliederung des Berichtes

Mehrstimmigkeit und Auslassungen sichtbar machen

Die beschriebene Komplexität von Rassismus bildet sich notwendigerweise auch in der Gliederung und Struktur des vorliegenden Berichtes ab.

Uns ist es ein Anliegen, die vielen unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen, von denen uns berichtet wurde, angemessen zu reformulieren und zu verbreiten. Wir erkennen diese als überaus bedeutungsvoll an: Zum einen deshalb, weil sie gerade in ihrer Mehrstimmigkeit ein eindrückliches Bild von den Logiken und strukturellen Wirkungsweisen von Rassismus in Bremen-Nord nachzeichnen. Zum anderen, weil sie exemplarisch für andere Regionen in Deutschland stehen können; Rassismus lässt sich nicht auf Stadtteile, Bezirke oder Regionen begrenzen (s. Kap. 3).

Zugleich fehlen in unserer Forschung einige Perspektiven. Auch konnten einige gesellschaftliche Felder, die im Zusammenhang mit Rassismus relevant wären, in unseren Gesprächen nicht umfassend thematisiert werden. Eines dieser relevanten Themenfelder lautet ‚Rassismus im Gesundheitssystem‘, ein anderes wiederum ‚Rassismus und Bildung/Schule‘. Zu den fehlenden Perspektiven - die wir insbesondere im Kontext dieser Studie für relevant erachten - zählen die Perspektiven von bulgarischen Arbeitnehmer_innen sowie die Perspektiven von geflüchteten Personen bzw. von Personen in prekären Aufenthaltsverhältnissen, um nur einige der unzähligen Perspektiven zu nennen.

Begrenzungen und Widersprüche des Forschens zu Rassismus und Diskriminierungen

Darüber hinaus halten wir es für notwendig, die Begrenzungen, Leerstellen und Widersprüche von (sozial-)wissenschaftlicher Erhebungen zu thematisieren. Wir gehen davon aus, dass eine Forschung (gerade zu Rassismus und Diskriminierung) immer begrenzt bleibt, weil sie von bestimmten Personen mit bestimmten Positionen innerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse und aus bestimmten theoretischen Perspektiven durchgeführt wird.

Ein solcher Widerspruch in der Forschung zu Rassismus kann entlang der Frage veranschaulicht werden, welche Menschen als Gesprächspartner_innen ausgewählt werden: Wer sind die Expert_innen?

Sprechen wir Menschen an, die selbst Rassismuserfahrungen machen bzw. von Rassismus benachteiligt, marginalisiert und deprivilegiert werden, so führen wir eine dominante Logik in Forschung, Bildung und Politik fort, in der wir erstens diese Menschen erneut als die ‚Anderen‘ ansprechen und in der wir sie zweitens in eine ‚Opferposition‘ versetzen. Diese Ansprache ist problematisch. Sprechen

wir nun aber Menschen an, denen eine privilegierte soziale Position in rassistischen Verhältnissen einnehmen und die als Expert_innen anerkannt werden (z.B. Menschen aus Bildung, Beratung und Sozialer Arbeit, Willkommensinitiativen, Zuständige für den Bereich Flucht und Migration in der Politik usw.), so führen wir ebenfalls eine dominante Logik fort, die sich darin äußert, dass *über* Menschen gesprochen wird, anstatt dass sie für sich selbst sprechen und als politische Subjekte gehört werden. In diesen Widersprüchen haben wir uns bewusst für einen mehrgleisigen Zugang entschieden und alle Menschen in Bremen Nord als Expert_innen für Rassismus in Bremen-Nord angesprochen.

Ein anderes Beispiel, welches Widersprüche in unserer Forschung, und unseren Gesprächen verdeutlicht, ergibt sich aus unseren unterschiedlichen sozialen Positionierungen. Als Menschen mit Hochschulabschluss und mit einem umfassenden (theoretischen) Wissen zu Rassismus und Diskriminierung sprachen wir mit Kindern, Jugendlichen, Sozialpädagog_innen, geflüchteten Personen und Berater_innen, deren Auseinandersetzungen mit Rassismus sehr unterschiedlich waren. Allein durch unsere Position als Forschende, die Fragen stellen, Wissen erheben und mit diesem Wissen etwas machen, das nicht in der Kontrolle der Gesprächspartner_innen liegt, nehmen wir eine ausgesprochene Machtposition ein. Ein Versuch mit dieser Machtdifferenz reflexiv und achtsam umzugehen, bestand z.B. darin, selbst in den Gesprächen mit unseren Positionen und Perspektiven auch sichtbar zu werden und möglichst transparent bezüglich unseres Vorgehens zu sein.

Eine weitere wichtige Frage lautet in Forschungssettings nicht nur, *wer* forscht und schreibt über *wen*, sondern auch, *wer* spricht mit *wem*?

Es ist leicht vorstellbar und entspricht auch der Erfahrung in unserem Team, dass sich die Struktur des Raumes in Gesprächen zu Rassismus verändert, wenn angenommen werden kann, dass der_die forschende Gesprächspartner_in bestimmte Erfahrungen von Entwürdigung, Benachteiligung und Ausschluss in rassistischen Verhältnissen teilt. Und auch weitere soziale Positionierungen in Diskriminierungsverhältnissen sind als bedeutungsvoll in den Gesprächen mitzudenken, auch wenn sie nicht explizit zum Gegenstand der Gespräche wurden.

Zusätzlich ergeben sich Auslassungen und Begrenzungen, die sich sowohl über fehlende Ressourcen (z.B. Zeit) als auch über fehlende Zugänge begründen.

Uns die hier skizzierten Begrenzungen und Involviertheiten in (Forschungs-)Widersprüchen bewusst zu machen und regelmäßig im Forschungsteam zu thematisieren, war notwendig und hilfreich, um unser Vorgehen, unsere Zugänge und Interpretationen sowie schließlich unsere Verschriftlichungen möglichst sensibel zu gestalten und selbstkritisch zu reflektieren.

Struktur des Berichtes

Vor dem Hintergrund der hier exemplarisch veranschaulichten Auslassungen sowie der gewonnenen Mehrstimmigkeit haben wir uns entschieden, von dem Anspruch eines linear gegliederten Berichtes abzusehen. Dies würde vermutlich zu sehr die Illusion wecken, dass unsere Erhebung abgeschlossen und endgültig sei. Wir verstehen die folgenden Kapitel vielmehr als Textfragmente, als Einblicke, Ausschnitte und Momentaufnahmen, die in ihrer Komposition eine Art Collage ergeben. Jeder Text steht für sich und ist zugleich nur ein Bestandteil, der auf weitere Texte angewiesen bleibt, um zur Annäherung an ein Verstehen der Komplexität von Rassismus beizutragen.

Die Texte fallen - entsprechend der Unterschiedlichkeit der Gespräche, der Perspektiven sowie unserer individuellen, unterschiedlichen Zugänge im Forschungsteam - ebenfalls unterschiedlich aus: Mal sind sie mehr beschreibend, mal mehr analytisch formuliert; mal sind sie fokussiert auf ein konkretes Feld in Bremen-Nord und mal haben wir sie offener, verallgemeinernder formuliert. Unsere Absicht mit dieser Darstellungsform ist es, deutlich zu machen, dass die Studie das Feld des 'Rassismus' in Bremen-Nord keinesfalls abschließend behandelt und keine einfachen Antworten liefert. Vielmehr soll die fragmentarische Textzusammenstellung zu weiteren Recherchen, zu Achtsamkeit, Einsichten in Informationsbedarfe und vor allem zum Austausch einladen.

Nach dieser umfassenden Einleitung und Einführung in unser Rassismusverständnis und unseren theoretisch begründeten Zugang, stellen wir in den folgenden 25 Teilkapiteln in sieben Teilen unsere Einsichten und Erkenntnisse vor:

Im ersten Teil stehen Texte, die Auskunft über den strukturellen und politischen Rahmen in Bremen-Nord geben. **Der zweite Teil** umfasst Texte, die die unterschiedlichen Erfahrungen unserer Gesprächspartner_innen mit Alltagsrassismus darstellen. **Der dritte Teil** nimmt eine Perspektive auf unterschiedliche Formen von Rassismus sowie andere Diskriminierungen ein, die in den Gesprächen benannt wurden. **Der vierte Teil** versammelt Texte, die verschiedene Mechanismen von Rassismus auf analytischer Ebene aufzeigen und benennbar machen. **Im fünften Teil** sind zwei exemplarische Handlungsfelder umfassend beschrieben. **Der sechste Teil** umfasst eine Zusammenstellung von Ressourcen und Bedarfen, die uns gegenüber formuliert und von uns wahrgenommen wurden. Im abschließenden **siebten Teil** sind Handlungsperspektiven im Rahmen des Programms zusammengestellt.

Teil I Der strukturelle und politische Rahmen in Bremen-Nord

6) *Politische Entwicklungen – die Bürgerschafts- und Beiratswahl 2015*

Eine relevante Perspektive auf Bremen-Nord ist der Blick auf die Wahlergebnisse der Bürgerschaftswahl und der Beiratswahlen im Mai 2015. Die rechtspopulistischen Parteien der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und der „Bürger in Wut“ (BiW) konnten in Bremen-Nord wie auch in einigen anderen Bremer Stadtteilen Erfolge erreichen.

Bei der *Bürgerschaftswahl* zählten die beiden Bremen-Norder Stadtteile Burglesum (7,2% der Wähler_innenstimmen) und Vegesack (7,1 %) hinter Gröpelingen, Huchting und Obervieland – zu den fünf 'stärksten' Stadtteilen der AfD. Die BiW erzielten in Blumenthal mit 12 % der Wähler_innenstimmen ihr zweitbestes Ergebnis nach dem Bremerhavener Stadtteil Weddewarden.

Auch bei den *Beiratswahlen* erzielten beide Parteien Erfolge und konnten in mehrere Beiräte einziehen. Die AfD erreichte in Burglesum (6,77%) und Vegesack (6,29%) wie in den anderen Bremer Stadtteilen auch, in denen die Partei angetreten ist, jeweils einen Sitz im Beirat. In Blumenthal ist die AfD nicht für den Beirat angetreten. Die BiW erreichte in Blumenthal mit 18,38% sogar drei Sitze, in Vegesack zwei Sitze (8,39%) und in Burglesum einen Sitz (4,72%; vgl. Jellonnek/Reinesch 2015).

Es stellt sich die Frage, womit diese Ergebnisse zusammen hängen. Zurück geführt werden die Wahlerfolge der rechtspopulistischen Parteien unter anderem darauf, dass sie sehr eng mit rechtsgerichteten Bürgerinitiativen zusammen arbeiten:

„Die hohen Resultate der BIW in bestimmten Stadtteilen können auf die Zusammenarbeit mit und Einbindung von rechten Bürgerinitiativen zurückgeführt werden. So [ist] etwa in Blumenthal unter den Abgeordneten der BiW Fritjof Balz von der Bürgerinitiative 'Rekumer Straße 12 – nicht mit uns' [...] zu finden“ (ebd. S.7f).

In diesem Zusammenhang kam es zu einem intensiven Austausch zwischen den Kandidat_innen der Bürger in Wut und der Alternative für Deutschland. In der Facebook-Gruppe „Bremen- Nord – Das geht uns alle an!“ bezogen sie gemeinsam Position gegen die politische Konkurrenz (vgl. ebd. S. 27). An anderen Stellen distanzierten sich die beiden Parteien in Bremen-Nord teils vehement voneinander.

Fritjof Balz gründete im Oktober 2014 die Bürgerinitiative „Rekumer Straße 12 – Nicht mit uns!“ - als Reaktion auf die Planungen für eine Unterkunft für straffällige unbegleitete minderjährige Geflüchtete in der Rekumer Straße 12 in Blumenthal. In einer Facebook-Gruppe kamen binnen kurzer Zeit 2000 Mitglieder zusammen. Es wurden Unterschriften gesammelt, Demonstrationen veranstaltet und eine Petition an die Bremer Bürgerschaft gestellt (vgl. Brandt 2014). Auch wenn sich Balz früh von rechten

Mitgliedern distanzierte, hatte die Bürgerinitiative den Ruf, dass auch rechte und rechtspopulistische Akteur_innen mitwirken. Rechtspopulistischen Parteien wurde vorgeworfen, die Bürgerinitiative für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen. Dem Sprecher der Bürgerinitiative, Balz, wurde zudem vorgeworfen, er schüre Hass und Ressentiments gegen geflüchtete Menschen. Seine Partei BiW brachte u.a. unmittelbar gegenüber der von ihnen diffamierten Einrichtung ein Plakat mit dem Schriftzug „Vollzug statt schöner wohnen“ an; dies wurde öffentlich breit kritisiert (vgl. Radio Bremen 2015). Durch dieses Auftreten hoben sich die BiW von der rechtspopulistischen Konkurrenz der AfD ab und konnten vermutlich auch deshalb in Blumenthal so hohe Ergebnisse erzielen. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass Balz und zwei weitere BiW Mitglieder nachts Menschen in einem linken Infoladen in Bremen-Nord einschüchterten und bedrohten (vgl. Baeck 2015).

7) „Es wird leiser in Bremen-Nord“ - Stadtteilentwicklungen

Mehrfach wird in den Gesprächen beschrieben, dass Bremen-Nord sich stark verändere: Es fehle zunehmend an Freizeitmöglichkeiten und Treffpunkten für Jugendliche und Kinder, Geschäfte würden schließen, Menschen zögen weg, es entstehe Wohnungsleerstand. Die bestehenden Angebote seien fast alle unterfinanziert und könnten die große Nachfrage nicht ansatzweise den Bedürfnissen entsprechend decken.

Der sozialstrukturelle Mangel trifft besonders geflüchtete Jugendliche: Aufgrund der finanziellen und personellen Unterversorgung bestehender Strukturen und Angebote sehen sich viele Mitarbeitende nicht in der Lage, aktiv und explizit auf Geflüchtete zuzugehen und ihre Angebote diesbezüglich zu öffnen (z.B. Jugendzentren, Beratungsstellen etc.) (s. Kap. 8 und 30).

Auch wenn viele Jugendliche gerne in Bremen-Nord leben, beschreiben sie den Stadtteil als langweilig: „*The situation is very boring*“. Noch drastischer zeigt sich das in der Formulierung, die ein_e Gesprächspartner_in wählte: „*Die Stadt ist tot.*“ Viele junge Menschen nutzen daher Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in anderen Stadtteilen (z.B. das Einkaufszentrum „Waterfront“ im Bremer Stadtteil „Häfen“). Diese Option steht jedoch nicht Allen gleichermaßen offen. Die Mobilität junger Menschen ist abhängig von unterschiedlichen Faktoren: Unerschwingliche Fahrtkosten oder fehlende bzw. ungünstige Verkehrsanbindungen (ÖPNV) können die Mobilität ebenso begrenzen wie fehlende Informationen über Orte und Angebote außerhalb des Wohnumfeldes oder geschlechtsspezifische Faktoren.

Einige der Jugendlichen, aber auch erwachsene Akteur_innen aus Bremen-Nord, nehmen angesichts des Wohnungsleerstands einen Widerspruch wahr, den sie als ungerecht beschreiben: Wie kann es sein, fragen sie sich, dass so viel Wohnungen leer stehen und gleichzeitig geflüchtete Menschen in Zelten und Turnhallen leben und oft sehr lange suchen müssen, um eine Wohnung zu finden (s. Kap. 11, 15 und 31)?

Der Blick von außerhalb auf Bremen-Nord wird von Vielen als stigmatisierend wahrgenommen. In den Gesprächen wurde beschrieben, dass Bremen-Nord bei Menschen aus Bremen-Innenstadt oft pauschal als „*gefährliche kriminelle Gegend*“ gelte. So war auch die erste Frage, die ein_e Gesprächspartner_in an uns richtete: „*In Bremen hört man viel Schlechtes über Bremen-Nord, nicht?*“ Diese Stigmatisierung des Stadtbezirks Bremen-Nord und das damit einhergehende negative Image wird von vielen Bewohner_innen wahrgenommen, problematisiert und offensiv kommuniziert.

Zudem gibt es in Bremen-Nord eine räumliche Segregation (4) von Wohngebieten. Die Wohnbezirke werden hierarchisiert und mit unterschiedlichen aufwertenden oder abwertenden Zuschreibungen verbunden. Der sogenannte „freie Wohnungsmarkt“ steht nicht allen Menschen gleichermaßen offen. So steuern beispielsweise Vermieter_innen den Zuzug zu Mietwohnungen entlang von Unterscheidungen nach 'Herkunft', sozialem Status bzw. 'finanzieller Lage'. So kommt es, dass auch in Bremen-Nord viele Menschen einzig zu Wohnungen in abgewerteten Wohnbezirken Zugang haben; eine zunehmende Anzahl Menschen finden auf dem Bremer Wohnungsmarkt gar keine Wohnung (vgl. Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen, o.J.).

Auch auf politischer Ebene (Bremische Bürgerschaft und Senatorische Behörde) wirke ein stigmatisierender Blick auf Bremen-Nord: Von mehreren Akteur_innen aus Bremen-Nord wurde geäußert, dass das Gebiet im Verhältnis zu anderen Bremer Bezirken stark benachteiligt werde: „*Der Senat vergisst Bremen-Nord*“. Versprochene Arbeitsplätze würden nicht realisiert und im Koalitionsvertrag von 2015 gebe es nur einen einzigen Absatz, der explizit Bremen-Nord thematisiere. Auch für die Umsetzung des „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“ (Freie Hansestadt Bremen 2015) in Bremen-Nord durch den Verein Rat & Tat Zentrum für Schwule und Lesben e.V. fehlen laut Aussage unserer Gesprächspartner_in die Mittel, obwohl der Aktionsplan auch für Bremen-Nord verabschiedet wurde. Die hier skizzierten Erfahrungen sozialstrukturellen Mangels, unzureichender Ausstattung mit Mitteln und mangelnder Aufmerksamkeit werden von den in Bremen-Nord lebenden und arbeitenden Menschen als Abwertung und fehlende Anerkennung wahrgenommen.

Neben diesem eher negativ erscheinenden Bild steht die Beschreibung des eigenen Stadtteils von Akteur_innen aus Bremen-Nord als sehr aktiv und lebendig: Menschen fühlen sich wohl in Bremen-Nord und wollen hier dauerhaft bleiben. Das wurde in einigen der Gespräche, aber auch bei der Diskussion der Zwischenergebnisse mit verschiedenen Akteur_innen aus Bremen-Nord deutlich. Das wird auch deutlich anhand der zahlreichen Initiativen und Gruppen, die in Bremen-Nord aktiv sind oder neu aktiv werden.

So haben sich mehrere sogenannte Willkommensinitiativen gebildet (s. Kap. 31 und 32), in denen sich viele Menschen für die Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten einsetzen. Auch sind neue Räume entstanden, in denen sich vor allem junge Menschen politisch engagieren und einmischen (wie

etwa der „Infoladen Katzensprung“); politische Veranstaltungen sind oft gut besucht. In einigen Bereichen wächst die Vernetzung und es entstehen gemeinsame Aktivitäten (s. Kap. 24).

8) *Parallelangebote anstelle von offenen Angeboten für Alle*

In der Analyse der Art und Weise, wie bestehende soziale Einrichtungen und die in ihnen tätigen Fachkräfte in Bremen-Nord (aber auch gesamtgesellschaftlich) mit den Themen Flucht und Migration umgehen, wird deutlich: Es werden - wenn überhaupt - meist zusätzliche Parallelangebote geschaffen (s. Kap. 27 und 30). Die Eingliederung von Geflüchteten oder Migrant_innen in die bestehenden sozialen und sozialstaatlichen Strukturen wird meist als zusätzliche (kompensatorische) Leistung der Gesellschaft angesehen, die durch spezifische Maßnahmen erfüllt werden muss. Grundlegende Veränderungen im Regelbetrieb von Kitas, Schulen, Behörden und anderen Einrichtungen scheinen nicht vorgesehen. Dies führt dazu, dass Geflüchtete und Migrant_innen (aber auch Menschen mit spezifischen Beeinträchtigungen beispielsweise) zum 'Problem' *gemacht* werden, da öffentliche Einrichtungen und Institutionen ihren vermeintlich speziellen Bedürfnissen nur mittels Extraaufwand begegnen können. Diese Sichtweise trägt auch dazu bei, die Trennung und Isolation verschiedener Bevölkerungsgruppen innerhalb des Stadtteils zu reproduzieren (s. Kap. 7).

An dieser Stelle soll als Gegenentwurf auf das Modell der *Interkultur* von Mark Terkessidis verwiesen werden (vgl. Terkessidis 2010). Terkessidis betont, dass in einer globalen Welt, in der Migration für jede Gesellschaft eine Tatsache und damit auch Normalität ist, alle staatlichen, sozialen, politischen, kulturellen Einrichtungen und Institutionen so umgestaltet werden müssen, dass sie *alle* Menschen *trotz* ihrer Unterschiede gleichermaßen nutzen können. Diese Forderung kann an folgendem Beispiel veranschaulicht werden: Menschen, die im Rollstuhl sitzen, sollten nicht bei jedem Bus warten müssen, bis die Rampe nach einer komplizierten Prozedur heruntergefahren ist und sie einsteigen können. Vielmehr müssten alle Busse von Grund auf so gestaltet werden, dass alle Menschen sie ohne Extraaufwand nutzen können. Entsprechend fordert Terkessidis, alle öffentlichen Einrichtungen und Angebote so zu konzipieren, dass sie die verschiedenen Bedürfnisse und Anforderungen einer heterogenen Gesellschaft (Sprache, Beweglichkeit, Religion, etc.) in ihrer grundlegenden Beschaffenheit berücksichtigen⁷ (s. Kap. 33).

9) *„Seit 2014 Chaos“ - Auswirkungen sozialpolitischer Kürzungen*

Rassistische Strukturen werden in Bremen-Nord auch durch eine mangelnde Ausstattung derjenigen Ämter und Behörden verstärkt, durch die beispielsweise Unterstützung bei der Verselbstständigung

⁷ In Bremen gibt es ein Beispiel dafür, dass und wie Angebote für Alle gelingen können: Der Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder hat über viele Jahre hinweg ein Konzept integrativer/inklusive Kita entwickelt und umgesetzt (vgl. Landesverband 2015).

durch Hilfen zur Erziehung (SGB VIII) oder Schulplätze für junge Menschen organisiert werden. Gleichzeitig besteht seit einigen Jahren ein erhöhter Bedarf, weil selbstverständlich auch unbegleitete minderjährige Geflüchtete, wie alle jungen Menschen, ein Recht auf Bildung (Schulplatz) und ein Recht auf Unterstützung durch Jugendhilfe beim Übergang in eine eigene Wohnung und in die Verselbstständigung haben. Dieses strukturelle Problem (die mangelnde Ausstattung) betrifft nicht nur geflüchtete Jugendliche in Bremen-Nord, sondern alle jungen Menschen, die ihren Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung geltend machen (wollen). Dies wirkt sich besonders gravierend auf geflüchtete Jugendliche sowie auf Jugendliche, die von Rassismus betroffen sind, aus. Ihnen wird der Zugang zu Schulplätzen, Wohnungen, Ausbildungsplätzen oder Praktikumsplätzen durch diskriminierende Strukturen ohnehin erschwert wird.

Mitarbeitende in sozialpädagogischen Einrichtungen freier Träger schilderten, dass und inwiefern ihre Arbeit mit jungen Menschen infolge der unzureichenden Ausstattung und 'Überlastung' von Behörden und Institutionen an Grenzen stößt. Beschrieben wurde, dass die zuständigen Fallmanager_innen im Amt für Soziale Dienste „*schwer zu kriegen*“ seien, und oft niemand ans Telefon gehe. Seit 2014, also seit die Zahl unbegleiteter Geflüchteter in Bremen angestiegen ist, herrsche „*Chaos*“. Die konkreten Auswirkungen für die jungen Menschen sind gravierend: Sie warten monatelang auf Bescheide, beispielsweise hinsichtlich ihrer Schulplätze, oftmals ohne jeden Anhaltspunkt darüber, wann sich die Situation ändern wird. Eine Folge insbesondere für die jungen Menschen in Unterkünften für Geflüchtete ist der Zwang zur Untätigkeit, den ein junger Geflüchteter wie folgt auf den Punkt brachte: „*Ich bin hier – Essen – Schlafen – Essen – Schlafen*“.

Teil II Struktureller Rassismus als alltägliche Erfahrung

10) „Die dachten, wir machen Stress“ - Rassistische Ausschlüsse im Sport

Sport gilt gemeinhin als verbindend und sogenannte Integration fördernd (vgl. DOSB 2014). Ein proklammerter Integrations-Anspruch allein bringt jedoch nicht zwangsläufig Integration mit sich. Gerade im Kontext von Vereinssport kann sich eine breite Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit auftun. Auch in Bremen-Nord gibt es Ausschlüsse im Sport, die mit Rassismus zu tun haben. So hat uns ein Fußballteam, in dem mehrheitlich Menschen trainieren, die, wie sie erzählten, als „Ausländer“ wahrgenommen werden, von den eigenen Erfahrungen berichtet. Die Sportler hatten große Schwierigkeiten, einen Verein zu finden, bei dem sie am offiziellen Spielbetrieb teilnehmen konnten. Es seien „so viele Ausländer“ im Team, so die Begründung der ablehnenden Vereine. Auch in anderen Gesprächen haben verschiedene Jugendliche Fußballvereine benannt, die jungen Menschen, die als „arabisch“ wahrgenommen werden, die Trainingsteilnahme verwehrt hätten. Die Begründung: Mehrheitsdeutsche (5) Jugendliche würden nicht mit ihnen spielen wollen.

Diese Erfahrungen von Ausschluss und Diskriminierung sind Ergebnis eines gesellschaftlichen Diskurses des 'Fremdmachens', auch 'Othering' (7) genannt. Um einen Ausschluss zu begründen, wird auf die Unterscheidung von 'Wir' und 'die Anderen', von 'Inländern' und 'Ausländern' oder von 'arabisch' und 'deutsch' zurückgegriffen (s. Kap. 3). Menschen werden zu 'Fremden' gemacht, wobei das 'Fremde' explizit oder implizit eine Abwertung gegenüber dem 'Eigenen' erfährt. Dabei ist nicht entscheidend, ob die Mitglieder des Sportvereins diese Unterscheidung rassistisch gemeint haben oder ob diese Aussage als 'rechts motiviert' eingeordnet werden kann. Entscheidend ist, dass durch diese Unterscheidung jungen Menschen Zugangsmöglichkeiten verwehrt bleiben. Durch die Zuschreibungen aufgrund vermeintlicher Herkunft werden Menschen von der Teilhabe an Sport- und Freizeitmöglichkeiten ausgeschlossen (s. Kap. 3).

Ausschlüsse aufgrund rassistischer Unterscheidungen überschneiden sich dabei gelegentlich mit weiteren Differenzsetzungen: Beispielsweise werden Menschen auch entlang (vermuteter) Klassenzugehörigkeiten bzw. sozialer Herkunft als 'anders' oder 'nicht zugehörig' markiert. So berichteten Gesprächspartner_innen, dass von anderen Sportler_innen vermutet wurde: „Die Mannschaft funktioniert eh nicht, weil das alles Straßenkinder sind“. Zuschreibungen aufgrund der vermeintlichen Herkunft und der Klassenzugehörigkeit bzw. aufgrund von unterstellter Armut und sozialem Status vermengen sich hier.

Ausschlüsse wie diese geschehen nicht nur im Sport, sondern sind alltägliche Normalität (z.B. im Bildungsbereich, auf dem Wohnungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt).

Eine weitere Form des Ausschlusses im Sport geschieht dadurch, dass geflüchtete Menschen nicht am regulären Spielbetrieb teilnehmen dürfen, so lange sie keinen Spielpass haben. Den bekommen sie erst mit einem bestimmten Aufenthaltstitel und dürfen so lange nur am Trainingsbetrieb teilnehmen. Das erschwert ihnen, als gleichberechtigtes Mitglied zugehörig und anerkannt zu sein.

Rassismus im Sport äußert sich auch in einzelnen konkreten rassistischen Bedrohungssituationen. So wird etwa ein Auswärtsspiel außerhalb von Bremen-Nord beschrieben, bei dem die Spieler_innen unter anderem mit antisemitischen Äußerungen wie „*Wir vernichten euch wie die Juden*“ bedroht wurden und sie „*froh waren, lebend vom Platz zu kommen*“. Antisemitismus dient hier als flexibles Feindbild, das von Zuschauer_innen im Fußball eingesetzt wird und für die Betroffenen eine Erfahrung von Rassismus und Todesangst bedeutet.

Zusammengefasst zeigen diese Beispiele auf, dass und inwiefern ein rassismuskritischer Blick auch im Kontext von Sportangeboten relevant wird: Zum einen werden auch durch Sport (und zwar nicht nur innerhalb von Fußballvereinen) Ausschlüsse und Diskriminierungen reproduziert, die es (jungen) Menschen erschweren oder gar für sie verhindern, an bestehenden Angeboten teilzuhaben; zum anderen entstehen Teilhabe ermöglichende Settings durch gemeinsame Sportaktivitäten nicht „*quasi (...) automatisch und nebenbei*“ (Baur 2009, S. 25). Deshalb braucht es auch im Vereinssport konkrete Zielsetzungen und reflektierte sportpädagogische Arrangements, innerhalb derer die Vereins-Aktiven diskriminierungskritische, Teilhabe ermöglichende Ansätze diskutieren und umsetzen können (vgl. ebd., S. 22ff.; s. Kap. 33).

11) „Einen schwarzen Hausbewohner kann man den anderen im Haus nicht zumuten“ - Rassismus auf dem Wohnungsmarkt

In zahlreichen Gesprächen war die Diskriminierung bei der Wohnungssuche Thema. Diese Diskriminierung geschieht teilweise mit offenem Rassismus, wie im Gesprächszitat der Überschrift deutlich wird. Teilweise geschieht diese Diskriminierung eher subtil. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn Menschen während einer Wohnungsbesichtigung plötzlich erfahren, dass die Wohnung doch schon vergeben ist - obwohl sie kurz zuvor telefonisch noch als frei deklariert wurde. Teilweise werden Menschen schon am Telefon zurückgewiesen, wenn sie ihren nicht-mehrheitsdeutschen (5) Namen sagen oder mit Akzent sprechen. Das führt dazu, dass einige Menschen sehr lange auf der Suche nach einer Wohnung sind und teilweise Wohnungen in Wohnbezirken annehmen, in denen sie eigentlich nicht wohnen wollten, während andere auf dem Wohnungsmarkt bevorteilt werden. Diese Tatsache ist umso verwunderlicher, da es in Bremen-Nord durchaus einen großen Leerstand gibt (s. Kap. 7). Es scheint, dass einige Vermieter_innen Wohnungen lieber leer stehen lassen, als sie an Schwarze Menschen, Geflüchtete oder Menschen, die sie als 'Ausländer_innen' wahrnehmen, zu vermieten.

12) „Mit dem Nachnamen und der Adresse brauch ich mich eh nicht bewerben“ - Zugang zum Arbeitsmarkt

Auch der Zugang zum Arbeitsmarkt wird durch Rassismus strukturiert. Die Bundesbeauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration schreibt in ihrem Bericht 2014, dass

„das Merkmal 'Migrationshintergrund' nachweisbar negative Wirkungen bei den Auswahlscheidungen der Betriebe hat: Bei ansonsten gleichen Bedingungen stehen die Chancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, deutlich schlechter“ (Die Bundesbeauftragte 2014, S. 76).

Erschwerend hinzu kommt die Wirkung stigmatisierter Wohnorte. Auch in Bremen-Nord wurden uns diese Schwierigkeiten von unterschiedlichsten Interviewpartner_innen, darunter sowohl Sozialarbeiter_innen als auch Betroffene, geschildert. Die individuellen Umgangsweisen der jungen Erwachsenen sind unterschiedlich: Während Einzelne überdurchschnittlich viele Bewerbungen schreiben und versuchen, strukturellem Rassismus individuell zu begegnen (*„als junger Mensch, der in der Grohner Düne wohnte, habe ich über 80 Bewerbungen geschrieben“*), wenden sich andere frustriert ab: *„Mit dem Nachnamen und der Adresse brauch ich mich eh nicht bewerben“* (s. Kap. 24).

Wie der Bericht der Bundesregierung deutlich macht, ist individuelles, vermeintlich angepasstes Verhalten im Sinne eines besonders guten Schulabschlusses oder besonders vieler Bewerbungsschreiben jedoch keine Lösung. Struktureller Diskriminierung kann so nicht wirksam begegnet werden. Es kommt vielmehr darauf an, Rassismus auch in diesem Feld als strukturelles Problem anzuerkennen, möglichst viele Menschen, Akteur_innen, Arbeitgeber_innen dafür zu sensibilisieren und gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, der Diskriminierung in diesem Feld entgegen zu wirken (s. Kap. 33).

13) „Ich arbeite lieber für 4 Euro als gar nicht“ - Auswirkungen von Rassismus auf den Arbeitsmarkt

Die Tatsache, dass das Recht auf Aufenthalt für Bürger_innen anderer Staaten in der Bundesrepublik häufig an die Voraussetzung geknüpft ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, hat Folgen sowohl für die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrant_innen als auch für die gesellschaftliche Situation allgemein. Diese in den Gesetzen verankerte strukturelle Diskriminierung führt dazu, dass Menschen unter existentiellstem Druck stehen und letztlich gezwungen sind, jede Arbeit zu jeder Kondition anzunehmen.

In zahlreichen Gesprächen wurde in Bezug auf Bremen-Nord insbesondere die Situation von Menschen aus EU-Mitgliedstaaten thematisiert. Wenn EU-Bürger_innen aus existentieller Not Sozialleistungen beantragen müssten, würde das Sozialamt sie direkt der Ausländerbehörde melden und diese würde

innerhalb von zwei Wochen schriftlich die Aberkennung der Freizügigkeitsberechtigung⁸ ankündigen. „Die haben panische Angst ihren Job zu verlieren“, schildert ein_e Beratende_r die Situation. Ein_e Betroffene_r umschreibt das Dilemma: „Ich arbeite lieber für 4 Euro als gar nicht“.

Der auf die Menschen wirkende Druck ist ein Einfallstor für diverse Entrechtungen und Ausbeutungsformen. Uns wurde geschildert, dass einige Firmen in Bremen-Nord Löhne nicht oder nicht ganz auszahlen, nicht einmal Mindestlohn zahlen, Arbeitszeitenregelungen nicht einhalten etc. Dabei würden die Verständigungsschwierigkeiten der Lohnabhängigen bei der Vertragsgestaltung ausgenutzt.

Diese Entrechtung fördert auf der einen Seite Konkurrenz und Entsolidarisierung in der Community. Zudem halte das Jobcenter das Recht von EU-Bürger_innen auf Übersetzung nicht ein. So habe sich eine florierende Struktur herausgebildet, die Neuankommenden Übersetzungsdienste für horrenden Summen anbiete.

Der existenzielle Druck einiger Lohnabhängiger führt auf der anderen Seite zur Spaltung und stärkeren Konkurrenz unter Lohnabhängigen allgemein in Bremen-Nord. So erzählte uns ein_e Gesprächspartner_in, dass in einer der Werften viele der älteren türkischen Arbeiter entlassen wurden, weil bulgarische Arbeiter eingestellt worden seien, die bereit waren für weniger Lohn zu arbeiten. Anstatt gemeinsame solidarische Arbeitskämpfe und Forderungen zu stellen und damit die Arbeitssituation für alle Lohnabhängigen zu verbessern, wird Konkurrenz und Spaltung zwischen Arbeiter_innen durch nationalistische und rassistische Diskurse vertieft („die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“). Die einzigen, die davon profitieren würden, seien die Arbeitgeber und hier insbesondere Leiharbeitsfirmen. Als notwendiger Bedarf wurden v.a. die Ausweitung der bestehenden Beratungsangebote genannt, wie der Bremer Erwerbslosenverband (BEV), der eine Beratungsschicht auf bulgarisch anbietet oder das Selbsthilfetreffen für bulgarische Staatsangehörige, das vom Zentrum für Migrant_innen und Interkulturelle Studien Bremen (ZIS) begleitet wird. Zudem brauche es kostenlose Übersetzungsmöglichkeiten (s. Kap. 33).

⁸ Unionsbürger_innen haben das Recht sich frei in den Mitgliedsstaaten der EU zu bewegen und aufzuhalten (Freizügigkeitsrecht). Sie haben zudem das Recht auf Einreise und Aufenthalt für länger als drei Monate, wenn sie Arbeitnehmer_innen sind oder sich auf der Arbeitssuche (bis zum Ablauf von sechs Monaten) befinden. In den ersten drei Monaten sind EU-Bürger_innen vom Sozialleistungsbezug komplett ausgeschlossen. Danach haben sie die Möglichkeit Sozialleistungen nach SGB XII zu beantragen. Jedoch wird bei Sozialleistungsbezug in der Regel die Freizügigkeitsberechtigung entzogen, wenn die Person nicht bereits zwölf Monate in der BRD erwerbstätig war.

14) „Es ist heute das dritte Mal, ich habe die Schnauze voll“ - Racial Profiling

Vor allem von Mitarbeiter_innen aus der Kinder- und Jugendhilfe werden rassistische Polizeikontrollen in Bremen-Nord als eine Erscheinungsform von Rassismus benannt. Schwarze Menschen oder Menschen, die von der Polizei als 'Ausländer' wahrgenommen werden, würden durch die Polizei ohne erkennbaren Anlass angehalten und kontrolliert. Das obige Zitat stammt aus einem Gespräch mit einer sozialpädagogischen Fachkraft, die eine_n Jugendlichen aus ihrer Einrichtung wieder gibt. Hier wird sichtbar, dass manche junge Menschen diese Kontrollen mehrmals täglich erfahren; teilweise werden sie von den kontrollierenden Polizist_innen sogar namentlich angesprochen. Diese Erfahrung kann mit viel Frust verbunden sein. Ein_e Sozialarbeiter_in beschreibt einen Ausflug mit einer Gruppe Jugendlicher aus einem Jugendfreizeitheim, bei der ohne Anlass ausschließlich diejenigen Jugendlichen aus der Gruppe durch die Polizei kontrolliert wurden, die nicht weiß-mehrheitsdeutsch (5/6) waren. Weiß-mehrheitsdeutsche Jugendliche hatten das Privileg (3), nicht kontrolliert zu werden. Mit Kontrollen ohne Anlass, aufgrund einer zugeschriebenen 'Herkunft' und damit unterstellter oder vermuteter Kriminalität oder Illegalität konkretisiert sich Rassismus als Erfahrung für die je kontrollierten Menschen.

Auch wenn Sozialpädagog_innen dies durchaus als Rassismuserfahrung wahrnehmen, werden die Jugendlichen dazu angehalten, sich in die Perspektive der Polizei hinein zu versetzen, zumal ja offensichtlich sei, dass z.B. bestimmte Gruppen öffentlich dealten. Die Erfahrung von Rassismus wird auf diese Weise klein gemacht und bagatellisiert; die rassistisch selektive Kontrolle wird nachträglich gerechtfertigt. Insofern Rassismus „aus der sozialen Wirklichkeit getilgt“ wird und Missachtungserfahrungen von Menschen ein weiteres Mal missachtet werden, stellen solche Dethematisierungen (2) sekundäre Rassismuserfahrungen dar (vgl. Çiçek, Heinemann und Mecheril 2015, S. 148; s. Kap. 3 und 16).

15) „They just came, bumm“ - Isolierung von Geflüchteten

In Bremen-Nord gibt es eine räumliche Segregation (4) von Wohngebieten (s. Kap. 7). Diese räumliche Segregation verhindert oft die Begegnung von Menschen unterschiedlicher „Herkunft“. Mit der Formulierung „das müssten die jetzt aber eigentlich voneinander wissen“ drückt ein_e Gesprächspartner_in aus, dass auch nach 60 Jahren Arbeitsmigration aus der Türkei nach Deutschland viele Menschen, die als „Deutsche“ angesehen werden, und Menschen, die als „Türken“ angesehen werden, wenig voneinander mitbekommen. Die räumliche Segregation bringt eine Ignoranz gegenüber der Realität der Migrationsgesellschaft (8) mit sich.

Besonders zeigt sich die räumliche Segregation für geflüchtete Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften oft isoliert von der restlichen Bevölkerung leben und zudem von der Bundeswehr 'bewacht' bzw. 'gesichert' werden, was ein_e Gesprächspartner_in irritiert, zumal es nicht gerade zur Kontaktaufnahme einlädt. Für die geflüchteten Menschen wird so die Teilhabe am sozialen Leben strukturell er-

schwert. Das erleben auch minderjährige unbegleitete geflüchtete Menschen. Ein_e Gesprächspartner_in beschreibt seine_ihre Unterbringung mit anderen in einem Zimmer sowie die sanitären Anlagen als besonders eng: „*It's very tight*“. Zusätzlich zu dieser Entwürdigung führt der Mangel an Informationen (z.B. über lokale Initiativen, Gruppen und Anlaufstellen) und Zugang zu kulturellen, künstlerischen oder sportlichen Freizeitmöglichkeiten (z.B. Gitarrenunterricht oder Fußballgruppen) dazu, dass die Jugendlichen viel Zeit in der Enge des Hauses verbringen würden, was die Frustration verstärkte. Er_sie beschreibt zudem Schwierigkeiten, mit Menschen aus dem Stadtteil, besonders mit Jugendlichen, in der Freizeit in Kontakt zu kommen: „*People are not open*“ - viele Menschen seien nicht offen, besonders in der Nachbarschaft. Er_sie formuliert den Wunsch, dass Menschen ihre Herzen öffnen und auf sie zugehen: „*If people would just open their heart.*“

Wenn es zum Kontakt komme, sei dieser nicht immer durch die geflüchteten Jugendlichen selbstbestimmt. So beschreibt der_die Gesprächspartner_in mit der Formulierung „*They just came, bumm*“, dass eine Gruppe von Jugendlichen mehrfach unangekündigt in seine_ihre Wohneinrichtung gekommen sei, ohne dass für transparent wurde, warum sie da waren. Sie hätten Fotos gemacht und ihn_sie ausgefragt. Dieser eventuell 'gut gemeinte' Besuch und Versuch einen Kontakt aufzubauen, stellte aus seiner_ihrer Perspektive eine Grenzüberschreitung und Objektivierung dar. Die Situation der Isolierung geflüchteter Menschen bringt es mit sich, dass es zu Versuchen kommen kann, die Isolierung aufzubrechen, ohne dass dies im Sinne der Jugendlichen selbst geschieht (s. Kap. 3).

Teil III Verschiedene Rassismen und Verwobenheiten unterschiedlicher Diskriminierungsformen

16) „Menschenfeindliche Einstellungen beziehen sich hier auf Deutsche“ – Dethematisierung von Rassismus

Mehrfach wurde in den von uns geführten Gesprächen geäußert, dass es in Bremen-Nord eigentlich keinen Rassismus gebe. Das eigentliche Problem seien menschenfeindliche Einstellungen gegen Deutsche. Zugleich wird von einem Tabu gesprochen, diese Einstellungen öffentlich zum Thema zu machen: Es wüssten „alle“, aber es würde niemand darüber reden.

Schwammig bleibt zunächst, was mit der in den Gesprächen thematisierten 'Ausgrenzung' von „*deutschen Jugendlichen*“ eigentlich gemeint ist. Vermutlich ist damit beispielsweise nicht Rassismus gegen Schwarze deutsche Jugendliche oder türkisch-deutsche Jugendliche gemeint, da stets verneint wird, dass Rassismus in Bremen-Nord ein Problem sei. Auch die Ausgrenzung von schwulen, lesbischen, trans* (11), jüdischen oder behinderten Jugendlichen ist vermutlich nicht gemeint. Die Aussagen beziehen sich wohl auf die Ausgrenzung von *weiß*-mehrheitsdeutschen (5/6) Jugendlichen durch nicht *weiß*-mehrheitsdeutsche Jugendliche.

Die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder hat dafür den Begriff der 'Deutschenfeindlichkeit' prominent geprägt. Wir halten ihn allerdings für unangemessen, wenn es darum geht, das oben skizzierte Phänomen zu beschreiben. Der Begriff 'Deutschenfeindlichkeit' schließt alle nicht *weißen* Deutschen vom Kollektiv der Deutschen aus. Zudem entstammt er ursprünglich einem rechtspopulistischen Diskurs (vgl. Çetin, 2015). Auch die Bezeichnungen 'Rassismus' ist hier unangemessen, da diese Ausgrenzung nicht mit strukturellen gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen einher geht. Angemessener erscheint es, die jeweilige konkrete Form der Ausgrenzung zu benennen und so reale Gewalterfahrungen ernstzunehmen: z.B. verbale Gewalt, Einschüchterung oder ähnliches.

Der Wahrnehmung, dass Rassismus bis auf wenige Ausnahmen in Bremen-Nord nicht relevant sei, stehen die in diesem Bericht ebenfalls aufgezeigten Eindrücke aus vielen Gesprächen entgegen. Die Gespräche haben vielfältige Erscheinungsformen von Rassismus sichtbar gemacht. Eine Einschätzung ist, dass Rassismus überall sei, wie ein_e Gesprächspartner_in zusammenfasste: „*Racism is everywhere*“ - sowohl in Bremen-Nord als auch außerhalb.

Die Herausforderung besteht darin, konkrete Ausgrenzungserfahrungen (auch von *weiß*-mehrheitsdeutschen Jugendlichen) ernst zu nehmen, ohne sie jedoch mit Rassismuserfahrungen gleich zu setzen; und ohne dadurch verschiedene Formen von Rassismus zu dethematisieren (2) (s. Kap. 3 und 14).

17) Rassismus gegen Roma

Der weit verbreitete Rassismus gegen Roma (13) ist ein Problem, das die gesamte Gesellschaft betrifft und eine lange Geschichte hat. In vielen Staaten und Gesellschaften wurden und werden Roma diskriminiert, verfolgt, entrechtet und von Arbeit, Gesundheitsversorgung, Bildung und weiteren Feldern gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Um den Rassismus oder gesellschaftlichen Ausschluss zu rechtfertigen, werden rassistische Bilder und Zuschreibungen über vermeintlich kulturelle Merkmale entwickelt und benutzt. Teilweise werden dabei Folgen der Entrechtung und Diskriminierung wie Armut, unsicherer Aufenthaltsstatus, Arbeitslosigkeit, niedriger Bildungsstand etc. zum 'Problem der Roma' und somit zu einem kulturellen Wesensmerkmal beschworen.

Auch in den von uns geführten Gesprächen wurde Rassismus gegen Roma in Bremen-Nord mehrfach thematisiert. So bemerkte ein_e Sozialarbeiter_in kritisch: *„In manchen Stadtteilen werden alle Probleme des Stadtteils den Roma-Familien zugeschrieben“*. Bestimmte Wohngebiete würden gemieden oder als *„gefährlich“* abgestempelt, ohne dass sich dabei auf eigene Erfahrungen berufen werden kann (*„was du gehst da einfach hin? Und da passiert nix?“*). Auch Mitarbeiter_innen der Jugendeinrichtungen betonen den starken Rassismus gegenüber Roma unter den Jugendlichen aller Bevölkerungsgruppen. Wenn die Sozialarbeiter_innen bei verbalen Diskriminierungen einschreiten würden, werde ihnen z.B. entgegengehalten: *„Das sagen Mama und Papa auch!“* Angesichts dieser Tatsache wurde von mehreren Gesprächspartner_innen die Notwendigkeit betont, Bildungsveranstaltungen, wie z.B. Workshops an Schulen zum Thema Rassismus gegen Roma durchzuführen (s. Kap. 33).

Außerdem wurde mehrfach betont, dass die Angst vor Abschiebung unter vielen Roma nach den aktuellen Asylrechtsverschärfungen zunehme, auch wenn viele Familien inzwischen (nach jahrelangen Kettenduldungen) über eine Aufenthaltserlaubnis verfügten. *„Die Leute spüren den Druck. Noch schiebt Bremen nicht ab, aber die Angst ist wieder da“*. Als Konsequenz fordert ein_e Roma-Aktivist_in: *„Wir müssen jetzt breite Bündnisse schaffen um politischen Druck aufzubauen und Abschiebungen auch langfristig zu verhindern“* (s. Kap. 32 und 33).

18) Verschiedene Formen des Antisemitismus

Gegenwärtiger Antisemitismus in Deutschland zeigt sich vor allem in Beschimpfungen, Bedrohungen und Gewalthandlungen gegen Menschen jüdischen Glaubens und Herkunft sowie gegen jüdische Symbole, Einrichtungen und Friedhöfe. Dabei äußert sich sekundärer Antisemitismus in Deutschland, also Antisemitismus nach dem Nationalsozialismus, oftmals nicht in offener Feindseligkeit, sondern versteckt in 'Verschwörungstheorien'. In diesen werden Jüdinnen und Juden dämonisiert, indem ihnen eine heimlichen Kontrolle und Manipulation des Weltgeschehens unterstellt wird (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2011).

Obwohl wir nicht nach Antisemitismus gefragt haben, wurden in mehreren Gesprächen verschiedene Formen von Antisemitismus thematisiert:

- *Verschwörungstheorien*: In einem Gespräch mit jungen erwachsenen Einrichtungsnutzer_innen sowie in Berichten über jugendliche Einrichtungsnutzer_innen wurden verschiedene antisemitische Verschwörungstheorien zum Thema. In diesen wurde Juden und Jüdinnen eine einflussreiche Verbindung zu machtvollen Instanzen wie Polizei und Politik unterstellt.
- *Antisemitismus in Verschränkung mit Rassismus*: Eine andere Form des Antisemitismus wurde im Kontext von Rassismus im Fußball thematisiert, im Rahmen eines Spiels in Bremerhaven. Es wurde geschildert, wie hunderte von Zuschauer_innen (darunter Familien mit Kindern) ein Bremen-Norder Team mit überwiegend deutsch-türkischen Spielern mit antisemitischen Morddrohungen belegten; die aufs Feld gebrüllten Drohungen bezogen sich auf die Ermordung von Juden und Jüdinnen durch Deutsche im Nationalsozialismus. Der_die Gesprächspartner_in resümierte dazu „*Da war ich froh, lebend vom Platz zu kommen.*“ (s. Kap. 10).
- *Alltäglichkeit von antisemitischen Beschimpfungen*: In einer Jugendeinrichtung wurde uns von einer sozialpädagogischen Fachkraft erzählt, dass antisemitische Beschimpfungen und Mordphantasien seitens vieler Einrichtungsbesucher_innen Alltag seien. Dies nehme sie insbesondere unter von ihr als 'arabisch' bezeichneten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wahr.

Anhand der verschiedenen antisemitischen Ausdrucksformen, die uns in den Gesprächen begegneten wird deutlich: Antisemitismus ist Alltag. Dieser Antisemitismus stellt eine reale Bedrohung für in Deutschland – konkret auch in Bremen-Nord - lebende Jüdinnen und Juden, bzw. Menschen, die als jüdisch wahrgenommen werden, dar. Die verschiedenen Formen weisen darauf hin, dass Antisemitismus, gerade in seinen unterschiedlichen Ausprägungen, ernst zu nehmen ist und in seinen jeweiligen Bezügen offensiv thematisiert werden muss. Dabei besteht die Gefahr, dass der geschilderte Antisemitismus von als 'arabisch' beschriebenen Menschen rassistisch instrumentalisiert wird, etwa indem Antisemitismus als vermeintlich importiertes Problem 'Migrant_innen' zugeschrieben wird. Dadurch findet eine De-Thematisierung (2) von - historisch insbesondere in Deutschland - tief verwurzelten antisemitischen Strukturen und Argumentationsfiguren in christlich geprägten Gesellschaften statt. Damit die Sorge vor rassistischen Instrumentalisierungen von Antisemitismus nicht gleichermaßen in eine De-Thematisierung und Bagatellisierung seiner Gewaltförmigkeit mündet, bedarf es praxisorientierter Hilfestellungen, die (Pädagog_innen) in einer offensiven Umgangsweise mit Antisemitismus im Alltag unterstützen (vgl. beispielsweise Amadeu Antonio Stiftung 2009, Bildungsstätte Anne Frank 2013).

19) Sexismus: Diskriminierung von Mädchen⁹ „ist richtig schlimm“

Sexistische Diskriminierung haben wir insofern gezielt erhoben, als dass wir Einrichtungen aufgesucht haben, die ausgewiesen zu diesem Thema arbeiten, sowie durch explizites Nachfragen in den Gesprächen. Aspekte, die dabei von Fachkräften sowie von Kindern und Jugendlichen als Einrichtungsnutzer_innen benannt wurden, sind unter anderem:

- Mädchen erzählten uns von sexistischer Bedrängung, beispielsweise durch ungewollte Fotoaufnahmen, die von ihnen im öffentlichen Raum gemacht wurden.
- Mädchen einer anderen Einrichtung erzählten, dass sie Angst vor Übergriffen haben.
- Diskriminierung treffe insbesondere diejenigen Mädchen und Frauen, „die sich abheben“, erklärten zwei junge Männer in einer sozialpädagogischen Einrichtung. Auch in verschiedenen anderen Gesprächen wurden die Auswirkungen heteronormativer (10) Vorstellungen davon, wie ein Mädchen/eine Frau auszusehen habe, zum Thema. Wenn sich Mädchen/Frauen bzw. als weiblich wahrgenommene Menschen abweichend von diesen Vorstellungen verhalten, kleiden und/oder stylen, würde das abwertende Kommentare bis hin zu Angriffen nach sich ziehen. Die dafür genannten Beispiele spielten sich an den Orten Arbeitsplatz und Schule ab.
- Dass in einer gemischtgeschlechtlichen Jugendeinrichtung viele Mädchen als Nutzer_innen anzutreffen sind, wurde als Erfolg hervorgehoben, da die Jugendeinrichtungen oftmals von männlichen Jugendlichen dominiert würden.

Der Frage, wie Jungen und (junge) Männer in Bremen-Nord von sexistischen, einengenden Rollenbildern betroffen sind, sind wir nicht direkt nachgegangen. Aufgrund der vielfach geschilderten Kriminalisierungen von männlichen geflüchteten Jugendlichen und Jugendlichen, die als 'nicht-deutsch' wahrgenommen werden (s. Kap. 26), scheinen rassistisch konnotierte, einengende Zuschreibungen an junge Männer jedoch ein relevantes Thema zu sein.

20) Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Trans*

Die Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Trans*personen (11) wurde durch uns einerseits gezielt erfragt in Gesprächen mit Fachkräften, die zu diesem Thema arbeiten bzw. besonders qualifiziert sind. Zum anderen wurde diese Diskriminierungsform in verschiedenen weiteren Gesprächen seitens der Gesprächspartner_innen thematisiert.

⁹ In diesem Kapitel sprechen wir von Mädchen/Frauen und Jungen/Männern. Wir schließen mit dieser zweigeschlechtlichen Sprachform an die (Selbst)Beschreibungen unserer Gesprächspartner_innen und ihre Erzählungen von geschlechtsspezifischen Diskriminierungserfahrungen an. Wir gehen davon aus, dass die Geschlechterentwürfe und -selbstverständnisse von jungen wie älteren Menschen allerdings weit über die dominante zweigeschlechtliche Ordnung hinausgehen.

Zwei ganz unterschiedliche Beispiele vermitteln die Bandbreite von Diskriminierungen gegenüber Lesben, Schwulen und Trans*personen:

- In einer Jugendeinrichtung wurde geschildert, dass schwulenfeindlich gemeinte Abwertungen zum Alltag gehören.
- Fachkräfte schilderten, dass geflüchtete queere (12) Menschen und Frauen in den Unterkünften für Geflüchtete „*Lebensangst*“ haben.

Insgesamt wurde deutlich, dass in Bremen-Nord lokale Angebote und Ansprechpartner_innen für Lesben, Schwule und Trans*personen fehlen. Entsprechend gibt es in den wenigen vorhandenen Beratungsangeboten auch keine mehrsprachigen Angebote bzw. Strukturen, die vertrauliche Übersetzungen gewährleisten. Das von Menschen in Unterkünften geschilderte existenzielle Bedrohungsgefühl unterstreicht den Bedarf einer offensiveren Thematisierung. Verschärft wird das Problem durch die sehr beengte Unterbringung in den Unterkünften (s. Kap. 15), durch die Menschen sprachlichen Diskriminierungen bis hin zu körperlichen Angriffen ungeschützt ausgeliefert sind.

21) „Alle, die hierher kommen haben kein Geld“ - Armut als Thema in der Kinder- und Jugendarbeit

In Gesprächen mit Fachkräften aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe wurden die Auswirkungen von Kinderarmut thematisiert bzw. teils auch durch uns erfragt. Dabei sind zwei Aspekte im Kontext dieses Berichts besonders relevant:

- *Diskriminierung entlang von Armut:* Uns wurde geschildert, dass auf sichtbare Zeichen von Armut, wie fehlende Winterkleidung und kaputte Kleidung mit diskriminierenden Kommentaren durch andere Jugendliche einer Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit reagiert wird.
- *Umgangsweisen mit Armut:* In einer anderen Einrichtung wurde uns auf Nachfrage nach der Bedeutung von Kinderarmut erklärt, dass alle Hausbesucher_innen davon betroffen seien, und sie es daher untereinander „*nicht so merken*“ würden. Die Bedeutung von Markenklamotten habe stark abgenommen, während der Wert des Mobiltelefons ein Statussymbol darstelle. In einer Einrichtung wurde das Thema aufgegriffen, indem gemeinsam mit den Hausbesucher_innen ein Video zum Thema Armut in verschiedenen Sprachen entwickelt wurde.
- *Kompensationen von Kinderarmut durch Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit:* Das Thema Armut spielt im Alltag von Einrichtungen eine Rolle, indem beispielsweise täglich warmes Essen angeboten, oder auch Schulmaterialien ausgegeben werden. Durch Ausflüge wird versucht, Teilhabe zu ermöglichen. Diese Armut kompensierenden Angebote seien aber durch die

Regelfinanzierung der Einrichtungen nicht ausreichend gedeckt, sondern die Fachkräften versuchen durch Antragsstellungen ergänzende finanzielle Mittel zu gewinnen.

Die Präsenz des Themas Kinder- und Jugendarmut sowie die Umgangsweisen damit durch Einrichtungen unterstreichen die Dringlichkeit einer Verbesserung der Grundausrüstung von Regelangeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bremen-Nord.

22) *Diskriminierung entlang von Religion*

In einer Jugendeinrichtung berichtete eine sozialpädagogische Fachkraft von Diskriminierung entlang von religiösen Vorstellungen unter den Jugendlichen. Diese Diskriminierungsform unterscheidet sich von anderen Ausgrenzungen, die in der Einrichtung stattfinden, insofern, als dass sie „irgendwie bewusster“ geschehe. Die Fachkraft erklärte, es ginge dabei vor allem um Vorstellungen von 'falschen' und 'richtigen' Auslegungen des Islam, die sich dann beispielsweise durch abwertende Kommentare über Essgewohnheiten anderer Hausbesucher_innen zeigen würden. Die Diskriminierung sei auch schon so weit gegangen, dass familiäre Unglücksfälle anderer Einrichtungsnutzer_innen als 'Strafe Gottes' kommentiert wurden. Die Fachkraft schilderte eine Verunsicherung unter den Pädagog_innen bezüglich des adäquaten Umgangs mit diesen Diskriminierungen. Sie_er fasste diese Verunsicherung in der Frage zusammen: „*Wie intim ist Religion?*“ Insbesondere unter christlich sozialisierten Fachkräften stelle sich die Frage nach 'angemessenen' Reaktionen (s. Kap. 30). Als Umgangsweisen wurde geschildert:

- die verbalen Angriffe gegen Einrichtungsnutzer_innen ernst zu nehmen und aufzugreifen oder untersagen,
- das Thema trotz Berührungsängsten offen und interessiert angehen: sich fortzubilden und Wissen anzueignen zu den Themen politischer Islam und Salafismus, um informierter und angemessener auf Situationen reagieren zu können.

Teil IV Analytische Kategorien und Perspektiven auf Rassismus

23) *Leugnung von Rassismus*

Ein erster Schritt dahin, Rassismus zu überwinden ist es, diesen als ein gesellschaftliches Strukturierungsmerkmal anzuerkennen; ein Strukturierungsmerkmal, das sich *einerseits* in den Institutionen der Gesellschaft - wie Schule und sozialen Einrichtungen - reproduziert und durch sie aufrechterhalten wird, und das sich *andererseits* in sozialen Praxen und Alltagshandlungen ausdrückt und aktualisiert (s. Kap. 3). Das Verleugnen von Rassismus und rassistischen Alltagserfahrungen führt hingegen zu einer Fortschreibung rassistischer Verhältnisse.

Rassismus zu leugnen und alltagsrassistische Erfahrungen von betroffenen Menschen infrage zu stellen, stellt jedoch bis heute einen dominanten Diskurs in der deutschen Mehrheitsgesellschaft (9) dar (vgl. u. a. Melter 2006, S. 318). Dieser Diskurs bildete sich auch in den verschiedenen Handlungsfeldern in Bremen Nord ab. Die Aussage „*Rassismus gibt es hier nicht*“ war eine häufig vernommene Reaktion verschiedener Interviewpartner_innen auf unsere konkrete Nachfrage nach rassistischen Strukturen und Erfahrungen in Bremen Nord. Die Zurückweisung von Rassismus als eine gesellschaftliche Normalität führt dabei dazu, dass die Rassismuserfahrungen, die Menschen machen, bagatellisiert, relativiert oder ihnen schlichtweg abgesprochen werden (s. Kap. 14).

Dieses Leugnen von Rassismus ließ sich unter anderem auch in sozialpädagogischen Settings der Kinder- und Jugendhilfe beobachten. Auf die Schilderung von rassistischen Erfahrungen, die geflüchtete Jugendliche in Bremen Nord gemacht hatten, entgegnete ein_e Sozialpädagoge_in mit einem abwehrenden „*glaub ich nicht.*“¹⁰

Im Gespräch mit einem_einer geflüchteten Jugendlichen fragten wir, ob er_sie mit den Betreuer_innen in der Jugendwohneinrichtung über seine_ihre Rassismuserfahrungen sprechen könne. „*Why?*“, fragte er_sie achselzuckend, „*they don't care anyway.*“ Die Antwort des_der Jugendlichen verdeutlicht, dass es im Kontext dieser Jugendhilfeeinrichtung an Gesprächsräumen mangelt, in denen Verletzungen aufgrund von rassistischen Adressierungen thematisiert werden können (s. Kap. 30).

Diese Entmöglichung, über rassistische Erfahrungen zu sprechen, kompensieren die Jugendlichen zum Teil darüber, dass sie ihre generelle Unzufriedenheit mit der Unterbringung in Bremen Nord ausdrücken: „*It's too far away from the city.*“ Für die Jugendlichen steht also die „*city*“ nicht nur für einen Ort, an dem ihnen durch das größere Angebot an Freizeitmöglichkeiten noch eher Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht werden (s. Kap. 7). Die „*city*“ stellt darüber hinaus auch einen symbo-

¹⁰ Ähnliche Erfahrungen schildert auch Paul Mecheril, der im Rahmen einer Studie untersucht hat, wie Pädagog_innen auf Rassismuserfahrungen reagieren, die ihnen geschildert werden (vgl. Mecheril 2005).

lischen Raum dar, in dem junge Menschen geschützt sind vor den alltäglichen rassistischen Verletzungen, die sie in Bremen Nord erfahren.

Die hier geschilderten Erfahrungen verdeutlichen, dass es im Rahmen der Jugendhilfe weiterhin einen dringenden Bedarf an Reflexionsangeboten gibt; Angebote, innerhalb derer zum einen die sozialpädagogischen Handlungsmaximen und ihre darauf aufbauende Praxis einer rassistuskritischen (Selbst-)Reflexion unterzogen werden können, und in denen zum anderen eine generelle Sensibilisierung für Rassismus als gesellschaftliche Realität stattfinden kann (s. Kap. 33).

Rassismus und alltagsrassistische Handlungen werden häufig auch von Menschen geleugnet, die eigene Rassismuserfahrungen machen. In den Interviews erzählten uns oftmals Akteur_innen – Jugendliche, wie jüngere und ältere Erwachsene - die noch kurz vorher betont hatten, es gäbe in Bremen Nord keinen Rassismus, von verschiedenen Ausgrenzungs- und Ausschlusserfahrungen, verbalen Beleidigungen und kriminalisierenden Stigmatisierungen, die alle auf Grundlage rassistischer Adressierungen bzw. Ansprachen und Zuschreibungen erfolgt waren. Es besteht demnach eine verbreitete Ablehnung, Rassismus beim Namen zu nennen.

Die Gründe für diese fehlende Kommunikation über Rassismus und Rassismuserfahrungen sieht Mark Terkessidis unter anderem darin, dass es bislang an einer gemeinsamen Sprache und Verständigung darüber fehlt, was unter Rassismus und Rassismuserfahrungen zu verstehen sei (2004, S. 2017; s. Kap. 3).

Häufig wird Rassismus mit körperlichen Übergriffen gleichgesetzt. Institutionalisierte Ausschlusserfahrungen und, mehr oder minder subtile, Alltagsrassismen werden nicht als solche definiert. Eine weitere Ursache kann darin gesehen werden, dass es selten angenehm ist, über eigene Rassismuserfahrungen zu sprechen; nicht nur weil es die beschriebene generelle Tendenz gibt, dass diese Erfahrungen von nicht betroffenen Personen relativiert und nicht ernstgenommen werden und sich die Missachtung wiederholt (sekundäre Rassismuserfahrungen) (vgl. Çiçek, Heinemann und Mecheril 2015, 146f; s. Kap. 14); auch erinnert das Sprechen über Rassismuserfahrungen in schmerzhafter Weise an die eigene gesellschaftliche Position (vgl. Mecheril 2005, S. 462 f.).

Im Rahmen der Gespräche machten wir zugleich die Erfahrung, dass zunächst geleugnete eigene Rassismuserfahrungen durchaus als solche benannt wurden, nachdem entweder der Begriff 'Rassismus' durch uns anhand von Beispielen erläutert wurde oder nachdem wir die Rassismuserfahrungen anderer Gesprächspartner_innen geschildert hatten. Hier äußerte sich wiederholt der Bedarf an Angeboten, die ein gesamtgesellschaftliches Sprechen über Rassismus als gesellschaftliche Realität anstoßen; auch besteht ein hoher Bedarf an Angeboten, die geschützte Räume bieten: Räume, in denen das Sprechen über Rassismuserfahrungen, im Sinne eines Self-Empowerments, ermöglicht wird (s. Kap. 33).

24) Umgang mit Diskriminierung als gesamtgesellschaftliche Realität (individuelle Bewältigungsstrategien und Vernetzung)

„Go your own way“ – individuelle Bewältigungsstrategien entwickeln:

Rassismus, Sexismus, Nationalismus, sozioökonomische Ungleichheit, rassistische Abwertung von Angehörigen der Roma-Gruppen (13) – all dies sind Grundlagen für strukturelle, institutionelle und alltägliche Ungleichbehandlung und Ausgrenzung einer hohen Anzahl Menschen in der Gesellschaft. Diskriminierung ist gesellschaftliche Realität. Auch in Bremen Nord. Eine gesellschaftliche Anerkennung dieser Realität, im Sinne einer grundlegenden Beseitigung von Diskriminierung fehlt nicht nur bis heute. Sie wird sogar systematisch erschwert (s. Kap. 29). Dies hat zur Folge, dass die strukturellen, institutionellen und alltäglichen Diskriminierungen, die vielen Menschen auch in Bremen Nord regelmäßig widerfahren, nicht ernst genommen werden. Sie sind gezwungen, eigene Strategien zu entwickeln, um ihre Diskriminierungserfahrungen zu bewältigen.

Im Gespräch mit einem_r geflüchteten Jugendlichen kristallisierte sich als eine Bewältigungsstrategie heraus, sich mit rassistischen Abwertungen und Beleidigungen als eine Alltagsnormalität abzufinden: „*Racism is everywhere*“, bemerkt er_sie und ergänzt lakonisch: „*That's life*“. Damit versucht er_sie sich zu sagen: „*Mind your own business, go your own way*“. Diese Bewältigungsstrategie teilt er_sie auch mit Freund_innen.

Das Teilen und Weitergeben eigener Bewältigungsstrategien von Rassismus erlebten wir auch in anderen Settings: „*Weitermachen, weitersuchen, darüber stehen; ich komme auch aus der Grohner Dühne und habe es geschafft*“, ermutigt wiederum eine Fachkraft Jugendliche, die aufgrund von Stadtteilstigmatisierungen in Bremen Nord einen erschwerten Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt erhalten (s. Kap. 11 und 12).

Solange es Diskriminierung gibt, stellt der Austausch über mögliche Bewältigungsstrategien mit Diskriminierungserfahrungen eine wichtige Ressource dar (s. Kap. 32). Die erwähnten Beispiele verdeutlichen jedoch, dass trotz des Teilens von eigenen Bewältigungsstrategien, das 'Überstehen' von Diskriminierungsverhältnissen zur Einzelaufgabe erklärt wird, die individuell zu bewältigen ist. Hier erweisen sich sozialpädagogische Konzepte und längerfristige Projekte als sinnvoll, die einen kontinuierlichen solidarischen Austausch zu Bewältigungsressourcen ermöglichen; dabei geht es wesentlich darum sichtbar zu machen, dass abwertende und ausgrenzende Diskriminierungserfahrungen nicht die 'Probleme' Einzelner sind, sondern dass sie aufgrund struktureller Ungleichheitsverhältnisse erfolgen (vgl. Rosenstreich 2006; Yiğit/Can 2006; s. Kap. 33).

„Die haben gar nicht zugehört“ – Zur Notwendigkeit der Anerkennung von und Vernetzung mit Migrant_innenselbstorganisationen:

Diskriminierung, verstanden als gesellschaftliche Realität, lässt sich nur dann erfolgreich entgegenwirken, wenn auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig gehandelt wird. Neben dem Self-Empowerment von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen, neben einer konsequenten rassismus- und diskriminierungskritischen Bildungsarbeit (u.a. in sozialpädagogischen Kontexten), neben strukturellen Antidiskriminierungsmaßnahmen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt bedarf es auch einer langfristigen Vernetzung auf einer gesellschaftspolitischen Ebene.

Im Sinne eines aktiven Widerstandes haben sich auch in Bremen Nord unterschiedliche Akteur_innen in politischen Organisationen, Vereinen und Initiativen zusammengeschlossen. In den Gesprächen mit verschiedenen Akteur_innen fiel uns jedoch auf, dass diese sich untereinander selten kannten. Als Grund dafür nannte ein_e Akteur_in das Fehlen von „linken, selbstverwalteten Räumen in Bremen Nord“; Räume, „wo zum Beispiel auch Veranstaltungen stattfinden können.“ Als weiterer Grund wurde uns eine kategorische Ablehnung von migrantischen Selbstorganisationen, unter anderem auch seitens weißer (6) linker Aktivist_innen genannt: „Ihr mit eurem Führerkult, das geht gar nicht“, begründeten weiße linke Aktivist_innen ihre Ablehnung einer Zusammenarbeit mit einer migrantisch positionierten Initiative. Dabei, erzählte uns ein_e Aktivist_in einer Migrant_innenselbstorganisation, an die die obige Aussage gerichtet wurde weiter, hätten die „nicht nachgefragt und nicht zugehört“. Statt einer solidarischen Vernetzung, die auf einer politischen Streitkultur auf Augenhöhe fußt, erfolgte eine grundsätzliche Ablehnung der Initiative aufgrund von existierenden politischen Divergenzen.

Die in unseren Gesprächen in Bremen-Nord deutlich gewordene fehlende Anerkennung von Migrant_innenselbstorganisationen ist kein Einzelfall, insbesondere nicht in Bremen Nord. Sie lässt sich auch nicht auf einzelne Aktivist_innen herunterbrechen. Vielmehr durchzieht diese mangelnde Anerkennung die politische Kultur der weißen (6) Dominanzgesellschaft (9). Unter anderem verdeutlichte dies Iman Attia (2014) im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie zu Migrant_innenselbstorganisationen gleicher Herkunftsgruppen. Hier weist sie ebenfalls darauf hin, dass Migrant_innenselbstorganisationen von der Mehrheitsgesellschaft (9) oft pauschal als 'traditionalistisch' abgewertet werden. Dabei sei ein relevanter Ausgangspunkt für die Konstitution von Migrant_innenselbstorganisationen die eingeschränkten (politischen) Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen, denen aufgrund migrationspolitischer Entscheidungen die volle gesellschaftliche Zugehörigkeit abgesprochen wird (vgl. ebd.). Also nicht ein „tradiertes Führerkult“ ist ausschlaggebend für die Selbstorganisation von als Migrant_innen bezeichneten Personen, sondern die strukturellen Verhältnisse der Gesellschaft, in der sie aktuell leben. Es ist also, wie Attia schreibt, die „politische Kultur der Bundesrepublik“, die den „Rahmen und die Bühne“ bildet für die Konstitution von Migrant_innenselbst-

organisation, für ihre Themensetzung und deren Überführung in eine gesellschaftspolitische Praxis (ebd., S. 315).

„Die Forderung nach Anpassung an eine Leitkultur (was auch immer das sein mag) und Distanzierung von anderen Kulturen missachtet die selbstverständliche und aktive Teilnahme an unterschiedlichen kulturellen Codes, die sich zudem überlappen, transformieren, stets in Bewegung sind“ (Attia 2014, S. 316).

Als Leitkultur kann dabei auch eine Gesellschaftskritik von linken Aktivist_innen gelten, die sich ebenfalls bestimmter kultureller Codes bedient. So wird es Personen, die als nicht *weiß*-deutsch markiert werden, erst über eine Selbstorganisation schließlich möglich, die Erfahrungen von Entrechtung, Entmündigung und Verunmöglichung politischer Partizipation innerhalb der *weiß*-deutschen Dominanzkultur, mit einer neuen Erfahrung zu überschreiben: nämlich der „Erfahrung von Selbsttätigkeit, Eigenverantwortung und Selbst- bzw. gesellschaftliche[r] Mitbestimmung“ (ebd., S. 322). Insofern ist gerade deshalb die Anerkennung von Migrant_innenselbstorganisationen ein notwendiger Schritt, um gegen gesellschaftliche Diskriminierungsverhältnisse zu wirken. Widerständige Praktiken, denen langfristige gesellschaftspolitische Veränderungspotentiale zugrunde liegen und über das Self-Empowerment des Einzelnen hinausgehen, sind nur über Vernetzungen verschiedener politischer Aktivist_innen, die gesellschaftliche Diskriminierungsverhältnisse aufheben wollen, möglich. Vernetzungen jedoch, die sich auf eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen und der anderen Organisation einlassen (s. Kap. 31 und 33).

25) Rassistische Zuschreibungen von rassistisch marginalisierten Menschen

„Hier gibt es keinen Rassismus, hier wohnen nur Ausländer.“ Dies erwiderte uns ein_e Gesprächspartner_in als Antwort auf unsere Frage, wie er_sie Rassismus in Bremen Nord erleben würde. Unser_e Gesprächspartner_in vertritt damit die Ansicht, dass nur dann von Rassismus gesprochen werden kann, wenn nicht *„nur Ausländer“*, sondern Menschen, die als Zugehörige der *weißen* (6) deutschen Dominanzgesellschaft (9) zählen, anwesend sind. Aus dem Kontext des restlichen Gespräches herausgerissen, deckt sich die Aussage mit der Position verschiedener Theoretiker_innen der Migrations- und Rassismusforschung. So stellen unter anderem Anita Kalpaka und Nora Rätzhel (1990) heraus, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus nicht ohne die Auseinandersetzung mit bestehenden Machtverhältnissen stattfinden kann. Anders ausgedrückt kann die Auseinandersetzung mit Rassismus nicht stattfinden, ohne zu fragen, wer wen anhand von rassistischen Zuschreibungen *strukturell* behindern und *strukturell* ausgrenzen kann (s. Teil II, s. Kap. 3). In der Weise plädieren Kalpaka und Rätzhel dafür, dann von Rassismus zu sprechen, wenn die Gruppe, von der die rassistischen Zuschreibungen ausgehen, auch über die historische, politische, soziale und ökonomische Macht verfügt, diese Zuschreibungen in der Gesellschaft durchzusetzen (vgl. Kalpaka/Rätzhel 1990, S. 13f). Dies ist bei-

spielsweise dann der Fall, wenn bestimmte Gruppen mithilfe von rassistischen Zuschreibungen anderen Gruppen bestimmte soziale Stellungen innerhalb einer Gesellschaft verwehren können. So würde in Deutschland einer *weißen* deutschen Person nie aufgrund ihres 'Deutschseins' von einer 'nicht-deutschen' Personengruppe generell der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert werden (vgl. auch Weiß 2001, S. 27f; Shooman 2015). Andersherum ist dies sehr wohl möglich und wird täglich in Deutschland, in Bremen, in Bremen-Nord praktiziert (s. Kap. 12): Die Personengruppe, die in der *weißen* Dominanzkultur als 'deutsch' gilt, verfügt also hier über eine Machtposition, über welche die 'nicht-deutsche' Personengruppe nicht verfügt.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass Menschen, die innerhalb der *weißen* Dominanzgesellschaft einer rassistisch marginalisierten Gruppe angehören, per se eine rassismuskritische Position vertreten (vgl. u. a. Leiprecht 2010, S. 109; s. Kap. 17). So fiel das eingangs erwähnte Zitat im Kontext eines Gespräches, in dem uns unsere Gesprächspartner_innen nicht nur ihre Erfahrungen mit rassistischen Zuschreibungen in Bremen Nord schilderten (ohne jedoch diese als rassistisch zu benennen, s. Kap. 23), sondern in dem sie selbst verschiedene Gruppen rassistisch abwerteten. In einem anderen Gespräch wurden wiederum die Konflikte zwischen Angehörigen kurdischer und Angehörigen türkischer Gruppen in Bremen Nord anhand rassistischer Begründungsmuster problematisiert. Grenzziehungen zwischen 'Wir' und 'Ihr' sowie Abwertungen entlang von ethnisierenden und kulturalisierenden Zuschreibungen oder aufgrund von (zugeschriebener) nationaler Zugehörigkeit (s. Kap. 3) finden auch zwischen den Gruppen statt, die in der *weißen* Dominanzgesellschaft bereits rassistische Zuschreibungen oder Marginalisierungen (14) erfahren: Rassismus betrifft uns alle, egal, welche gesellschaftliche Stellung uns zukommt.

Dem Rückgriff auf rassistische Denk- und Handlungsmuster von Menschen, die selbst Rassismuserfahrungen machen, sowie der Reproduktion rassistischer Zuschreibungen innerhalb der als 'migrantisch' verorteten Communities können verschiedene Ursachen zugrunde liegen. Oftmals spielen historisch-politische Hintergründe oder aktuell-politische Ereignisse eine relevante Rolle. Innerhalb einer Gesellschaft, in denen Menschen eine marginalisierte Stellung zugewiesen wird - indem zum Beispiel Jugendlichen aufgrund ihres Namens, äußerer Merkmale, weiterer oder anderer Erstsprachen etc. grundlegend abgesprochen wird, dass sie zur deutschen Mehrheitsgesellschaft gehören - kann das rassistische Abwerten anderer marginalisierter Gruppen mit dem Bemühen einhergehen, dadurch die eigene soziale Stellung anzuheben oder wenigstens die eigene Person oder Gruppe subjektiv aufzuwerten (vgl. Dietrich 2009, S. 356). Darüber hinaus wäre es verkürzt, von eindeutigen und feststehenden Täter_innen/Opfer_innenpositionen innerhalb eines Gesellschaftssystems auszugehen: Eine Person, der eine marginalisierte Stellung innerhalb einer *weißen* Dominanzgesellschaft zukommt, die also strukturellen Rassismus erfährt, kann zu einem anderen Zeitpunkt, in einem anderen Kontext oder einer anderen Situation durchaus über eine machtvolle Position verfügen, um andere Personen 'inner-

halb der eigenen Gruppe' oder um andere (bereits strukturell marginalisierte) Gruppen kurzzeitig oder längerfristig zu dominieren. Dabei spielen zum Beispiel auch Faktoren wie Geschlecht, (soziale) Klasse oder Alter eine wichtige Rolle und sollten mit berücksichtigt werden. Entscheidend ist, dass es sich um Gruppen handelt, die als homogene, vermeintlich einheitliche Gruppe konstruiert werden – mit dem Effekt, Machtverhältnisse herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der das Unterscheiden zwischen 'Wir' und 'Ihr' eine konstitutive, das heißt ausschlaggebende und bestimmende Praxis darstellt. Indem Menschen entlang von stereotypen Bildern und Vorurteilen zu 'Anderen' gemacht werden, indem Personengruppen systematisch abgewertet und ausgegrenzt werden, definiert sich 'die' deutsche Gesellschaft als solche überhaupt erst. Jedes Individuum, das sich in dieser Gesellschaft bewegt, verinnerlicht diese Logiken des Unterscheidens, Abwertens und Ausgrenzens und richtet die eigene Wahrnehmung und das eigene Handeln danach aus. Gabi Elverich, Anita Kalpaka und Karin Reindlmeier schreiben diesbezüglich:

„Als gesellschaftliches Prinzip, das tief in die Strukturen und Diskurse eingelassen ist, hat Rassismus Konsequenzen für das individuelle Denken und Handeln – oft auch unabhängig von den eigenen Absichten“ (2006, S. 14).

Auf rassistische Reproduktionen seitens der Menschen hinzuweisen, die in der deutschen Gesellschaft selbst Rassismuserfahrungen machen, kann heikel sein und einer 'Gratwanderung' gleichkommen. In öffentlichen Debatten und politischen Diskursen, in sozial- und bildungspädagogischen Settings oder in Alltagsgesprächen finden sich Hinweise auf 'Rassismus durch rassismuserfahrene Menschen' oftmals dann, wenn – vermutlich - von ‚eigenen‘ Rassismen abgelenkt werden soll oder es gilt, diese zu rechtfertigen: 'Die sind doch selbst rassistisch oder viel rassistischer als wir Deutschen.'

Wir möchten an dieser Stelle klar darauf hinweisen, dass ein solches 'Anklagen' rassistischer Reproduktionen nicht legitim ist, wenn damit alltägliche rassistische Zuschreibungen, Abwertungen und Ausgrenzungen seitens der Angehörigen der *weißen* Mehrheitsgesellschaft relativiert werden sollen; erst recht darf die Thematisierung einer Reproduktion von Rassismus durch rassismuserfahrene Menschen nicht dazu dienen, den strukturellen Rassismus der *weißen* Dominanzgesellschaft zu legitimieren.

Rassismus von und zwischen rassistisch marginalisierten Gruppen gar nicht mehr zu benennen ist jedoch auch keine 'Lösung'; auch wenn die Sorge durchaus begründet ist, dass mit einer Thematisierung möglicherweise die Gefahr einer Instrumentalisierung dieser Gruppen für andere 'Zwecke' einher geht (siehe oben).

26) *Kriminalisierung*

Kriminalisierung bezeichnet, in dem von uns verwendeten Sinne, Prozesse von Zuschreibungen, in denen bestimmten Gruppen ein Hang zur Gewalt, Diebstahl und anderen illegalen Handlungen unterstellt wird. Kriminalisierung beinhaltet auch, dass die tatsächlichen strafrechtsrelevanten Handlungen bestimmter Menschen in politischen und medialen Diskursen besonders hervorgehoben werden, und als Beweis gelten für eine scheinbar generelle 'Gefährlichkeit' bestimmter Menschen und Gruppen. Zugleich bleiben die strafrechtsrelevanten Handlungen anderer (z.B. etablierter oder privilegierter) Gruppen unerwähnt oder werden als Einzelfälle dargestellt.

Kriminalisierungsprozesse sind verbunden mit erhöhter Kontrolle von Menschen, die zu den als verdächtig konstruierten Gruppen zählen. Besonders betroffen von kriminalisierenden Zuschreibungen sind junge Männer aus marginalisierten Stadtteilen sowie Männer, die als 'nicht-deutsch' eingeordnet werden (zum Weiterlesen zu Kriminalität/Kriminalisierung vgl. Hußmann/Redmann 2015, Dollinger/Schmidt-Semisch 2011).

In unseren Gesprächen wurde Kriminalisierung vielfältig und mit zahlreichen Beispielen thematisiert. Einige werden hier exemplarisch genannt:

- Von Fachkräften aus verschiedenen Einrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene wurde die *Alltäglichkeit rassistisch-selektiver Polizeikontrollen* beschrieben, die sie bei Ausflügen mit den Jugendlichen miterleben und berichtet bekommen (s. Kap. 14).
- In Gesprächen mit jugendlichen Einrichtungsnutzer_innen wurden *kriminalisierende Zuschreibungen* deutlich. Jugendliche erzählten uns, sie seien von Eltern und Lehrkräften vor „*kriminellen Geflüchteten*“ gewarnt worden. Sie schienen von der Angemessenheit dieser Warnungen, zumindest im Gesprächskontext, überzeugt zu sein.
- Fachkräfte sozialer Einrichtungen erzählten uns, dass in den Schulen zeitweise eine *namentliche Auflistung geflüchteter Jugendlicher*, die als sogenannte „Intensivtäter“ gelten, kursiert sei. Diese Jugendlichen seien dadurch systematisch bei der Schulplatzvergabe benachteiligt worden.
- *Kriminalisierende Darstellungen bezogen sich auch auf bestimmte Stadtteile*, teils auch auf bestimmte Straßen in Bremen-Nord, bzw. auf die in diesen Stadtteilen bzw. Straßen lebenden Menschen.
- Geschildert wurden auch *offensive Umgangsweisen mit erlebter Kriminalisierung durch die hiervon Betroffenen*. So wurde z.B. versucht, durch die Gründung eines Fußballvereines Aufklä-

rungsarbeit zu leisten und Gegenbilder zu kriminalisierenden Zuschreibungen zu schaffen („wir wollten damit zeigen, dass wir nicht gefährlich sind“) (s. Kap. 10).

Deutlich wird an den Berichten unserer Gesprächspartner_innen, dass Prozesse der Kriminalisierung für die Betroffenen in Bremen-Nord konkrete Auswirkungen haben. Diese reichen von alltäglichen Belastungen durch polizeiliche Kontrollen bis hin zur Benachteiligung beim Zugang zu Ressourcen wie Schul- und Ausbildungsplätzen sowie auf dem Wohnungsmarkt. Deutlich wurde auch, dass Kriminalisierung kein Phänomen ist, dass nur von *weißen* Deutschen gegenüber Menschen, denen ein sogenannter 'Migrationshintergrund' zugeschrieben wird, stattfindet, sondern dass kriminalisierende Zuschreibungen auch zur Hierarchisierung und Abgrenzung unter verschiedenen marginalisierten Gruppen dienen. So grenzten sich beispielsweise Jugendliche, die sich selbst als „Ausländer“ bezeichneten, von den vermeintlich kriminellen Geflüchteten ab und äußerten die Befürchtung, sie könnten mit den Geflüchteten als eine Gruppe wahrgenommen werden (s. Kap. 25).

27) Strukturelle Ignoranz in Institutionen

Rassismus drückt sich in Bremen-Nord nicht nur in Form von direkten rassistischen Handlungen, Argumentationen und Gewalt aus (vgl. Teil II), sondern gerade auch im sozialpolitischen *Nicht-Anerkennen* und *Nicht-Handeln*.

Erstens äußert sich Rassismus im selektiven Bildungssystem – und zwar nicht nur in der direkten Schlechterbehandlung von Schüler_innen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird. Auch kommt es zu indirekten Diskriminierungen durch die Orientierung des Bildungssystems an einer einsprachigen, mehrheitsdeutschen (5) Mittelschicht (vgl. Wesemüller 2010; Rose 2012). Kinder und Jugendliche, die besonders von Armut betroffen sind, die mehrsprachig aufwachsen oder Schwierigkeiten mitbringen, werden in diesem System nicht aufgefangen, sondern ausgeschlossen (vgl. Nguyen 2013). Für Jugendliche, die als sogenannte Intensivstraftäter gelten, ist es z.B. fast nicht möglich, ihr Recht auf Bildung in Anspruch zu nehmen und einen Schulplatz zu finden (s. Kap. 26).

Zweitens hat die strukturelle Unterbesetzung in Behörden und sozialen/sozialpädagogischen Einrichtungen rassistische Effekte. Es gibt weder genügend Anlaufstellen, in denen Menschen im Asylverfahren beraten werden, noch ausreichend unterstützende Strukturen bei der Arbeits- und Wohnungssuche oder der Organisation einer Grundversorgung. Die wenigen Mitarbeitenden der wenigen vorhandenen Beratungsstellen sind in der Regel völlig überlastet; sie vergeben Termine, die mit den Fristen von Behörden und unmittelbaren Notlagen von Menschen nicht vereinbar sind. Gänzlich fehlen in Bremen-Nord Anlaufstellen für Menschen mit Rassismuserfahrungen, Traumatisierungen und Gewalterfahrungen (s. Kap. 23 und 24): „Wir haben die Jugendlichen, die selbst gesagt haben, dass sie ihr Trauma

psychologisch aufarbeiten wollen, zu KIPSY [Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle] geschickt. Aber die sind auf Burnout spezialisiert, wie sollen die Kriegskindern helfen?“

Drittens kommt es zu aktiver Untätigkeit, wenn Menschen nicht über ihre Rechte informiert werden. Gesprächspartner_innen nennen in diesem Zusammenhang insbesondere das Jobcenter. Dieses falle dadurch auf, dass das Recht von EU-Bürger_innen auf Übersetzung vom Jobcenter verleugnet werde (s. Kap. 13). Aber auch andere Beratungsstellen reagierten kaum auf die vorhandene Mehrsprachigkeit, so dass Ratsuchende oft gezwungen seien, die notwendige Übersetzung selbst zu organisieren. Das führt regelmäßig dazu, dass Grundprinzipien in Beratungssettings (z.B. Vertraulichkeit) unterschritten werden (s. Kap. 20). Mehrsprachigkeit als migrationsgesellschaftliche Tatsache und Ressource wird durch das jahrzehntealte Versäumnis, die monolinguale Struktur von Institutionen aufzugeben, nicht anerkannt (vgl. Dirim/Mecheril 2010).

Von der hier gekennzeichneten *strukturellen Ignoranz* besonders betroffen sind derzeit geflüchtete Menschen, denen Anerkennung und Teilhabe verwehrt wird und deren Rechte auf Bildung, auf Asyl, auf Wohnraum, Teilhabe und Selbstbestimmung durch die asylrechtlichen Rahmungen massiv verletzt sind. Als Folge wurde uns von geflüchteten Menschen die Erfahrung von Entmündigung geschildert (s. Kap. 9).

28) „Das muss doch mal gesagt werden können“ - Normalität rassistischen Sprechens

In verschiedenen Gesprächen wurde die Sprechweise in öffentlichen Sitzungen (z.B. Ortsbeirat, Begleitausschuss des Programms 'Demokratie leben!' in Bremen-Nord) als problematisch beschrieben. Begründet wurde dies damit, dass rassistische Begriffe und Argumentationen wie selbstverständlich geäußert würden. Einige Gesprächspartner_innen zogen Vergleiche zu anderen Stadtteilen, in denen sie das Sprechen kontrollierter wahrnahmen, auch wenn dort möglicherweise ähnliche „*Ressentiments*“ vorhanden seien.

Die Möglichkeit zum rassistischen Sprechen in öffentlichen Sitzungen wird durch verschiedene Aspekte bedingt:

- Sie ergibt sich zunächst durch die *Strukturen der (Nicht-)Beteiligung*: Die Sitzungen finden ausschließlich in deutscher Sprache statt, ein Übersetzungsbedarf wird nicht abgefragt. Dies erschwert den Zugang für in Bremen-Nord lebende Menschen, die sich nicht umfassend auf Deutsch verständigen können. Dadurch werden bestimmte Perspektiven und Anliegen in der Diskussion, beispielsweise bezogen auf die Lebensbedingungen von Geflüchteten, ausgeschlossen.

- Die *Sitzungsteilnehmenden* sind unserer Wahrnehmung nach mehrheitlich weiß-mehrheitsdeutsch (5/6). Weil Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, diesen oftmals nicht wahrnehmen oder als Problem anerkennen (vgl. Reimer 2011, S. 66), können rassistisch argumentierende Teilnehmer_innen in einem solchen Setting mit Zustimmung rechnen; sie können relativ sicher sein, Anklang zu finden oder zumindest keinen offenen Widerspruch zu erfahren (s. Kap. 29).
- Die *Möglichkeit zum rassistischen Sprechen in öffentlichen Sitzungen* wird (unbeabsichtigt) auch durch eine Moderation verstärkt, die ankündigt, dass sie „*sofort einschreiten*“ wird, wenn es zu problematischen Äußerungen kommt (s. Kap. 29). Diese Ansage erweckt den Eindruck, dass all das, was dann im folgenden Sitzungsverlauf – ungeachtet der o.g. Ankündigung - unsanktioniert gesprochen wird, legitim ist.

Implizit wird über die Beteiligungsstruktur und vermeintlich rechtmäßige Ordnung des Sprechens ein Rahmen geschaffen, in dem nationalistische und rassistische Diskussionen stattfinden können; z.B. wenn Menschen zu 'Gästen' erklärt und ihnen ihr Recht auf Teilhabe am Wohlstand in Deutschland abgesprochen wird: „*Wer sich nicht an die Regeln hält, hat sein Recht verbürgt, hier zu leben*“. Gesellschaftliche Widersprüche und Probleme (z.B. Kriminalität, Sexismus u.a.) in Deutschland werden Menschen zugewiesen, die zu Gästen erklärt werden. Zugleich wird die Illusion geschürt, gesellschaftliche Widersprüche ließen sich durch Abschiebungen oder geschlossene Unterbringung einzelner Menschen beseitigen. Es wird damit als nicht mehr notwendig erachtet, die eigene *weiß-deutsche* Position, Perspektive und Verstrickung zu hinterfragen (vgl. Sow 2011; Mecheril 2016).

Diese – hier am Beispiel öffentlicher Sitzungen dargestellten - Möglichkeiten, sich öffentlich rassistisch und nationalistisch zu äußern, wirken sich in Bremen-Nord auch auf Argumentationen und Handlungen im Alltag aus. In sozialpädagogischen Settings beispielsweise setzen sie mitunter das Prinzip der Parteilichkeit mit den betreuten Jugendlichen außer Kraft, wie eine Aussage eine_Gesprächspartner_in verdeutlicht: „*Einige Jugendliche sind sehr unverschämt, da denk ich, boah, gleich wieder zurück*“. In alltäglichen Kontakten der Bewohner_innen ermöglichen sie rassistische Ausgrenzungen, Anfeindungen und Gewalt, die alles andere als normal, aber normalisiert sind (s. Kap. 29).

29) „Niemand hat daraufhin etwas gesagt“ - Zur Wirkung von Schweigen

Die Bedeutung von Schweigen ist kontextabhängig. Möglichkeiten und Zwänge zu schweigen verweisen auf die jeweiligen Macht- und Sprechverhältnisse. Umso aufschlussreicher ist es, dem Schweigen gleichsam zuzuhören. Es kann Hinweise auf das geben, was keine Resonanz hervorruft und Hinweise darauf, welche Stimmen gehört werden und welche Themen, beispielsweise im wortreichen Schweigen durch das Sprechen über etwas anderes, ausgeblendet werden (vgl. Assmann 2013).

In den Gesprächen wurden uns Beispiele aus politischen Gremien und Diskussionsrunden geschildert, die zeigen wie Schweigen dazu beiträgt, dass Rassismus und rechte Strukturen stabilisiert werden:

Schweigen in politischen Gremien:

Uns wurde berichtet, dass Politiker_innen und gesellschaftspolitische Akteur_innen, die rassismuskritische Positionen vertreten haben, durch Politiker_innen rechter Parteien in Sitzungen beleidigt wurden, während andere Sitzungsteilnehmende dazu schwiegen: „Niemand hat daraufhin was gesagt“. Ein solches Schweigen hat die Wirkung, dass sich rassistisches und rechtspopulistisches Sprechen normalisiert. Die rassistischen Sprecher_innen können sich sicher sein, gehört zu werden. Es gibt kein Korrektiv und sie müssen keine Widerrede befürchten. Rassismuskritische Äußerungen sind hingegen mit dem Risiko verbunden, verbale Angriffe zu provozieren. In der Folge müssen sich Menschen mit rassismuskritischen Positionen überwinden, diese auch auszudrücken, da sie davon ausgehen müssen, bei Angriffen alleine da zu stehen. Langfristig führt ein solches Schweigen zu einer massiven Stärkung rassistischer und menschenverachtender Positionen in der (lokalen) Politik.

Schweigen über Rassismus durch Verweise auf Resolutionen gegen Rassismus:

Wenn Rassismus thematisiert wird, wird in politischen Gremien teilweise auf Positionspapiere wie z.B. Resolutionen gegen Rassismus verwiesen. Weitere Auseinandersetzungen mit rassistischen Strukturen in den 'eigenen' Zusammenhängen bleiben in der Folge aus. Auf diese Weise kann die offizielle Verschriftlichung von antirassistischen Haltungen eine De-Thematisierung von Rassismus im Alltag hervorbringen, denn eine Beschäftigung mit Rassismus fand vermeintlich bereits statt und scheint nicht länger notwendig zu sein. Gleichwohl sind Positionspapiere wichtig, denn sie können auch erleichtern, konkrete Diskriminierungen zu thematisieren, weil dabei auf das gemeinsam beschlossene Papier verwiesen werden kann (zu dieser Zweiseitigkeit des Antirassismus vgl. Mecheril 2003).

Desinteressiertes Schweigen gegenüber Migrant_innenselbstorganisationen:

Geschildert wurde uns ein Schweigen zu den Anliegen, Themen und Perspektiven politischer Gruppen durch mehrheitsdeutsche (5), linke politische Gruppen: „Die haben nicht nachgefragt und nicht zugehört“. Dieses Schweigen von vermeintlich politisch ähnlich gesinnten Gruppen signalisiert politischen Akteur_innen, die von Rassismus betroffen sind, Desinteresse an ihren Anliegen und Meinungen. Langfristig führt dieses Schweigen zu Schieflagen und Einseitigkeiten in rassismuskritischer politischer Bündnisarbeit (s. Kap. 24).

Teil V Exemplarische Handlungsfelder

30) Sozialpädagogische Möglichkeitsräume (Auswirkungen und Umgang)

Auswirkungen struktureller Probleme auf sozialpädagogische Angebote:

Sozialpädagog_innen bzw. Mitarbeiter_innen in sozialen und sozialpädagogischen Einrichtungen beschreiben die Auswirkungen von strukturellem Rassismus auf ihre Arbeit (vgl. Kap. 9). Beispielsweise wirkt die (rassistische) Segregation (4) im Stadtteil (s. Kap. 7) auch in den Jugendfreizeitheimen. Diese sind – wie in Bremen-Nord - oft in Quartieren angesiedelt, die als 'benachteiligt' beschrieben werden. Häufig werden sie von Jugendlichen besucht, die als nicht-deutsch wahrgenommen werden. Von *weiß-*mehrheitsdeutschen (5/6) Familien hingegen werden sie gemieden, wie uns Gesprächspartner_innen berichteten: „*Und es gibt eine Unwilligkeit von deutschen Eltern, ihre Kinder dahin zu schicken*“.

Im Kontext der sprunghaft gestiegenen Anzahl junger geflüchteter Menschen in Bremen nehmen die Sozialpädagog_innen den zunehmenden Bedarf wahr, ihre Einrichtungen auch für geflüchtete Jugendliche zu öffnen bzw. spezielle Angebote zu machen (s. Kap. 8). Sie beschreiben ihre Unzufriedenheit, da sie dieser Anforderung angesichts der fehlenden Ressourcen und Kapazitäten in der Sozialen Arbeit (ein Ergebnis jahrelanger Kürzungspolitik¹¹) nicht gerecht werden können (s. Kap. 9).

Zudem wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die Träger von Unterkünften untereinander sowie die Menschen und Initiativen, die Angebote für Geflüchtete organisieren, wenig vernetzt und unzureichend koordiniert seien. Das mache es schwer, Bedarfe zu erkennen, in Kontakt zu gehen und Angebote zu entwickeln (s. Kap. 24).

In der pädagogischen Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen stellt sich die asylrechtlich hergestellte existenzielle Unsicherheit als Problem dar, zumal unklar bleibt, wie lange geflüchtete Jugendliche in einer Unterkunft bzw. an einem Wohnort bleiben. Unter diesen Bedingungen kann keine Stabilität und keine Beziehung aufgebaut und keine Verbindlichkeit in der Inanspruchnahme von (pädagogischen) Angeboten erwartet werden.

¹¹ Das unabhängige „Bündnis 30% mehr Zukunft“, ein Zusammenschluss von Fachkräften und Akteur_innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bremen, stellt auf seiner Facebook-Seite Informationen zu den Kürzungsmaßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bereit, vgl. <https://www.facebook.com/MehrZukunft/>.

Sozial(pädagogisch)e Bewältigungspraxis

Die Sozialpädagog_innen gehen mit den sozialstrukturellen Problemen auf unterschiedliche Weise um. Mal wird nach pädagogischen Lösungen gesucht; z.B. wenn der „Entmischung“ in den Jugendfreizeitheimen als Teil der Segregation im Stadtteil (s. Kap. 7) mit einer offenen Dialogführung begegnet wird.

Mal wird auf Konflikte, die sich zwischen Jugendlichen entlang von Differenzlinien wie 'deutsch/nicht-deutsch' ausprägen, seitens der Pädagog_innen so reagiert, dass bestimmte beleidigende Begriffe untersagt und Ausgrenzungen sanktioniert werden.

Die strukturelle Unterbesetzung in pädagogischen und sozialen Einrichtungen lässt es kaum zu, Themen aufzugreifen und Konflikte angemessen zu bearbeiten. Eine sozialpädagogisch qualifizierte und rassismuskritische Praxis setzt voraus, dass Mitarbeitende nicht einzeln, sondern im Team arbeiten. Nur so können sie über organisatorische Aufgaben und eine Praxis unmittelbarer Bewältigung hinaus Angebote entwickeln, Beziehungen aufbauen und gesellschaftlich relevante Probleme auch mit Jugendlichen gemeinsam bearbeiten (s. Kap. 9, 24 und 33).

Den Erfahrungen mit Rassismen, die Jugendliche z.B. auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, durch rassistische Polizeikontrollen, Ausgrenzungen, Diffamierungen, Ignoranz etc. auch im Stadtteil machen, begegnen Mitarbeitende sozialer und sozialpädagogischer Einrichtungen vielfach durch Zuspruch und Ermutigung: *„Alles andere hilft ihnen nicht weiter“*. Offenbar ist es für viele Fachkräfte schwierig, Rassismus im Stadtteil sowie alltägliche und strukturelle Rassismuserfahrungen von Jugendlichen anzuerkennen (s. Kap. 23). So kommt es vor, dass Jugendliche für diese Erfahrungen selbst verantwortlich gemacht werden, zum Beispiel dann, wenn seitens von Fachkräften auf ihre vermeintliche *„Opferidentität“* verwiesen wird. Oder aber ihnen werden Rassismuserfahrungen abgesprochen bzw. nicht geglaubt (s. Kap. 14).

Sozialpädagogische Einrichtungen sind herausgefordert, Rassismuserfahrungen ernst zu nehmen; sie sind aufgefordert, Verhältnisse, die diese Erfahrungen hervorrufen, ebenso zu skandalisieren, wie die Verhältnisse, in denen diese Erfahrungen strukturell nicht anerkannt werden (z.B. gibt es keine Beratungsstruktur für Menschen mit Rassismuserfahrungen in Bremen-Nord; s. Kap. 33).

Im Bemühen, Rassismus als wirkungsvolles Verhältnis in Bremen-Nord anzuerkennen, ergeben sich für Mitarbeitende aus sozialen und sozialpädagogischen Einrichtungen Widersprüche. Diese erleben sie als Schwierigkeit, eigene Kritik zu formulieren, ohne rassistische Klischees und Debatten zu bedienen. Neben sexismuskritischen und sexualpädagogischen Überzeugungen können auch Bedenken gegenüber den intensivpädagogischen Ansätzen (z.B. in der Rekumer Straße) nur schwer geäußert werden, ohne dass sie sich negativ für die Jugendlichen auswirken, deren Bleiberecht in Frage gestellt wird.

Außerdem wird die Schwierigkeit formuliert, Kritik an der Reproduktion von Rassismus in den eigenen Kolleg_innenkreisen zu äußern. Es kann kein gemeinsames Verständnis von Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis (s. Kap. 3) vorausgesetzt werden. Zudem fehlt es an begleiteten Austauschräumen (Supervision), in denen unterschiedliche Positionen formuliert und Konflikte ausgetragen werden können. Das führt nicht zuletzt dazu, dass Rassismus de-thematisiert wird: „*Ich kann's mir nicht erlauben es eskalieren zu lassen, weil es keine Supervision gibt*“.

Reflexion, Supervision und Raum für kollegialen Austausch sind Mindeststandards einer professionellen sozialpädagogischen Praxis. Dabei stellt rassismuskritische Sensibilisierung, Praxisreflexion und Praxisentwicklung eine Querschnittsaufgabe dar, die nur sehr mühsam als solche Anerkennung findet. Immer noch fällt es in Deutschland schwer, über Rassismus zu sprechen und Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis anzuerkennen. Teams in Jugendfreizeitheimen sind oftmals auf sich gestellt mit dem Anliegen, eine solche Praxis zu entwickeln. Es fehlt an Fortbildungen und Räumen, in denen sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen gemeinsam rassismuskritisch reflektieren können (s. Kap. 33).

Darüber hinaus verweisen Sozialpädagog_innen auf Widersprüche. Diese ergeben sich in der Praxis bedingt durch ihre Position als *weiße* deutsche (5/6) Pädagog_innen, die selbst keine Erfahrungen mit Rassismus machen und Adressat_innen unterstützen und begleiten wollen, die wiederum tagtäglich von offenem wie subtilem Rassismus betroffen sind. Es stellen sich beispielsweise diese Fragen: Wie können wir als *weiße* Deutsche die Selbstorganisation von queeren (12) Geflüchteten initiieren bzw. stärken? (s. Kap. 20) Wie kann ich als (christlich sozialisierte) Deutsche mit muslimischen Mädchen über deren Religion sprechen? (s. Kap. 22)

Diese Fragen verweisen auf weitere strukturelle Bedarfe: Auch in Bremen-Nord sind Räume und Angebote zu schaffen, in denen Rassismuserfahrungen von Menschen auch dadurch ernst genommen werden, dass diese nicht von einer mehrheitsdeutschen (5) Dominanzposition und -perspektive aus begleitet werden. Regelmäßige Angebot einzurichten, die Selbstorganisation und Self-Empowerment von Menschen mit Rassismuserfahrungen möglich machen, wäre ein erster Schritt dahin.

Deutlich wird überdies ein Bedarf an Reflexions- und Supervisionsräumen für Mitarbeitende in sozialen und sozialpädagogischen Einrichtungen, speziell in Bremen-Nord. Mehrfach wurde in Gesprächen bedauert, dass das Lidice-Haus von Bremen-Nord ins Bremer Zentrum gezogen sei und es keine Fortbildungsangebote vor Ort mehr gebe. Die Fachtage im Lidice-Haus in Bremen-Nord werden als positiv erinnert; gleichzeitig wird die fehlende Einbeziehung von Menschen, *über* die in Fortbildungen gesprochen wird, problematisiert.

Die hier angesprochenen strukturellen Bedarfe (Sicherung, Stärkung und Ausbau sozialpädagogischer Angebote, Reflexions- und Fortbildungsangebote für Mitarbeitende, rassismuskritische Organisations-

entwicklung/transkulturelle Öffnung) setzen eine politische Anerkennung und Ermöglichung der pädagogischen und sozialen Arbeit voraus; einzufordern ist die Umsetzung politischer Beteuerungen hinsichtlich einer verbesserten und Teilhabe sichernden Integration und Bildung aller jungen Menschen in Bremen (vgl. PM Bündnis 30 vom 29.1.2015).

Reflexion scheint in diesem Zusammenhang elementar, um die Widersprüche im eigenen professionellen Handeln formulieren zu können. Reflexion wird auch relevant bei der gemeinsamen Suche nach solchen Strategien des Umgangs mit strukturellen Probleme, die nicht der Illusion pädagogischer oder individueller Lösbarkeit aufsitzen (vgl. Kalpaka 2009; s. Kap. 33).

30) „Wir kümmern uns um Menschen, die aus Krieg und Verzweiflung sich auf den Weg machen“ - Dekontextualisierung von Flucht im Feld freiwilliger und ehrenamtlicher Hilfe¹²

Die Diskurse:

Ganz allgemein ist jedes politische sowie freiwillige bzw. ehrenamtliche Handeln und Nicht-Handeln bezogen auf Flucht in öffentliche Diskurse und Debatten eingebettet. Diese Debatten sind in Deutschland aktuell mindestens durch drei Aspekte gekennzeichnet:

Erstens wird der historische Kontext, in dem die Flucht von Menschen zu verstehen ist, zumeist ausgeblendet. Das bedeutet, dass die Ursachen von Flucht, wie Kriege, Armut, ökologische Probleme etc. kaum, und erst recht nicht in einem Zusammenhang mit der Geschichte von Kolonialismus und Kapitalismus, also von globaler Ausbeutung als europäische Verantwortung thematisiert werden (vgl. Castro Varela 2015).

Zweitens zeigt sich der Staat „überlastet“ und „überfordert“ und angewiesen auf ehrenamtliches Engagement. Das wird auch dadurch deutlich, dass an die vielen freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Helfer_innen, die sich um die grundlegende Versorgung sowie die Integration für Geflüchtete kümmern (sollen), appelliert wird, „am Ball“ zu bleiben.

Drittens werden Fluchtgründe hierarchisiert. Damit ist gemeint, dass manche Fluchtgründe anerkannt werden und andere nicht: So wurde u.a. von einer sozialpädagogischen Fachkraft erklärt: „Nicht alle sind vor Krieg geflüchtet, manche wollen auch nur ein schöneres Leben.“ Mit dieser Aussage verbunden

¹² Die folgenden Überlegungen zur ehrenamtlichen Unterstützung von Geflüchteten basieren maßgeblich auf Eindrücke und Diskussionen bei von uns im Untersuchungszeitraum besuchten Tagungen und Konferenzen in Bremen, in denen Ehrenamt vorgestellt, diskutiert und Widersprüche thematisiert wurden (z.B. Konferenz Demokratie-Leben! am 3.12.2015). Diese Überlegungen müssten durch Gespräche mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen in Bremen-Nord erweitert und konkretisiert werden, zumal die ehrenamtliche Organisation ebenso wie das Erleben von Geflüchteten nicht in der hier vorgenommenen Weise verallgemeinerbar ist.

ist die Annahme, dass es privilegierten Menschen mit deutschem Pass vorbehalten ist, zu entscheiden, ob andere Menschen das Recht haben, am Wohlstand und Profit des politischen Nordens von der Ausbeutung der Länder des politischen Südens, die sie verlassen (müssen), teilzuhaben.

Die hier skizzierten Diskussionsstränge führen nicht nur dazu, dass freiwilliges Engagement zunehmend staatliche Aufgaben übernimmt und kompensiert. Sie befördern zudem die Tendenz, dass die politischen Dimensionen des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Handelns verkannt werden. Leicht gerät aus dem Blick, dass das eigene Handeln innerhalb der Geschichte und Gegenwart europäischer Abschottung verortet ist. Es müsste also darum gehen, die eigene Positionierung und das daran geknüpfte Engagement gesellschaftspolitisch wie historisch verstehen zu lernen und vor diesem Hintergrund eine verantwortungsvolle und solidarische ehrenamtliche Praxis der Unterstützung zu entwickeln (s. Kap. 33).¹³

Angebote in Bremen-Nord:

In Bremen-Nord haben sich mehrere Willkommensinitiativen gegründet, die in Grohn und Vegesack, und seit kurzem auch in Blumenthal und Burglesum Unterkünfte „betreuen“. Ihre Angebote stellten Vertreter_innen der Willkommensinitiativen bei der Demokratie leben! Konferenz im Dezember 2015 vor. Sie umfassen sowohl Deutschkurse, Kinderbetreuung, Fahrradwerkstätten, Kleiderkammern und Caféangebote als auch konkrete Projekte wie einen Stadtteilobstgarten oder Kinderspielplatz. Bei ihrer Vorstellung betonten die Vertreter_innen der Willkommensinitiativen in Bremen-Nord, dass sie keine Unterschiede zwischen Geflüchtetenengruppen machen. Ihre Angebote bewerten sie als positiv, da es gelinge, Menschen aus den Unterkünften „zu aktivieren“.

Bei einem Fachtag für Ehrenamtliche aus ganz Bremen wurden auch Probleme mit der Nutzung der Angebote thematisiert: Probleme entstünden beispielsweise, weil geflüchteten Menschen der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln fehle; ebenso entstünden Probleme, weil es an Übersetzungsangeboten mangle, oder infolge „bio-deutsch“ dominierter Angebotsstrukturen, fehlender Finanzierung der Angebote sowie einer starken Fluktuation der Angebotsnutzer_innen.

In den Debatten auf den besuchten Fachtagen zur ehrenamtlichen, freiwilligen Hilfe und Unterstützung geflüchteter Menschen, deuteten sich drei Spannungsfelder an, auf die zu achten ist, damit die ehren-

¹³ In ähnlicher Weise werden diese Spannungsfelder in einer Kurzdokumentation von leftvision – Plattform für kritisches und alternatives Fernsehen, nachgezeichnet. Ohne die Relevanz der Hilfsleistungen in Frage zu stellen, ermöglicht die Dokumentation einen kritischen Blick auf die neuen Hilfsstrukturen und fragt nach langfristigen Handlungsperspektiven, die die Ursachen von Flucht und Asyl nicht ausblenden (vgl. leftvision 2015.)

amtliche Unterstützung im politischen und historischen, gesellschaftlichen und globalen Zusammenhang solidarisch und verantwortlich gestaltet werden kann:

Erstens ist darauf zu achten, strukturell und politisch verursachte Probleme nicht den Geflüchteten selbst anzulasten. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn die beklagte hohe „*Fluktuation*“ von Nutzer_innen bzw. Teilnehmer_innen mit individueller Unzuverlässigkeit oder Unverbindlichkeit erklärt wird, statt mit Folgen asylrechtlicher Regelungen, Prozessen der Entrechtung und Entmündigung oder auch mit den Auswirkungen spontaner Umverteilungen von Menschen in andere Unterkünfte.

Zweitens ist darauf zu achten, bestehende Machtverhältnisse in den Hilfe-Beziehungen und -Angeboten nicht fortzusetzen (Paternalismus) und diesbezüglich Sensibilität zu entwickeln. Wie auch in sozialpädagogischen Settings werden im Feld der ehrenamtlich organisierten Hilfe und Unterstützung Geflüchteter häufig Bedarfe diskutiert und Angebote entwickelt, ohne dass die adressierten Geflüchteten als politische Subjekte einbezogen sind. Es ist darauf zu achten, dass Geflüchtete die Möglichkeit erhalten, für sich selbst zu sprechen, gehört zu werden und sich selbst zu organisieren.

Drittens ist darauf zu achten, dass sich keine Parallelstruktur zu Regelangeboten entwickelt, etwa in Gestalt von speziellen Angeboten für Geflüchtete (s. Kap. 8). So können im Zuge von neu geschaffenen Angeboten der Geflüchteten-Hilfe politische Forderungen nach dem Ausbau, der Umstrukturierung und Anpassung von Regelstrukturen aus dem Blick geraten. Diese Regelstrukturen und -angebote sind aber eine Minimalvoraussetzung, um zumindest der eigenen Integrationsperspektive etwas gerechter zu werden.

Von Bedeutung erscheinen hier professionell begleitete Möglichkeiten, in denen Ehrenamtliche und Freiwillige ihr Engagement im politischen Zusammenhang reflektieren können. Notwendig wären Anlässe und Räume, in denen Austausch und Wissensvermittlung stattfindet mit dem Fokus auf eine solidarische, nicht paternalistische Unterstützung; eine Unterstützung also, die der Realisierung von gleichwertiger Teilhabe aller Menschen und der Selbstbestimmung von Geflüchteten tatsächlich zu Gute kommt (vgl. Mecheril 2014; s. Kap. 33).

Vernetzung und Koordination:

In Gesprächen, die wir in Bremen-Nord mit verschiedenen Akteur_innen geführt haben, wurde mehrfach der Bedarf nach mehr Vernetzung und Kooperation der Mitarbeitenden in verschiedenen Unterkünften für geflüchtete Menschen formuliert. Dieser wird oft in Verbindung gebracht mit einer fehlenden Kooperation unterschiedlicher Trägerinstitutionen. Dabei würde der Austausch zwischen Mitarbeitenden es ermöglichen, Interessen und Bedarfe zu bündeln und gegebenenfalls (politisch) zu adressieren (s. Kap. 24).

Auch über die Situation in den Unterkünften hinausgehend stellten sich Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen vor Ort als ausbaufähig dar. Wir haben viele Mitarbeitende und Akteur_innen unterschiedlicher Einrichtungen und Initiativen gesprochen, die sich pädagogisch, politisch und ehrenamtlich gegen Rassismus positionieren bzw. für die Rechte aller Menschen auf Teilhabe an würdevollen Lebensbedingungen einsetzen. Doch nicht immer kannten sich die Mitarbeitenden unterschiedlicher Einrichtungen und Akteur_innen untereinander, nicht alle Angebote waren wechselseitig bekannt.

Ein_e Gesprächspartner_in erklärte sich beispielsweise die fehlende Vernetzung linkspolitischer Aktivist_innen damit, dass eine „*Generation der Mitte*“ fehle. Während sich im 'Katzensprung' eher jüngere und im VVN-BdA (Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) eher ältere Menschen organisierten, vermutete ein_e Gesprächspartner_in, dass Menschen mittleren Alters eher aus Bremen-Nord wegzögen.

Mehr Austausch in Bremen-Nord würde generell dazu beitragen, in der konkreten alltäglichen Praxis aufeinander verweisen und sich zu unterstützen zu können. Zugleich stellt eine gute Vernetzung die Voraussetzung dar, um sich als Sozialpädagog_innen, Aktivist_innen, Ehrenamtliche o.ä. zu organisieren; sie ist Voraussetzung dafür, gemeinsame Perspektiven und Praxen zu entwickeln, die es den Adressat_innen ermöglichen, für sich selbst zu sprechen und sich selbst zu organisieren.

Bezogen auf Vernetzung stellt sich die Frage, inwiefern diese selbstorganisiert werden kann bzw. für die Selbstorganisation Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Im Kontext der Willkommensinitiativen wurde die Idee einer offiziellen Koordinatorin, die es mittlerweile in Trägerschaft der AWO in Bremen-Nord gibt, kontrovers diskutiert. Einerseits wurde die mögliche Unterstützung bei der Vernetzung sowie die Bindegliedfunktion zu Behörden und „der Stadt“ als Chance betrachtet; andererseits wurde kritisiert, dass die Einrichtung professioneller Koordinator_innen die politische Auslagerung des Themas an einzelne Delegierte bedeute und gleichzeitig das Engagement der Willkommensinitiativen offenbar *langfristig* zur Erfüllung staatlicher Aufgaben genutzt werden solle. Ein_e ehrenamtliche_r Aktive_r der Vegesacker Willkommensinitiative äußerte hierzu, das eigene „*Demokratieverständnis*“ sei ein anderes.

Teil VI Handlungsperspektiven: Ressourcen und Bedarfe

31) *Bereits bestehende Ressourcen in Bremen-Nord*

Neben einer Analyse der in Bremen-Nord wirksamen strukturellen und individuellen Diskriminierungsformen, haben wir den Blick auch auf mögliche Ressourcen für eine breitere Auseinandersetzung mit und Arbeit gegen gesellschaftliche Diskriminierungsformen gelenkt. In den Interviews wurden uns sowohl Akteur_innen genannt, die sich haupt- oder ehrenamtlich in diesem Bereich engagieren und die ein Ausgangs- bzw. Anknüpfungspunkt für weitere Projekte und Maßnahmen sein können. Zudem zeigten sich in den Interviews zwischen den Zeilen einige weitere Aspekte, wie Haltungen, Stimmungen aber auch Leerstellen, die wir ebenfalls als Ressourcen benennen möchten. Die Auflistung ist nicht vollständig, sondern soll nur einige Anregungen geben.

- Als ein wichtiger Akteur wurde in den Interviews mehrfach der „*Infoladen Katzensprung*“ in *Bremen-Vegesack* genannt. Die Initiative organisiert Veranstaltungen, bietet einen offenen Raum für Treffen und Auseinandersetzung an, beteiligt sich aktiv in Beirats- und Bürgerversammlungen und strebt breitere antirassistische Bündnisse an. Diese Initiative scheint uns eine wichtige Ressource im Stadtteil zu sein, die es zu unterstützen und zu stärken gilt.
- Ein weiterer Ort, der sich explizit mit Rassismus und Faschismus auseinandersetzt und für alle Interessierten offen ist, ist der „*Denkort Bunker Valentin*“. In der Gedenkstätte werden Bildungsveranstaltungen durchgeführt und es gibt die Möglichkeit für Projekte, Austausch und längerfristige Anbindungen.
- In den letzten Jahren haben sich zudem in Bremen-Nord eine Reihe von *Willkommensinitiativen* gegründet, die sich zum Ziel gesetzt haben, Asylsuchende zu unterstützen. Die große Zahl an ehrenamtlichen Unterstützer_innen sehen wir als Ressource in Bremen-Nord.
- Die Arbeit des *Quartiersmanagement Blumenthal* wurde uns mehrfach als Ressource benannt. Dort finden zahlreiche soziale Projekte statt. Gleichzeitig ist das Quartiersmanagement in Bremen-Nord gut vernetzt und positioniert sich klar antirassistisch.
- In den Interviews wurde deutlich, dass es in Bremen-Nord v.a. im sozialen Bereich einen großen strukturellen Mangel an Angeboten gibt sowie eine Überlastung und Unterfinanzierung bestehender Strukturen. Dennoch verfügt Bremen-Nord über *einige fachlich kompetente und engagierte Beratungsstellen*, wie z.B. die sozialrechtliche Beratung des *Bremer Erwerbslosenverbandes (BEV)* und der *Solidarischen Hilfe e.V.*

- Auch wird die *Arbeit in den Jugendzentren* von vielen Jugendlichen gut angenommen. Diese Orte müssten durch Aufstockung von hauptamtlichen Mitarbeiter_innenstellen, Finanzierung, Unterstützung weiter ausgebaut werden.
- In Bremen-Nord gibt es zudem eine sehr gut qualifizierte und gut angenommene *Mädchenarbeit*, die ihrerseits auch über eine gute Vernetzung im Rahmen des *AK – Mädchen*arbeit Bremen-Nord* verfügt und die Verschränkungen von Rassismus, Sexismus etc. thematisiert und reflektiert.

Neben den konkreten Akteur_innen und Orten gibt es einige abstraktere Aspekte wie Stimmungen, Haltungen etc., die uns in den Interviews begegnet sind und die wir an dieser Stelle ebenfalls als Ressourcen aufzeigen möchten:

- Im Rahmen unserer Forschung wurde deutlich, dass in Bremen-Nord ein *Interesse an der Auseinandersetzung mit und Reflexion* über Rassismus und andere Diskriminierungsformen besteht. Alle Akteure, die wir für Interviews angefragt haben, waren offen, interessiert und bereit über ihre Erfahrungen zu sprechen.
- Immer wieder wurde das große *Bedürfnis nach und Interesse an Vernetzung, Austausch, Reflexion, Fortbildungen* geäußert, sowohl von Sozialpädagog_innen als auch von Ehrenamtlichen. Dieses Bedürfnis werten wir als Ressource, von dem aus Vernetzungsvorhaben und gemeinsamer Austausch und Aktivitäten ausgehen können.
- Auch die Tatsache, dass es zu bestimmten Themen (z.B. Beratung für Schwulen/Lesben/Trans*personen) noch gar keine Angebote in Bremen-Nord gibt, kann als Ressource gewertet werden, wenn dies *Anlass gibt, Projekte und Angebote von Grund auf reflektierend zu entwickeln* (z.B. infolge einer umfassenden Bedarfsanalyse).
- Dabei wurde auch deutlich, dass bei vielen Akteur_innen eine *Bereitschaft zur Selbstreflexion* im Hinblick auf die eigene Positioniertheit in rassistischen Verhältnissen bzw. die Reproduktion von *weißen* (6) Dominanzstrukturen besteht.

32) Übersicht über die Bedarfe

In der Auswertung der Interviews und teilnehmenden Beobachtungen wurden zahlreiche Bedarfe in Bremen-Nord sichtbar. Viele davon sind in den vorangegangenen Kapiteln bereits angedeutet oder benannt worden. An dieser Stelle sollen die ermittelten Bedarfe zusammengefasst aufgelistet werden um eine bessere Übersicht zu gewährleisten. Die Zusammenfassung orientiert sich an den Bedarfen, die

uns von unseren Gesprächspartner_innen direkt genannt wurden sowie Aspekten, die zwischen den Zeilen sichtbar wurden. Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Sozialstruktureller Mangel und Unterfinanzierung:

In allen Gesprächen wurde der generelle sozialstrukturelle Mangel in Bremen-Nord betont sowie die Unterfinanzierung und Überlastung bestehender Strukturen. Insbesondere wurden folgende Bedarfe geäußert:

- *Kita- und Schulplätze:* Um der hohen Nachfrage nach Kita- und Schulplätzen gerecht zu werden, müssen in Bremen-Nord bestehende Angebote erweitert und neue geschaffen werden.
- *Jugendhäuser:* Gewährleistung von und bessere Grundausstattung der Jugendarbeit (Stunden, Personalschlüssel, Räume, Arbeitsbedingungen, Fortbildungen). Stärkung und Aufbau von langfristigen kontinuierlichen Strukturen als Voraussetzung für die Umsetzung konkreter Projekte und Maßnahmen bzw. als Grundlage für die Öffnung der bestehenden Strukturen gegenüber Geflüchteten.
- *Kostenlose Aktivitäten und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und Kinder:* In allen Interviews, die wir mit jüngeren Menschen geführt haben, wurde der große Bedarf an kostenlosen Freizeitmöglichkeiten betont, sowie der Bedarf an Orten, an denen sich Jugendliche treffen können. Speziell wurde der Wunsch geäußert, mehr Möglichkeiten zu schaffen, wo Jugendliche Musik machen oder Tanzen (z.B. Breakdance) können. Zudem wurde von einigen Interviewten darauf verwiesen, dass es mehr Angebote für Ausflüge bräuchte, damit Kinder und Jugendliche „mal rauskommen“ könnten. Als spezieller Bedarf für Mädchen und junge Frauen wurden Selbstverteidigungskurse genannt.
- *Beratungsstellen und Unterstützungsstrukturen:*
 - *Asylverfahrensberatung:* Aufgrund der steigenden Anzahl von Asylsuchenden, die in Bremen-Nord leben und zudem verstärkt durch die Eröffnung einer Zentralen Erstaufnahmestelle für Geflüchtete besteht ein großer ungedeckter Bedarf an unabhängiger Asylverfahrensberatung. Das Grundrecht auf Asyl kann nur gewährleistet werden, wenn Menschen über den Ablauf sowie ihre Rechte im Asylverfahren informiert werden.
 - *Beratung, Unterstützung und geschützte Räume für schwul-lesbische Personen und Trans*personen in Bremen-Nord, insbesondere auch für geflüchtete Lesben, Schwule und Trans*personen.*

- **Wohnungsvermittlung:** Es wurde ein hoher Bedarf an Unterstützung bei der Wohnungssuche geäußert. Hier wurde die Idee einer Website genannt, auf der Vermieter_innen Wohnungen anbieten können, die offen für *alle* Mieter_innen sind.
- **Stärkung bestehender Beratungsstellen,** wie z.B. die sozialrechtliche Beratung des Bremer Erwerbslosenverbandes (BEV) und der Solidarischen Hilfe e.V.
- **Deutschkurse, Integrationskurse, Alphabetisierungskurse:** In vielen der Interviews wurde ein Bedarf an kostenlosen Deutsch- und/oder Integrationskursen für alle diejenigen genannt, die Deutsch als Fremdsprache lernen möchten. Der Erwerb der Sprache erleichtert die gesellschaftliche Teilhabe und wirkt der Isolation entgegen. Gleichzeitig wurde ein Bedarf an Alphabetisierungskursen benannt.
- **Übersetzung und Unterstützung bei Behörden:** Aufgrund der Komplexität der bürokratischen Abläufe in Jobcenter, Meldestellen, Sozialämtern etc. wurde mehrfach betont, dass viele Menschen hier Unterstützungsbedarf haben. Ähnliches gilt auch im Hinblick auf Übersetzung bzw. Mehrsprachigkeit in Behörden aber auch Beratungsstellen oder sozialen Angebotsstrukturen. Aufgrund der fehlenden Übersetzung können Rechte nicht in Anspruch genommen und Bedürfnisse nicht artikuliert werden. Gleichzeitig fördert die Abhängigkeit von Sprache Ausbeutungsstrukturen wie überbezahlte Übersetzungsdienstleistungen.

2. Politische Maßnahmen:

Politische Maßnahmen wurden insbesondere in Bezug auf die Lebenssituation von Asylsuchenden gefordert:

- Es gibt einen Bedarf an leistbarem (günstigen) Wohnraum, „*damit niemand in Turnhallen untergebracht werden muss*“. Hier wurde mehrfach auf die Tatsache hingewiesen, dass es in Bremen-Nord sehr viel ungenutzten Leerstand gebe, der für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden müsse.
- Verbesserung der Bedingungen für geflüchtete Jugendliche/junge Erwachsene: die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten wurde von unterschiedlichen Interviewpartner_innen als äußerst schwierig geschildert. Hier wurde der Bedarf nach größeren und angemesseneren Wohnmöglichkeiten sowie einer besseren Ausstattung der Unterkünfte benannt. Weitere Bedarfe wie Schulplätze, Freizeitangebote, Information etc. wurden in den o.g. Punkten bereits genannt.

- In einigen Interviews wurde die steigende Angst der in Bremen-Nord lebenden Roma (13) vor Abschiebungen beschrieben. Hier wurde mehr politischer und gesellschaftlicher Druck gefordert, damit der Bremer Senat an seiner bisherigen Praxis festhält und Roma nicht in den Kosovo oder in andere vermeintlich sichere Herkunftsstaaten abschiebt, in denen Menschen Diskriminierungen droht.

3. Stärkung von antirassistischen und antifaschistischen Akteuren und Initiativen in Bremen-Nord

Angesichts der Zunahme rechter und rassistischer Mobilisierungen und Diskurse in Bremen-Nord (siehe sie jüngsten Bremer Wahlergebnisse, Bürgerversammlungen gegen Unterkünfte für Asylsuchende, rassistische Mobilisierungen in sozialen Medien, Gründung von Bürgerwehren etc.) betonten viele der Interviewpartner_innen die Notwendigkeit, bestehende antirassistisch und antifaschistisch arbeitende Initiativen in Bremen-Nord zu stärken und zu unterstützen. Als wichtiger Akteur wurde diesbezüglich immer wieder der „Infoladen Katzensprung“ genannt. Gleichzeitig wurde der Bedarf nach einem unabhängigen, selbstverwalteten Raum in Bremen-Nord geäußert, in dem sich rassismuskritische Menschen treffen und austauschen können. Es bestehe zudem ein Bedarf an Vernetzung dieser Akteur_innen.

4. Vernetzung, Austausch und Reflexion:

In Bezug auf den Umgang mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen in Bremen-Nord wurde v.a. von Sozialarbeiter_innen aus der Jugendarbeit und Mitarbeiter_innen von Beratungsstellen auf die fehlende Vernetzung und fehlenden Möglichkeiten für Austausch und Reflexion verwiesen. Der große Bedarf nach Vernetzung zwischen unterschiedlichen Akteur_innen in Bremen-Nord wurde auch allgemein in den verschiedenen Interviews immer wieder deutlich. Insbesondere wurden folgende konkreten Bedarfe genannt:

- *Sozialarbeiter_innen/Sozialpädagog_innen:* Bedarf an Vernetzung, Supervision, Austausch und Bildung unter Sozialarbeiter_innen u.a. in Bezug auf folgende Fragen: Wie kann mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen unter Jugendlichen und/oder Adressat_innen umgegangen werden? Wie können Rassismus und andere Erfahrungen von Adressat_innen thematisiert und aufgefangen werden? Was sind eigene verinnerlichte Rassismen etc. und wie reproduzieren sie sich? Da es in der alltäglichen Arbeit an Kapazitäten hierfür fehle, blieben die Umgangsformen häufig spontan, individuell und unreflektiert. Zudem wurde mehrfach der Bedarf an Reflexion und Supervision bezüglich der An- und Herausforderungen geäußert, die sich in Alltagssituationen ergeben.

- *Beratungsstellen und Träger von Unterkünften für Asylsuchende:* In den Interviews wurde betont, dass einige Träger von Unterkünften wenig Wissen über die vorhandenen sozialen Angebote und Beratungsstellen in Bremen-Nord hätten. Hier wurde ein Bedarf an Vernetzung und Information geäußert (welche Beratungsstellen, soziale Angebote etc. gibt es im Stadtteil, Zusammenarbeit unterschiedlicher Angebotsstrukturen etc.).
- *Ehrenamtliche Strukturen:* Hier wurde insbesondere der Bedarf an Reflexionsräumen für sich ehrenamtlich z.B. in den Willkommensinitiativen engagierende Menschen deutlich. Um zu vermeiden, dass ehrenamtliche Angebote paternalistisch agieren, Rassismus reproduzieren oder ihrerseits kulturalisierend wirken, ist es notwendig, z.B. im Rahmen von angeleiteten Workshops, eigene verinnerlichte rassistische Annahmen und Bilder zu reflektieren oder über die zugrunde liegenden Motivationen des ehrenamtlichen Engagements zu sprechen.

5. Information:

An mehreren Stellen wurde deutlich, dass es insbesondere unbegleiteten jugendlichen Geflüchteten an Informationen über den Stadtteil fehlt. Hier wurde die Idee geäußert, eine Informationsbroschüre zu erstellen, in der Jugendliche sowohl über rechtliche Abläufe als auch über Freizeitangebote und Beratungsstellen in Bremen-Nord informiert werden.

6. Bildung und Seminare:

Als eine Möglichkeit um in Bremen-Nord in breiteren Kreisen zu gesellschaftlichen Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Islamismus, Anti-muslimischer Rassismus, Diskriminierung durch oder aufgrund von Religionszugehörigkeit etc. zu arbeiten, wurde ein Bedarf an Workshops und Bildungsseminaren geäußert. Hier wurden unterschiedliche Bereiche genannt. Dazu zählen Seminare und Workshops:

- an Schulen (rassismuskritische Workshops, Umgang mit Homophobie, Religion etc.)
- für Sozialarbeiter_innen (s.o.)
- für Ehrenamtliche (s.o.)
- für politische Akteur_innen: Hier wurde insbesondere der Wunsch nach Selbstreflexion über Abläufe und Praktiken in politischen Gremien und öffentlichen Sitzungen formuliert.

7. Schule und Arbeit:

Wie wir in den vorhergehenden Punkten beschrieben haben, gibt es strukturellen Rassismus sowohl im Bildungssystem als auch auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Arbeit. Entsprechend wurden von Betroffenen und Sozialarbeiter_innen im Bereich Schule und Arbeit unterschiedliche Bedarfe genannt:

- Politik, Verwaltung und Gesellschaft haben anzuerkennen, dass struktureller Rassismus in den o.g. Bereichen existiert; gefordert wird der Wille, diesem strukturellen Rassismus aktiv zu begegnen.
- Politische Maßnahmen zur Sensibilisierung und Reduktion von strukturellem Rassismus in Schule und Arbeit. Es wird vorgeschlagen, die Förder- und Bonussysteme, die es für diejenigen Betriebe gibt, welche Geflüchteten Praktikumsplätze zur Verfügung stellen, auch auf die Vergabe von Ausbildungsplätzen auszuweiten.
- Kooperationen mit Betrieben und Ausbildungen an die spezifischen Situationen und Bedürfnisse von (geflüchteten) Jugendlichen anpassen.
- Angebote, bei denen junge Erwachsene Unterstützung beim Schreiben von Bewerbungen und bei der Job-, Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche erhalten
- Mehr Möglichkeiten, einen Schulabschluss auch noch im Alter von über 25 Jahren nachholen zu können. Vor diesem Hintergrund wurde darauf verwiesen, dass die Aufnahmekriterien der Erwachsenenenschulen in Bremen verschärft worden seien. Seitdem sei es gerade für ältere Jugendliche ohne Schulabschluss schwieriger geworden, eine Möglichkeit zum Schulbesuch zu bekommen. Wichtig sei es, dass es viele Möglichkeiten geben müsse, auch nach längerer Pause und in unterschiedlichem Alter Zugang zum Bildungssystem zu erhalten.

8. Offene Räume für Alle und Barrierefreiheit:

In allen Gesprächen wurde deutlich, dass staatliche Stellen, Behörden sowie soziale Einrichtungen und Angebote – unabhängig von ihrer Trägerschaft - in ihrer grundlegenden Beschaffenheit nicht an die Anforderungen einer Migrationsgesellschaft angepasst sind. Das führt dazu, dass Teile der Bevölkerung diese gar nicht oder nur eingeschränkt nutzen können und Isolation und Diskriminierung gestärkt werden. Ein Ziel wäre, alle Strukturen daraufhin zu überprüfen, inwiefern sie offen und zugänglich für alle Menschen sind bzw. inwiefern sie an die unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen angepasst sind. Sie sind ggf. so umzustrukturieren, dass niemand von einer umfassenden Teilhabe ausgeschlossen wird (vgl. Landesverband 2015).

Dieser Aspekt umfasst viele der bereits benannten Bedarfe wie z.B. der Bedarf an Übersetzungsdiensten und Mehrsprachigkeit, offenen Begegnungsräumen für Alle anstatt spezifischer Projekte für Geflüchtete, an ausreichend Schulplätzen und einer Teilhabe ermöglichenden Schulstruktur vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Bedürfnisse von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten etc.

Weiter gilt es, auch die politischen Beteiligungs- und Mitbestimmungsinstrumente für alle Bevölkerungskreise zu öffnen und Barrieren abzubauen (z.B. Mehrsprachigkeit auf Beiratssitzungen und Bürgerversammlungen, reflektierter, selbstkritischer Umgang mit Sprechverhältnissen, klarer und verlässlicher Umgang mit rassistischen und diskriminierenden Äußerungen z.B. seitens der Moderator_innen und Sitzungsleiter_innen u.v.m.).

Teil VII Handlungsperspektiven für das Programm

33) „Nicht so ein Tropfen auf den heißen Stein“ - Widersprüche des Programms „Demokratie leben!“

In vielen Gesprächen ist ein grundlegender Widerspruch des Programms „Demokratie leben!“ deutlich geworden. So besteht in vielen Einrichtungen ein hoher Bedarf an einer besseren finanziellen Grundausstattung, um die alltägliche Arbeit zu gewährleisten und die Auseinandersetzung mit Rassismus angemessen gestalten zu können. Um Rassismus aufgreifen und bearbeiten zu können und die bestehenden Strukturen für geflüchtete Menschen offener zu gestalten, braucht es mehr Ressourcen. Das Bundesprogramm erlaubt und ermöglicht hingegen einzig die Förderung einmaliger und abgeschlossener Projekte.

In einigen der von uns im Verlauf der Erhebung besuchten Einrichtungen wurde auf die Gefahr bzw. Ambivalenz hingewiesen, mithilfe der Programmgelder punktuell „die defizitäre Regelstruktur auszustatten“ und somit den strukturell verursachten Mangel zu übertünchen. Viel wichtiger als eine Projektförderung seien kontinuierliche Angebote und ein Ausbau der bestehenden sozialen Infrastruktur, insbesondere um Rassismus und andere Formen von Diskriminierung kontinuierlich auf den verschiedenen Ebenen thematisieren und verändern zu können.

Die punktuelle Logik der Projektförderung erschwere es, Rassismus wirksam entgegen wirken zu können; die 'Bearbeitung' von Rassismus – der, wir erinnern daran – als grundlegende, alle gesellschaftlichen Ebenen durchziehende und damit komplexe Regelstruktur wirkt – erfolgt weit überwiegend in Gestalt von Projekten, die (einzig) die vermutlich 'nahe liegende' Ebene individueller Einstellungen tangieren. Die ist beispielsweise bei vielen sogenannten 'Begegnungsprojekten' der Fall. Die strukturellen Erscheinungsformen von Rassismus, die in der vorliegenden Analyse herausgearbeitet wurden, lassen sich mittels punktueller, auf eine Laufzeit von maximal 12 Monaten begrenzter Projekte schwerlich wirksam bearbeiten.

Wir konnten einen Effekt dieser Logik beobachten: Einige Gesprächspartner_innen haben sich in Gesprächen mit uns (die wir im Rahmen des Bundesprogramms geforscht haben) besonders inszeniert, um ihre Förderwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Ein weiterer Effekt ist, dass unterschiedliche Gruppen in ein Konkurrenzverhältnis um die Projektgelder gesetzt werden.

34) „Sie wollen Musik anmachen und tanzen, sich nicht wieder engagieren müssen“ oder: „Freizeit ist was anderes“

Ein weiterer Widerspruch des Programms zeigt sich in der Schwierigkeit für Jugendliche, im Rahmen der von ihnen besuchten Freizeiteinrichtungen Projektmittel aus dem Bundesprogramm zu beantragen. Dies hängt auch mit der beschriebenen mangelhaften finanziellen Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen zusammen. Das Antragsverfahren stellt eine Hürde für viele Jugendlichen dar. Die für eine erfolgreiche Antragstellung notwendige Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen durch Mitarbeiter_innen der Jugendfreizeitheime ist aufgrund der knappen Ressourcenausstattung der Einrichtungen kaum möglich.

Dabei zeigt sich auch ein schmaler Grad zwischen einer Unterstützung, die Beteiligung oder auch Selbstorganisation ermöglicht, und inhaltlich-normativer Begleitung, die auch Formen der Kontrolle annehmen kann. Zum anderen ist es ein Bedürfnis vieler Jugendlicher, in den Freizeiteinrichtungen ihre Freizeit ohne den Druck der Schule zu verbringen und sich nicht für ein Projekt engagieren zu müssen. Die Logik des Programms „Demokratie leben!“ entspringt und entspricht einer „Erwachsenenstruktur“, die es nur wenigen Jugendlichen möglich macht, diese für sich und die eigenen Anliegen zu nutzen. Jugendliche in Bremen-Nord zeigen gegenwärtig wenig Interesse, sich in den erwachsenen-dominierten Strukturen des Begleitausschuss zu engagieren.

35) Reflexionsfragen und mögliche Kriterien für die Konzeption von Projekten bzw. die Bewertung von Anträgen

Die folgenden Fragen sind gleichermaßen für Antragssteller_innen als auch für den Begleitausschuss gedacht: Menschen, die einen Antrag auf Projektförderung stellen wollen, können anhand der Fragen ihre Projektidee diskriminierungskritisch reflektieren. Dem Begleitausschuss bieten sie eine Grundlage für die Diskussion von Projektanträgen. Die Fragen sind Anregungen und kein abgeschlossener 'Prüfkatalog'. Vielmehr sind viele weitere Aspekte denkbar, auf die hin Projekte bezüglich ihres Potentials, Rassismus und weitere Diskriminierungsformen abzubauen, befragt werden könnten.

Reflexion der einbezogenen Personen und Gruppen (Konzeption und Zielgruppe):

- *Wer* bietet das Projekt für *wen* an? Inwiefern ist diese Konstellation sinnvoll, um Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung entgegen zu wirken? (vgl. auch die Problematik der Konstruktion von 'Zielgruppen' weiter unten).
- Achtet das Projekt darauf, Menschen oder Gruppen nicht zu ‚besondern‘ oder zu ‚ver-ändern‘, sie also auf bestimmte Markierungen festzuschreiben? (vgl. den Glossareintrag „othering“)
- Inwiefern initiiert, unterstützt oder stärkt das Projekt die Selbstorganisation, das Self- Empowerment und/oder die Vernetzung rassismus- bzw. diskriminierungserfahrener Menschen?
- Werden die Perspektiven/Sichtweisen der Adressat_innen des Projektes, wie z.B. Kinder, Jugendliche oder Menschen, die in Unterkünften für Geflüchtete leben müssen, bereits in der Projektplanung einbezogen und wenn ja, wie?
- Werden Menschen einbezogen, die in Bremen-Nord in den Beteiligungsstrukturen (wie Gremien, Beiräte, Arbeitskreise) wenig vertreten sind oder die von Zugängen/Ressourcen (z.B. zu Räumen) ansonsten eher ausgeschlossen sind?
- Berücksichtigt das Projekt Mehrsprachigkeit (beispielsweise durch das Erfragen und Mitdenken von Übersetzungsbedarf der Adressat_innen) oder ist es von vornherein mehrsprachig angelegt?
- Reflektiert das Projekt Machtverhältnisse, auch in Bezug auf die Projektkonzeption und -durchführung (beispielsweise in Gestalt von Sprachbarrieren, Altersunterschieden, Aufenthaltsstatus, Hilfe- und Abhängigkeitsverhältnissen etc.)? Inwiefern sind angemessene und sensible Umgangsweisen mit diesen Machtverhältnissen erkennbar?
- Erhalten alle Beteiligten systematisch die Möglichkeit, sich im Rahmen der Projektdurchführung mitzuteilen? Wenn ja, wie?
- Ist das Projekt so angelegt, dass daraus eine längerfristige Vernetzung entstehen kann? Wird durch das Projekt eine Vernetzung verschiedener Akteur_innen in Bremen-Nord (Einzelpersonen, Aktivist_innen, Einrichtungen etc.) angestrebt oder erreicht, die ansonsten wenig miteinander zu tun haben? Wenn ja, wie?

- Durch die Benennung von Zielgruppen rassismuskritischer Projekte erscheint Rassismus schnell als Problem einzelner Gruppen und nicht als gesamtgesellschaftliches Problem. Wir möchten daher einladen, die im Antrag benannten Zielgruppen zu reflektieren: Wer wird als Adressat_innen von Projekten ausgemacht und warum? Wer nicht? Warum nicht? Welche Annahmen sind damit verbunden?
- Projekte, die sich mit Diskriminierungen beschäftigen, beinhalten das Risiko, das sie auf Kosten derjenigen gehen, die von Diskriminierung betroffen sind (indem diese beispielsweise zu Erfahrungsberichten aufgefordert werden oder – unbeabsichtigt – zu den "Anderen" gemacht werden, an denen etwas gelernt werden kann). Wie stellt das Projekt die Integrität aller Beteiligten sicher und vermeidet die Reproduktion von Diskriminierung? Wird auf selbstbestimmtes Sprechen und Möglichkeiten zum Rückzug geachtet?
- Rassismus und weitere Diskriminierungsformen sind sensible Themen, die mit gewaltvollen Erfahrungen verbunden sein können – wird im Projekt der Schutz von von Diskriminierung betroffenen Menschen ausreichend mit bedacht (beispielsweise bei öffentlichen Veranstaltungen)?

Anlage und Annahmen des Projektes:

- Welche Ebenen von Rassismus und/oder anderen Formen von Diskriminierung werden durch das Projekt angegangen und thematisiert (z.B. individuelle Ebene, Institutionen wie Schule, Lokalpolitik, öffentlicher Raum im Stadtteil,...)? Warum wurde sich für diese Ebene entschieden?
- Wird plausibel dargelegt, inwiefern das Projekt zum Abbau von Rassismus und/oder anderen Diskriminierungsformen beitragen kann?
- Welche Annahmen über Rassismus oder andere Diskriminierungsformen liegen der Projektidee zugrunde? Inwiefern wird sichtbar, dass diese Annahmen den 'roten Faden' bzw. die Grundlage des Projektes bilden?
- Inwiefern weist das Projekt Zugangsbarrieren auf – und für wen? Wie lassen sie sich ggf. abbauen oder vermeiden?
- Wie ermöglicht das Projekt, die Einrichtung von Parallelangeboten (zum Beispiel für geflüchtete Menschen) zu vermeiden und stattdessen Angebote so zu konzipieren, dass sie von allen Menschen gleichermaßen genutzt werden können?

- Inwiefern regt das Projekt zur Verstetigung von rassismuskritischer Arbeit in Bremen-Nord an?
- Wie wird versucht, eigene Reproduktionen von Rassismus/Diskriminierungen im Rahmen des Projektes möglichst zu vermeiden? Wie wird eine diskriminierungskritische Reflexion während der Laufzeit und nach Projektende realisiert?
- Greift das Projekt weitere Diskriminierungsformen auf, die im Alltag auf Menschen in Bremen-Nord wirken, aber wenig thematisiert werden (wie Diskriminierung von Roma (13), Antisemitismus, Sexismus, Lesben-, Schwulen-, Trans*feindlichkeit, ...). Inwiefern regt das Projekt weitergehende, über das Projektende hinaus weisende Auseinandersetzungen mit diesen Diskriminierungsformen an?

Unterstützung bei der Antragsstellung:

Die 'überzeugende' schriftliche Beantragung eines Projektes und die Qualität seiner Umsetzung sind zwei verschiedene Dinge, die unterschiedliche Anforderungen stellen. Um Barrieren bei der Antragstellung abzubauen und zu verhindern, dass gute Projektideen an Antragshürden scheitern, möchten wir einladen, auch den Prozess der Antragstellung diskriminierungskritisch zu reflektieren.

Für den Begleitausschuss:

- Welche Barrieren hält der Prozess der Antragstellung bereit? Wie können wir Barrieren in der Antragstellung möglichst gering halten? Wie können wir es möglich machen, dass auch diejenigen Menschen Projekte durchführen können, denen das Prozedere von Antragsstellung und Mittelabrechnung nicht vertraut ist?
- Differenzieren wir ausreichend zwischen Form (z.B. Sprache, Formulierungen, Grammatik) und Inhalt (Projektidee, Projektziele, Projektpotenzial) eines Antrages und entscheiden nach letzterem?
- Wie können wir als Begleitausschuss Antragsteller_innen unterstützen, Schwierigkeiten in der Antragstellung zu überwinden? Möglichkeiten könnten sein, Unterstützung bei der Antragstellung anzubieten oder konstruktive Vorschläge zur Überarbeitung von Anträgen zu machen, die dann neu eingereicht werden können.
- Gibt es die Möglichkeit, beispielsweise englischsprachige Anträge anzunehmen?

An die Antragsteller innen:

- Wie können wir Barrieren in der Antragstellung überwinden?
- Wen können wir als Unterstützung einbeziehen bei der Antragstellung?
- Wer kann uns Anregungen zur Überarbeitung der Projektidee geben?
- Wer kann unseren Antrag Korrektur lesen (z.B. bezogen auf Form, Inhalt und Finanzierungslogik)?

Glossar

1) hegemonial/Hegemonie: Wörtlich übersetzt bedeutet der Begriff Hegemonie im altgriechischen *(Vor-)Herrschaft*. Mit Bezug auf den marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci wird in den Sozial-/Kultur- und Politikwissenschaften der Begriff angewandt um die Vorherrschaft eines Staates, einer Organisation, eines Diskurses etc. sowohl im politisch-ökonomischen als auch im militärischen, religiösen und kulturellen Sinne zu benennen. Die Vorherrschaft wird als eine verstanden, die nicht (ausschließlich) über Zwang ausgeübt wird. Vielmehr wird diese von den Beherrschten anerkannt in der Form, dass sie diese als ihre eigenen Interessen verstehen oder sie den hegemonialen Interessen den Vortritt lassen. Hegemoniale Männlichkeit bedeutet z.B., dass heterosexuellen weißen Männern eine dominante soziale Position gegenüber nicht heterosexuellen, nicht-weißen bzw. gegenüber nicht-Männern zukommt.

2) dethematisieren/Dethematisierung: Mit Dethematisierung ist ein Handlungsmuster beschrieben, das die *Vermeidung einer Thematisierung* von Rassismus und Antisemitismus umfasst. Die Dethematisierung kann sich sowohl im Schweigen ausdrücken als auch im Setzen anderer Aufmerksamkeitsrichtungen. Sie basiert auf einer Leugnung, Abwehr und Nicht-Anerkennung von Rassismus und Antisemitismus als gegenwärtige strukturelle Phänomene in Deutschland. Weiterhin geht Dethematisierung mit der *Distanzierung* von Rassismus und Antisemitismus einher, etwa indem diese in der Vergangenheit oder bei rechtsextremen Einzelnen verortet werden (vgl. Messerschmidt 2010). Dethematisierung wirkt sich für Menschen, die Rassismuserfahrungen machen, als sekundäre Rassismuserfahrung aus, da eigene Erfahrungen der Missachtung erneut missachtet werden (vgl. Çiçek/Heinemann/Mecheril 2015, S. 146ff). Dethematisierung trägt dazu bei, bestehende rassistische und antisemitische Ordnungen aufrecht zu erhalten.

3) Privilegien: Privilegien sind *Vorrechte*, die bestimmten Menschen und Gruppen zugeteilt und anderen Menschen und Gruppen verwehrt werden. Als *Vor-Rechte* für die Einen gehen sie immer mit *De-Privilegierung* für die Anderen einher. Allerdings werden Privilegien vielfach als selbstverständlicher Anspruch auf Wohlstand und Freiheiten erlebt; selten werden sie in ihrem Zusammenhang mit Depri-privilegierung anderer Menschen und Gruppen, mit globalen Ausbeutungs-, Entwürdigungs- und Marginalisierungsverhältnissen verstanden. Diese Verleugnung von kolonialer Geschichte und der eigener Verwobenheit darin ermöglicht es, sich nicht verantwortlich zu fühlen und sich selbst vorzumachen, die eigenen Vorteile resultierten aus der eigenen Leistung: So wird Ungleichheit als natürlich legitimiert und fortgeschrieben (vgl. global 2012, S.31ff.). Als Privilegien von *weißen* Menschen in Deutschland werden von Noah Sow z.B. folgende benannt (vgl. Sow 2011a, S. 190): „Als vollwertiges Mitglied

der Bevölkerung“ und „nicht automatisch als ‚fremd‘ betrachtet zu werden“; „sich und Ihre [sic!] Gruppe selbst benennen zu dürfen“; „dass Ihre Anwesenheit als normal und selbstverständlich betrachtet wird“; „sich benehmen zu können, als spiele Ihre eigene ethnische Zugehörigkeit keine Rolle“; „ohne die Möglichkeit aufzuwachsen, dass Sie rassistisch beleidigt werden können“; „in der Gesellschaft, in der Sie sich bewegen, öffentlich anonym bleiben zu können, wenn Sie wollen“; „grundsätzlich ungehindert und unkontrolliert in die ganze Welt reisen zu können“; „auf Rassismus nicht reagieren zu müssen“ (ebd.).

4) Segregation: Segregation meint hier *die politisch, sozial und ökonomisch hergestellte Trennung von Menschen*. Als ökonomische Segregation kann z.B. die Grenzziehung von einem primären und einem sekundären Arbeitsmarkt (auch '1. und 2. Arbeitsmarkt', vgl. Terkessidis 1998, S. 189f.) genannt werden, ebenso wie die Verteilung der Beschäftigungen im Erwerbssektor überhaupt (vgl. Rommelspacher 2002, S. 157). Die politische Segregation äußert sich in vielen gesetzlichen Sonderregelungen für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Rommelspacher nennt insbesondere die Schwierigkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, die Verweigerung des Wahlrechts, die Residenzpflicht für Geflüchtete etc. (vgl. ebd., S. 160f.). Die soziale Segregation bezieht sich auf den „Umgang der Bevölkerung miteinander“ (ebd., S. 162). Die verschiedenen Formen der Segregation wirken zusammen. So sind Trennungen von Lebensbereichen von Menschen (Bekanntenzirkel, Wohngebiete, Schulklassen,...) als Ausdruck einer ethnizierenden und paternalistischen Politik zu verstehen, durch die Differenzen konstruiert und manifestiert werden (vgl. ebd. S.164f).

5) Mehrheitsdeutsch: Mehrheitsdeutsch ist eine Bezeichnung, mit der *die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft in Deutschland* beschrieben wird. Das Privileg fragloser Zugehörigkeit ist dabei nicht allein über den Besitz eines deutschen Passes bestimmt, sondern über weitere Merkmale (*weiß*, nicht-jüdisch, nicht-muslimisch, nicht osteuropäischer Herkunft...). So werden z.B. Schwarze Deutsche immer wieder mit der rassistisch konnotierten Frage konfrontiert, wo sie herkommen (vgl. Kap. 3); ihnen wird damit die fraglose Zugehörigkeit aberkannt (vgl. Lwanga 1993).

6) weiß: Die Idee, Menschen nach verschiedenen Hautfarben kategorisieren (d.h. 'einordnen') und diese mit verschiedenen Eigenschaften verknüpfen zu können, geht in west-europäischen Gesellschaften zurück auf die Epoche des Kolonialismus. Diese Idee ermöglicht(e) es bzw. dient(e) dazu, die Ungleichbehandlung von Menschen zu legitimieren. Wenn wir den Begriff verwenden, dann nicht, um diese kolonialrassistische Ideologie zu reproduzieren, sondern um darauf hinzuweisen, dass diese Ideologie bis heute fortwirkt. *Wir verwenden den Begriff also als eine politische Kategorie*, um eine privilegierte und Dominanz ausübende soziale Position in der Gesellschaft zu benennen, die meist unbenannt bleibt. Wem eine *weiße* Position zukommt ist jedoch nicht festgelegt. Sie kann sich je nach historischem und räumlichem Kontext verschieben. *Weiß* zu sein, das heißt (in Deutschland) bestimmte äußerliche

Merkmale aufzuweisen, deutsch als einzige Erstsprache zu sprechen und christlich oder christlich-säkular sozialisiert zu sein (vgl. Sow 2011a; vgl. auch den Glossareintrag „Mehrheitsdeutsch“).

Ähnlich verhält es sich mit der **Bezeichnung Schwarz**. Auch diese stellt eine politische Kategorie dar, die jedoch auf die Rassismuserfahrungen von Menschen aufmerksam macht. Wenn wir also "Schwarze deutsche Jugendliche" schreiben, so beziehen wir uns nicht auf eine kolonial-rassistische Unterscheidung nach den vermeintlich unterschiedlichen Hautfarben. Sondern wir verweisen auf die sozialen Zuschreibungen, die bestimmte Menschen in rassistischen Gesellschaftsverhältnissen erfahren.

7) Othering: Den_die feststehende_n Andere_n/Fremde_n an sich gibt es nicht. Er_Sie ist eine Konstruktion, die dazu dient, sich der eigenen Zugehörigkeit zu einer Gruppe versichern zu können, indem sich (*in negativer*) Weise von einer 'anderen' Gruppe abgegrenzt wird. Dieser Konstruktionsakt wird auch als othering bezeichnet. Er geht unter anderem zurück auf die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Spivak (1985) und heißt so viel wie „Ver-Andern“. Spivak beschreibt damit den Prozess, durch den einzelne Individuen oder ganze Gruppen als 'die Anderen' überhaupt erst hervorgebracht werden. Dies geschieht, indem ihnen bestimmte (und fast immer negativ konnotierte) kulturelle, ethnische, religiöse und soziale Eigenschaften zugeschrieben werden, die scheinbar feststehend und unveränderlich sind.

8) Migrationsgesellschaft: Der Begriff der Migration ermöglicht es - im Gegensatz zu 'Zuwanderung' oder 'Einwanderung', eine Vielfalt gesellschaftlicher Phänomene zu thematisieren (vgl. den Glossareintrag „dethematisieren“). „Der Ausdruck 'Migration' erfasst eine Vielzahl von Phänomenen, die für eine Gesellschaft charakteristisch sind, in der Aus- und Einwanderung, das Entstehen von Zwischenwelten oder 'Fremdheit' erfindende Diskurse von großer Bedeutung sind“ (Mecheril 2010, S. 17). Der Begriff Migrationsgesellschaft beinhaltet, dass *Migration nicht als Ausnahme-, sondern Normalzustand* anerkannt wird. Migration bedeutet gleichzeitig eine Problematisierung territorialer Grenzziehungen und symbolischer Grenzziehungen der Zugehörigkeit (vgl. ebd.).

9) Mehrheitsgesellschaft/Dominanzgesellschaft: Der Begriff Dominanzgesellschaft geht zurück auf Birgit Rommelspacher (1995). In westlich-demokratischen Gesellschaften, die auf der Idee der Gleichheit aller Menschen ('alle Menschen sind gleich') aufbauen, existiert dennoch eine reale Ungleichbehandlung von Menschen. Diese wird hergestellt und bestätigt, indem auf unterschiedliche Machtdimensionen zurückgegriffen wird, wie zum Beispiel Rassismus. Die rassistische Ideologie ermöglicht so *weißen* Personen *nicht-weiße* Personen zu dominieren (vgl. Glossareintrag „weiß“). Dominanzgesellschaft ist somit die Bezeichnung für *gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Menschen mithilfe verschiedener Machtdimensionen ungleich behandelt werden*, wobei zugleich diese Machtdimensionen durch die Idee der Gleichheit aller Menschen verdeckt werden. In ähnlicher Weise ist auch der Begriff Mehrheitsgesellschaft zu verstehen. Anders als der Begriff der Mehrheitsgesellschaft jedoch

nahelegt, sind Ungleichheits- und Dominanzverhältnisse nicht zwangsläufig von der Anzahl der Menschen abhängig.

10) heteronormativ/Heteronormativität: Heteronormativität beschreibt *die gesellschaftliche Ordnung, die von zwei Geschlechtern (Mann/Frau) ausgeht, die einander begehren* (Heterosexualität) und sich in langfristigen und monogamen Zweierbeziehungen und Familien organisieren. Diese Ordnung bestimmt darüber, was als normal und was als abweichend gilt, und weist Menschen unterschiedliche Positionen zu, die mit mehr oder weniger Rechten, Anerkennung, Zugehörigkeit und Teilhabe verbunden sind (vgl. Hartmann 2012, 36; auch Hartmann et al. 2007).

11) trans*: trans* wird hier verwendet als ein *Oberbegriff* für Transsexuelle, Transgender, Transmänner, Transfrauen und andere Menschen, die *Geschlechterentwürfe jenseits der Zwei-Geschlechterordnung* leben und die Geschlechtergegensätzlichkeit Frau/Mann in Frage stellen (vgl. www.transgender-radio.de o. J.).

12) Queer/queer: Queer ist ein vielseitiger verwendeter Begriff (vgl. Perko 2007). Beschrieben ist ein politisches und ein theoretisches Projekt. Darüber hinaus fungiert queer als ein Überbegriff für Selbst_Verortungen, die sexuelle Begehren, Lebens- und Liebesweisen sowie Geschlechterentwürfe erfassen, die nicht der gesellschaftlichen Norm von Geschlecht und Sexualität entsprechen. Allem gemeinsam ist, dass queer *eine Bewegung* beschreibt, *die Kritik an jedem Zwang zur Eindeutigkeit, jeder Festlegung, an machtvollen Zuweisungen und Zuschreibungen übt* (vgl. Queer Lexikon o. J.).

13) Angehörige der Roma und Romnja Gruppen: Der Begriff Roma verweist auf eine sehr heterogene Gruppe an Menschen, die zwar historisch gesehen eine gemeinsame Migrationsgeschichte verbindet, die jedoch ansonsten ganz unterschiedliche Sprachen sprechen sowie unterschiedliche soziale, religiöse und kulturelle Praxen ausüben. Um auf die Heterogenität (d.h. Vielfalt/Verschiedenheit) dieser oft als homogen bezeichnete Gruppe zu verweisen, wird stattdessen der Ausdruck „Angehörige der Roma“-Gruppen verwendet. Das weibliche Plural zur männlichen Bezeichnung Roma lautet Romnja (Singular: Rom/Romni) (vgl. Neue Deutsche Medienmacher e. V. 2015, S. 13).

14) marginalisiert/Marginalisierung: Marginalisierung ist eine Bezeichnung für einen *Prozess, in dem bestimmte Gesellschaftsgruppen an den gesellschaftlichen 'Rand' gedrängt werden*, in dem Sinne, dass sie keine Möglichkeit haben, am sozialen, politischen oder ökonomischen Leben in der Gesellschaft teilzunehmen.

Literatur

- Abu-Lughod, Lila (1991): Writing against Culture. In: Richard Fox (Hg.): Recapturing Anthropology. Working in the Present, Santa Fe, NM, S. 137 – 162.
- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2009): „Die Juden sind schuld“. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus. Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit, Berlin.
- Antisexismus Bündnis Berlin (2007): Reader des Antisexismus Bündnisses Berlin Nr. 2, Berlin.
- Assmann, Aleida (2013): Formen des Schweigens. In: Aleida Assman/Jan Assman (Hg.): Schweigen – Archäologie der literarischen Kommunikation XI, München, S. 51-68.
- Baeck, Jean-Philipp (2015): Stilmittel Selbstjustiz. Wutbürger klopfen nachts. In: Taz am 01.04.2015. Online unter <http://www.taz.de/!5014330/>.
- Baur, Jürgen (Hg.) (2009): Evaluation des Programms „Integration durch Sport“. Band 1. Potsdam. Online unter http://www.integration-durch-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/ids/files/downloads_pdf/downloads_2009/Gesamtbericht_Band_1.pdf.
- Bildungsstätte Anne Frank (Hg.) (2013): Weltbild Antisemitismus. Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt am Main. Online unter http://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Publikationen/Broschuere_Weltbild_Antisemitismus.pdf.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Studie: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Online unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=20560.html>.
- Brandt, Patricia (2014): Massiver Protest gegen Wohnheim. In: Weser- Kurier am 21.10.2014. Online unter .
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (2013): Ethnographie. Die Praxis der Feldforschung, Konstanz/München.
- Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen (o. J.): Wohnen ist Menschenrecht. Online unter <http://www.menschenrecht-auf-wohnen.de/unsere-ziele/>.
- Bremer Bündnis für Soziale Arbeit (2015): „Zwei Jahre ‚Bündnis 30% mehr Zukunft‘ – Jugendarbeit funkt SOS. Presseerklärung vom 29.01.2015. Online unter <http://bremerbuenndnissozialarbeit.jimdo.com/aktionen-fachtage/>.
- Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hg.) (2010): Rassismus bildet. Einleitende Bemerkungen. In: Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld, S. 7 – 26.
- Die Bundesbeauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.) (2014): 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin. Online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2014-10-29-Lagebericht-lang.pdf;jsessionid=D316B844F196CED2DA38DCE6EA266309.s1t1?_blob=publicationFile&v=3.
- Castro Varela, Maria do Mar (2015): „Das Leiden ‚Anderer‘ betrachten.“ Flucht, Solidarität und Postkoloniale Soziale Arbeit. Vortrag auf dem Sozialpädagogiktag 2015 in Tübingen. Online unter http://timms.uni-tuebingen.de/Player/PlayerFlow/UT_20151127_001_sptag_0001.

- Çetin, Zülfukar (2015): „Deutschenfeindlichkeit“ ist keine Form des Rassismus“. Zülfukar Çetin im Gespräch mit Yasemin Shooman. In: Zülfukar Çetin/Savaş Taş (Hg.): Gespräche über Rassismus: Perspektiven & Widerstände, Berlin, S. 45 - 54.
- Clifford, James (1986): Introduction. Partial Truth. In: James Clifford /Georg E. Marcus: Writing Culture: The Poetics and Politics of Ethnography, Berkeley, S. 1 – 26.
- Crenshaw, Kimberlé (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine. In: The University of Chicago Legal Forum 140, S. 139– 167.
- Çiçek, Arzu/Heinemann, Alisha/Mecheril, Paul (2015): Warum so empfindlich? Die Autorität rassistischer Ordnung oder ein rassismuskritisches Plädoyer für mehr Empfindlichkeit. In: Britta Marschke/Ulrich Brinkmann (Hg.): „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“ Alltagsrassismus in Deutschland, Münster, S. 143-168.
- Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hg.) (2015): queer erleben. Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen. Auf Diskriminierung entschlossen reagieren!, Bremen.
- Dietrich, Katharina (2009): „Die Russen mögen die Türken nicht“ – Zur (Re-)Produktion von Rassismen am Beispiel junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. In: Wiebke Scharathow/Rudolf Leiprecht (Hg.): Rassismuskritik Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit, Schwalbach/Ts., S. 349 – 365.
- Dirim, İnci/Mecheril, Paul (2010): Die Schlechterstellung Migrationsanderer. Schule in der Migrationsgesellschaft. In: İnci Dirim/Anita Kalpaka/Paul Mecheril/Claus Melter/Maria do Mar Castro Varela: Migrationspädagogik. Bachelor/Master, Basel/Weinheim, S. 121 – 149.
- Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (2011): Sozialpädagogik und Kriminologie im Dialog. Einführende Perspektiven zum Ereignis „Jugendkriminalität“. In: Dies. (Hg.): Handbuch Jugend- Kriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog, Aufl. 2, Wiesbaden, S. 11-21.
- Deutscher Olympischer Sportbund (Hg.) (2014): Integration durch Sport. Programmkonzeption, Aufl. 3, Frankfurt am Main. Online unter http://www.integration-durch-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/ids/images/2014/Programmkonzeption_3_Aufl_2014.pdf.
- Elverich, Gabi/Kalpaka, Anita/Reindlmeier, Karin (2006): Spurensicherung durch Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. In: Dies. (Hg.): Spurensicherung durch Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt am Main/London, S. 9 – 26.
- Flick, Uwe/Kardoff, Ernst von/Steinke, Ines (Hg.) (2015): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Aufl. 11, Reinbek bei Hamburg.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden.
- glokal e. V. (Hg.) (2012).: Bildung für nachhaltige Ungleichheit? Eine postkoloniale Analyse von Materialien der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland, Berlin.
- Häberlein, Tabea (2014): Teilnehmende Beobachtung als dichte Teilhabe – ein Plädoyer zur ethnologischen Forschung über soziale Nahbeziehungen. In: Sociologus 64, S. 127 – 154.
- Hartmann, Jutta (2012): Institutionen, die unsere Existenz bestimmen: Heteronormativität und Schule. In: Aus Politik und Zeitgeschehen / APuZ „Sozialisation“; 62. Jg., H. 49-50, S. 34-41. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/150624/heteronormativitaet-und-schule?p=all>.

- Hartmann, Jutta/Klesse, Christian/Wagenknecht, Peter/Fritzsche, Bettina/Hackmann, Kristina (Hg.) (2007): Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht, Wiesbaden.
- Hermann, Steffen Kitty (2003): Performing the Gap. Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung. In: A. G. GENDER-KILLER (Hg.) (2007): Das gute Leben. Linke Perspektiven auf einen besseren Alltag, Münster, S. 195-203.
- hooks, bell (1990): Yearning: race, gender, and cultural politics, Boston, MA.
- Hußmann, Marc/Redmann, Björn (Hg.) (2015): Soziale Arbeit im Jugendarrest: Zwischen Erziehung und Strafe, Basel/Weinheim.
- Jellonnek, Fabian/Reinesch, Pit (2015): Die Wahlalternativen der rechten Wutbürger - Rechtspopulistische Parteien bei den Bremer Bürgerschaftswahlen 2015, Bremen.
- Kalpaka, Anita/Räthzel, Nora (1990): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Aufl. 2, Leer.
- Kalpaka, Anita (2005): Pädagogische Professionalität in der Kulturalisierungsfalle – Über den Umgang mit „Kultur“ in Verhältnissen von Differenz und Dominanz. In: Anne Kerber/Rudolf Leiprecht (Hg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch, Schwalbach, S. 387 – 405.
- Kalpaka, Annita (2009): Funktionales Wissen und Nicht-Wissen in der Migrationsgesellschaft. Ansatzpunkte für reflexive politische Bildungsarbeit. In: Dirk Lange/Ayça Polat (Hg.): *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildungsarbeit*, Bonn, S. 176-188.
- Katzensprung (2016): Website. Online unter <http://katzensprung.blogspot.de/>.
- Kerner, Ina (2009): Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Sexismus und Rassismus, Frankfurt am Main.
- Krueger, Antje (2013): Flucht-Räume. Neue Ansätze in der Betreuung von psychisch belastenden Asylsuchenden, Frankfurt am Main
- Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (Hg.) (2015): Teilhabe ist unteilbar. 30 Jahre Integration/Inklusion in evangelischen Kindertageseinrichtungen. Verfasst von: Miriam Fricke/Wilhelm Haase-Bruns/Maren Schreier, Bremen.
- Leithäuser, Thomas/Volmerg, Birgit (1988). Psychoanalyse in der Sozialforschung. Eine Einführung am Beispiel einer Sozialpsychologie der Arbeit, Opladen.
- Leiprecht, Rudolf (2010): Ist Intersektionalität ein nützliches Konzept, um unzulässigen Verallgemeinerungen und stereotypen Schubladenbildungen in der Jugendforschung vorzubeugen? In: Christine Riegel/Albert Scherr/Barbara Stauber (Hg.): Transdisziplinäre Jugendforschung. Grundlagen und Forschungskonzepte, Wiesbaden, S. 91 – 115.
- leftvision (2015): „Refugees welcome und dann?“ - Innenansichten und Perspektiven einer sich neu entdeckten „Willkommenskultur“. Online unter <http://www.leftvision.de/refugees-welcome-und-dann/>.
- Lueger, Manfred (2000). Grundlagen qualitativer Feldforschung. Methodologie, Organisation, Materialanalyse, Wien.
- Lwanga, Gotlinde Magiriba (1993): Deutsch, nein Danke? Anmerkungen zur Staatsangehörigkeit, BürgerInnenrecht und Verfassung. In: Ika Hügel (Hg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus und Klassenunterdrückung, Berlin, S. 260 – 272.
- Mecheril, Paul (2003): Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit, Münster.

- Mecheril, Paul (2005): „Was Sie schon immer über Rassismuserfahrungen wissen wollten.“ In: Leiprecht, Rudolf/ Kerber, Anne: Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch, Schwalbach/Taunus, S. 462 – 471.
- Mecheril, Paul (2014): Postkommunitäre Solidarität als Motiv kritischer (Migrations-)Forschung. In: Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.): Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage, Bielefeld, S. 73-93.
- Mecheril, Paul (2016): Gastrede zum Neujahrsempfang im Bremer Senat zum Thema Flucht. Online unter <http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft/artikel,-Die-Gastrede-von-Paul-Mecheril-arid,1291009.html>.
- Melter, Claus (2006): Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit, Münster u.a..
- Messerschmidt, Astrid (2010): Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus. In: Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld, S. 41-57.
- Neue Deutsche Medienmacher e. V. (2015): Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland, Aufl. 4., Berlin.
- Nguyen, Toan Quoc (2013): „Es gibt halt sowas wie einen Marionettentäter“. Schulisch-institutionelle Rassismuserfahrungen, kindliche Vulnerabilität und Mikroaggression. In: ZEP: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 36, 2013-2, S. 20-24.
- Nick, Peter (2003): Ohne Angst verschieden sein: Differenzenerfahrungen und Identitätskonstruktionen in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York.
- Perko, Gudrun (2007): Queer-Theorien: Dekonstruktion von Identitätspolitik und das Modell der Pluralität. E-Journal Philosophie der Psychologie. Online unter: <http://www.jp.philo.at/texte/PerkoG1.pdf>
- PM Bündnis 30 – Pressemitteilung des Bündnis 30% mehr vom 29.01.2015: Online unter <http://bremerbuenndnissozialearbeit.jimdo.com/aktionen-fachtage/>
- Queer Lexikon o. J. Online unter queer-lexikon.net/queer/queer.
- Radio Bremen (2015): Bürger in Wut: Lieber provokant als tolerant. In: Radiobremen.de am 31.03.2015. Online unter <http://www.radiobremen.de/politik/dossiers/wahl15/wahlplakate154.html>.
- Reimer, Katrin (2011). Kritische politische Bildung gegen Rechtsextremismus und die Bedeutung unterschiedlicher Konzepte zu Rassismus und Diversity. Ein subjektwissenschaftlicher Orientierungsversuch in Theorie- und Praxiswidersprüchen. Dissertation. Online unter http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000010403/Reimer_Dissertation_UB_digital-1.pdf.
- Rommelpacher, Birgit (1995): Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin.
- Rommelpacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Rose, Nadine (2012): Migration als Bildungsherausforderung. Subjektivierung und Diskriminierung im Spiegel von Migrationsbiographien, Bielefeld.
- Rosenstreich, Gabriele (2006): Von Zugehörigkeiten, Zwischenräumen und Macht: Empowerment und Powersharing in interkulturellen und Diversity Workshops. In: Gabi Elverich/Anita Kalpaka /Ka-

rin Reindlmeier (Hg.): Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt am Main/London.

Sow, Noah (2011a) Rassismus. In: Susan Arndt/Nadia Ofuatey-Alazard (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster, S. 37.

Sow, Noah (2011b): Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus, München.

Spivak, Gayatri (1985): The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives. In: Francis Barker/Peter Hulme/Margaret Iversen/Diana Loxley: Europe and its others, Bd. 1. Proceedings of the Essex Conference on the Sociology of Literature, Colchester, S. 128 – 151.

Stender, Wolfram/Follert, Guido/Özdoğan, Mihri (Hg.) (2010): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden.

Terkessidis, Mark (1998): Psychologie des Rassismus. Wiesbaden.

Terkessidis, Mark (2010): Interkultur, Frankfurt am Main.

Weiß, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit, Wiesbaden.

Wesemüller, Ellen (2010): „Du Gymnasium-Mädchen!“ Zur Relevanz der Kategorie Klasse. In: Mart Busche/Laura Maikowski/Ines Pohlkamp/Ellen Wesemüller (Hg.): Feministische Mädchenarbeit weiterdenken. Zur Aktualität einer bildungspolitischen Praxis, Bielefeld, S. 59-84.

Weiß, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit, Aufl. 2., Wiesbaden.

Witzel, Andreas (2000). Das problemzentrierte Interview. In: Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research, 1(1), Art. 22. Online unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228>.

Yiğit, Nuran/Can, Halil (2006): Politische Bildungs- und Empowermentarbeit gegen Rassismus in People of Colour-Räumen – das Beispiel der Projektinitiative HAKRA. In: Gabi Elverich/Anita Kalpaka /Karin Reindlmeier (Hg.): Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt am Main/London, S. 167 – 194.